Preis 1,50 DM

1 H 3752 D

Roter Morgen RM

Zeitung der KPD

20. Jahrgang

21. Febr. 86

Nr. 7

Ist der Angriff auf das Streikrecht noch zu stoppen?

Trauen sich die Gewerkschaften zu dürfen?

von HORST DIETER KOCH

Die erste Lesung des Regierungsentwurfs zur Änderung des § 116 AFG im Bundestag hat in einem Punkt Klarheit geschaffen:

Die den Sozialausschüssen zugerechneten Bundestagsabgeordneten der Unionsfraktion werden die Einschränkung des Streikrechts auf jeden Fall mittragen. Allenfalls wird es die eine oder andere kosmetische Nachbesserung geben, die die Sozialausschüsse als ihren „Erfolg“ verkaufen können.

Damit ist für die Gewerkschaften endgültig die Stunde der Wahrheit gekommen. Die von der DGB-Führung verzweifelt gehätschelte Hoffnung, der Regierungsentwurf könne im Bundestag an der gewerkschaftsfreundlichen Haltung einiger Unions-Abgeordneter scheitern, ist geplatzt. Nach wie vor wirft die Regierung dem DGB das Angebot, konstruktiv an der „Verbesserung“ des Regierungsentwurfs mitzuarbeiten, als Köder hin: Vogel, friß oder stirb!

Ist die Sache also gelaufen? — Nicht unbedingt. Die Chance des Widerstandes liegt in der Schwäche der Regierung. Daß die Koalition den Anti-Streikparagraphen nun im Eilverfahren durchziehen will, ist kein Ausdruck von Stärke und sicherer Entschlossenheit. Es ist vielmehr das Eingeständnis, daß die Wendestrategen keine Chance mehr sehen, den Kampf um die Mehrheit der Bevölkerung in dieser Frage zu gewinnen.

Die Behauptung sei gewagt: Diese Regierung — der Kanzler mit dem Staatsanwalt auf den Fersen, der vor der christlich-demokratischen Arbeitnehmerschaft desavouierte Blüm, der nicht einmal von der Wirtschaft ernstgenommene Bangemann, der unsägliche Zimmermann — ist nicht in der Lage, in der totalen Konfrontation mit den Gewerkschaften mehrheitsfähig zu bleiben.

Gewiß: diese Regierung hat auch den Nachrüstungsbeschluß der NATO gegen die Mehrheit der Bevölkerung durchgesetzt — und es scheinbar schadlos überstanden. Aber — anders als die Friedensbewegung damals — könnten die Gewerkschaften eine politische Lage schaffen, die Kohl und seine politische Halbwelttruppe nicht einfach mit der berüchtigten Oggersheimer Mischung aus Unverfrorenheit und Blödigkeit aussitzen können.

Die Frage ist, ob die IG Metall und der DGB sich den Machtkampf trauen. Die Frage ist nicht, ob sie dürfen. Die ganze Debatte darum, ob ein allgemeiner Streik gegen die Gesetzesänderung legal oder illegal wäre, hat letztlich eher akademischen Charakter.

Wenn die Gewerkschaften einen solchen Streik ausrufen würden, wenn Hunderttausende für die Verteidigung des Streikrechts im Streik stehen würden, wäre er legal. Was sonst? Verhaftung von Hans Mayr und Ernst Breit? Bundesgrenzschutz gegen die streikenden Belegschaften von Hoesch und Daimler? Unsinn! So ist die politische Situation nicht — mit Abstand nicht!

Ob die Koalition von Kapital und Kabinett ihren Durchmarsch zu Ende bringt, hängt im wesentlichen davon ab, zu welchem Widerstand die Gewerkschaften sich noch aufraffen können. Der allgemeine Streik ist für die Gewerkschaftsspitzen gegenwärtig offensichtlich kein Thema. Aber in den unteren Funktionärskreisen sind jene, die ihn fordern, schon eine relevante Minderheit — nicht mehr nur „vereinzelte Stimmen“. Breit diskutiert und gefordert wird ein Marsch auf Bonn, der ja zwangsläufig mit Arbeitsniederlegungen verbunden wäre, als nächster Schritt nach dem 6. März.

So lange die Regierung sich in Sicherheit wiegen kann, daß es bei punktuellen Protestaktionen bleibt, daß sie um einen allgemeinen Streik herumkommt, wird sie wohl an der Gesetzesänderung festhalten. Der Koalition diese Sicherheit zu nehmen, also eine offensive Diskussion über die Frage des allgemeinen Streiks zur Verteidigung des Streikrechts in den Gewerkschaften durchzusetzen — darauf käme es jetzt an.



Geeinigt haben sich die Parteien der Regierungskoalition am Dienstagabend über die Formulierung des § 163d, der die sogenannte Schleppnetzfahndung „regeln“ soll. Ohne Zweifel: Ein Meilenstein in der Entwicklung des rechten Staates, wie ihn die Wenderegierung anstrebt. Wer immer noch auf die FDP gehofft haben mag, sag sich wieder mal getäuscht. Das Programm, die „Sicherheitsgesetze“ durchzupeitschen, wird verfolgt — der Polizeistaat läßt grüßen.

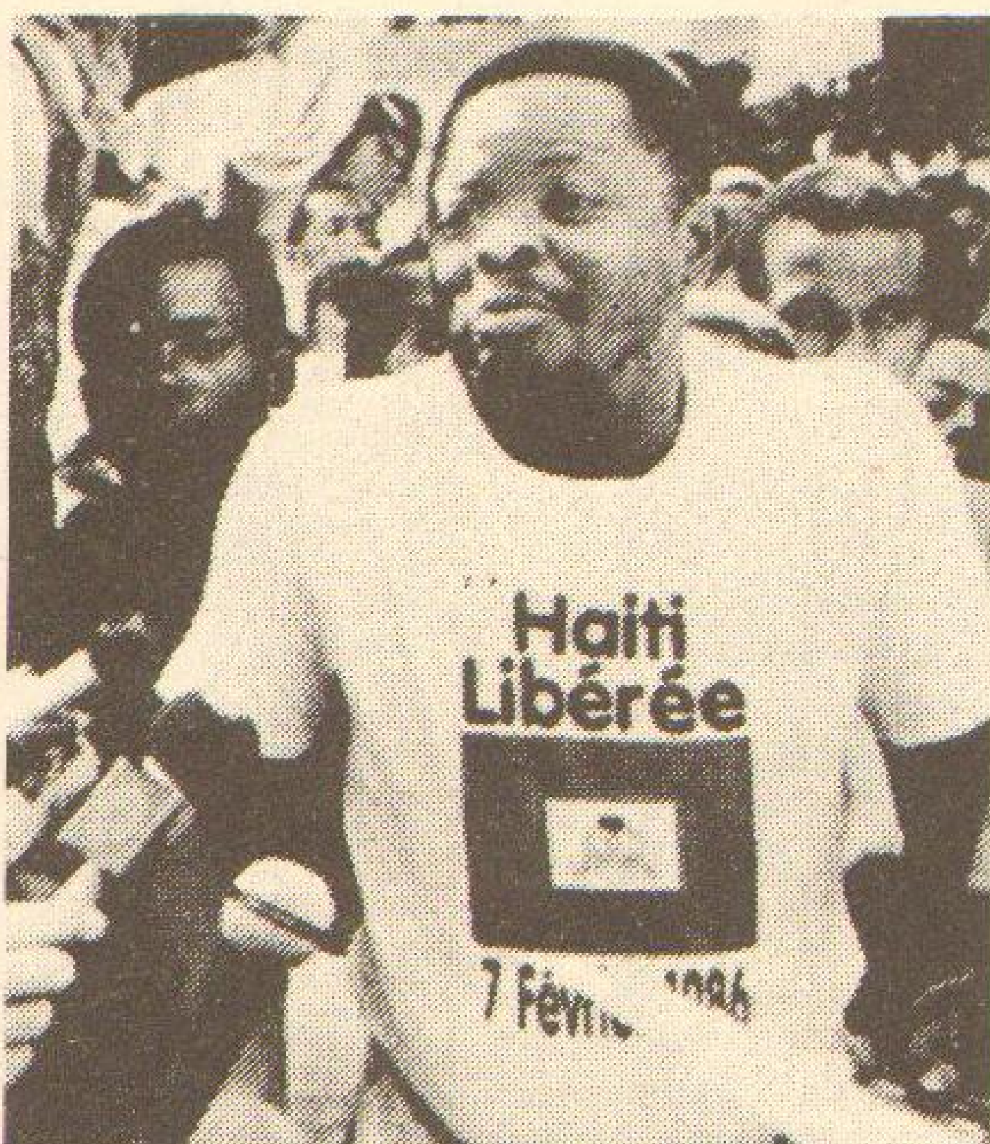
Ermittlungen gegen den Abgeordneten Kohl

Nun ist es also soweit: Ermittlungsverfahren gegen Kohl. Die CDU, so sehr bemüht darum, dem Untersuchungsausschuß das Licht auszublasen, hat es geschafft, ihren Kanzler mit einer falschen Aussage vom Mainzer Ausschuß abgehen zu lassen. Die Tatsache liegt auf der Hand, und Kohl selbst hat sie im Nachhinein eingestanden, indem er einen Brief zur Nachbesserung seiner Aussage verfaßte.

Kohl, für den Barzel aus dem Weg gekauft wurde, kann nicht ernstlich darauf beharren, er habe vom Charakter der „Staatsbürgerlichen Vereinigung“ nichts gewußt. Beharrt er darauf, profiliert er sich nur als der einzige, der wieder mal keine Ahnung hat — das Dilemma ist da.

Was Ende dieses Monats mit dem getürkten Ausschußbericht an den Bundestag endgültig begraben werden sollte, jetzt kann es für die Wunschregierung des Kapitals nochmals eng werden — in Westberlin immerhin gab es eine größere Versammlung, auf der die Forderung nach Neuwahlen stark vertreten war, daran könnte man sich auch für Bonn ein Vorbild nehmen.

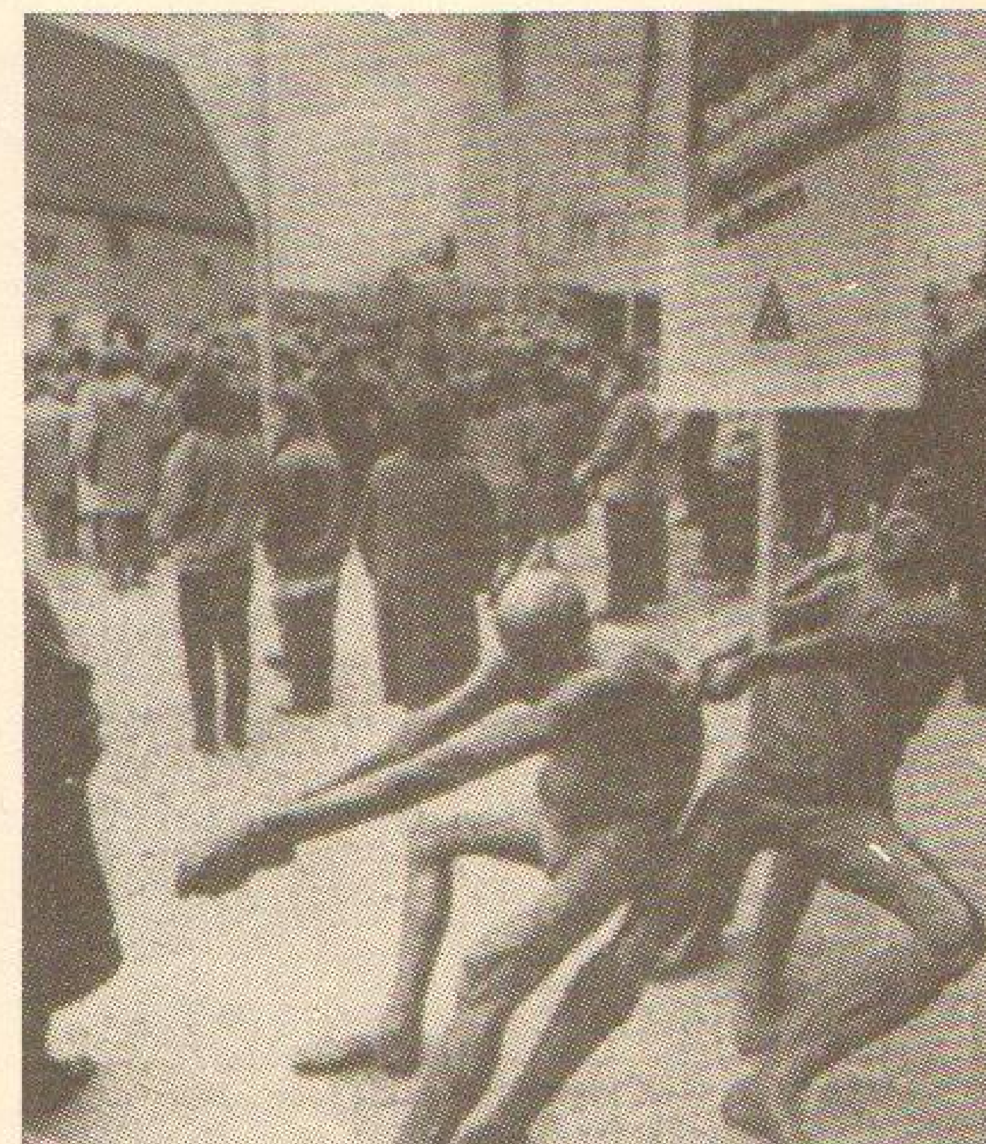
Einen öffentlich entlarvten, bezahlten und falsche Aussagen machenden Kanzler einfach hinzunehmen und nur über das System zu reden, ist schließlich nicht die wahre linke Alternative.
hrw



„Haiti befreit — 7. Februar 1986“. T-Shirts mit diesem Aufdruck sind ein Renner in dem Land, das der Clan der Cuvaliers so lange beherrschte. Zur langen Tradition des Freiheitskampfes auf Haiti — der ersten schwarzen Republik, der ersten Republik, die aus einem erfolgreichen Sklavenaufstand hervorging, ein Hintergrundartikel auf Seite 5.



RM-Diskussion Die kapitalistische Entwicklung zur „neuen Armut“ hat im gewerkschaftlichen, grünen und linken Bereich eine Debatte darüber hervorgebracht, ob ein „staatlich garantiertes Mindesteinkommen“ oder Mindestsicherungen in bestehenden Systemen die bessere Antwort seien. Dazu auf Seite 11 ein Beitrag.



Zum Thema: Die RM-Beilage in ihrer ersten Ausgabe zum aktuellen Stand der Auseinandersetzung um den § 116, wie sie sich nach der Debatte im bundestag und vor den Aktionen des DGB am 6. März darstellt. 4 Seiten, die auch gesondert bezogen werden können von 7 - 10.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

hier ist er also zum ersten Mal — der 14tägige RM. Wie Ihr seht, haben wir seit dem Parteitag nicht nur von (leider) scheidenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Abschied genommen, sondern uns auch ein paar Überlegungen gemacht. Manches ist noch nicht ganz so geworden, wie es eigentlich soll. Aber im Großen und Ganzen soll der RM nach unserer Vorstellung in Zukunft so aussehen, wie die Ausgabe, die Ihr jetzt vor Euch habt.

Was meint Ihr dazu???

Eine Neuerung möchten wir noch besonders hervorheben — das RM-Extra. Bis auf die Ausgaben des RM, denen die „Beilage" beiliegt, wird es in jedem RM erscheinen — immer mit eigenem Kopf, immer zu einem Thema und immer auch gesondert zu bestellen. Die Themen der RM-Extras werden 14 Tage vorher angekündigt. Bei Bestellungen bis zu 20 Exemplaren kostet ein Extra 20 Pfennig. Bei Abnahme von mehr als 20 Exemplaren 10 Pfennig. Bei kleinen Abnahmemengen bitte im Voraus bezahlen (z.B. mit Briefmarken)!

Im nächsten RM gibt es kein Extra, sondern die „Beilage" zum Thema „Konservative Wirtschaftspolitik und die Aufgaben der revolutionären Sozialisten zur Bundestagswahl".

Bis zum nächsten Mal, Eure Redaktion

Verlegergewalt

Zu 27000 DM Geldstrafe wegen illegalen Waffenbesitzes und gefährlicher Körperverletzung ist jetzt der Verleger des „Bergsträßer Anzeigers", Heinrich F. Brücher verurteilt worden. Der Staatsanwalt hatte acht Monate Gefängnis mit Bewährung gefordert.

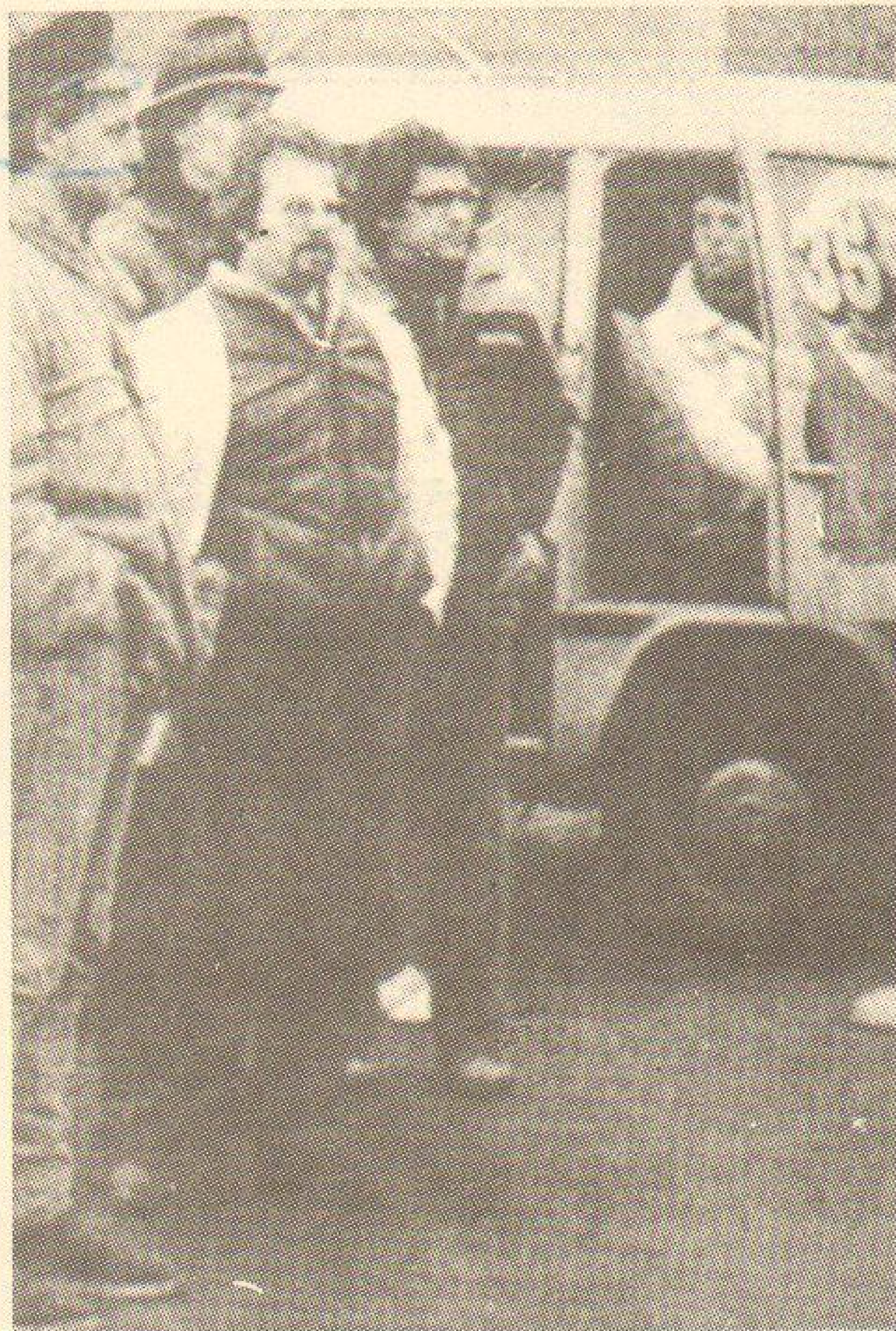
Brüchers Verlag war 1984 bestreikt worden. Brücher ging rabiat gegen die Streikenden vor. Dabei benutzte er sein Auto als Waffe, fuhr in eine Gruppe von Streikenden hinein und betrieb eine regelrechte Jagd auf einzelne Streikende.

Brüchers Frau dagegen solidarisierte sich mit den Streikenden, brachte ihnen Kaffee und Kuchen und besorgte ihrem Kind eine „Streikposten-Plakette".

Das Verhalten seiner Frau brachte den Verleger Brücher so auf, daß er sie zusammenschlug und die bereits am Boden Liegende mit Fußtritten mißhandelte. Brücher verletzte seine Frau so schwer, daß sie nach ärztlichen Angaben an seinen Mißhandlungen hätte sterben können.

Trotzdem wurde die ursprüngliche Anklage wegen versuchten Totschlags fallengelassen. Ja dem Gericht ging selbst der moderate Strafantrag der Staatsanwaltschaft noch zu weit...

Eine erneute Bestrafung wegen der gewaltätigen Bedrohung der Streikposten braucht Brücher übrigens auch nicht zu befürchten. Das Verfahren wurde eingestellt. Begründung: die zu erwartende Strafe wäre in jedem Fall geringer als die in dem anderen Verfahren.



1984 vor dem „Bergsträßer Anzeiger".

573 Millionen für Siemens-Aktionäre

Siemens bezahlt auch dieses Jahr wieder eine Rekorddividende von 24 Prozent — nochmals 4 Prozent mehr als im letzten Jahr. Was real eine Summe von 573 Millionen DM ausmacht. (Im Durchschnitt also über 1400 DM pro Aktionär, wobei das Drittel Belegschaftsaktionäre mit ein paar Mark dabei ist.) Mit dieser Summe für das Geschäftsjahr 84/85 überschreitet die Summe der ausbezahlten Dividende der fünf letzten Jahre die Grenze von zwei Milliarden DM, ganz genau beträgt sie nunmehr zwei Milliarden und eine Million DM. Bei einer Umsatzsteigerung von fast 11 Prozent wurde dieses Rekordergebnis mit einer um nur 1 Prozent gesteigerten Belegschaft erzielt.

Maßlos ist Siemens aber nur, wenn es um den Profit geht — für die kommende Metall-Lohnrunde signalisiert der Vorstand erneut seinen „Wunsch" nach „maßvollen Abschlüssen". Schließlich schreien ja auch die 11 Milliarden auf der hohen Kante nach Vermehrung.

Anständig zu Heß?

„Mehr Demokratie wagen" — mit dieser Losung zog vor 14 Jahren ein sozialdemokratischer Kanzlerkandidat in den Wahlkampf. Johannes Rau will den „Anstand wahren".

Unter **Anstand** heißt es im Duden erläuternd: „passendes, schickliches Benehmen" und: „du hast gelernt, dich mit A. in diesen Kreisen zu bewegen". **Anstand** bedeutet demnach, sich auf schickliche Weise an bestimmte Kreise anzupassen.

Johannes Rau ist dabei. Als ihn amerikanische Juden auf die Äußerung des Grafen Spee ansprachen, gab er seiner Bestürzung Ausdruck.

Als er mit dem amerikanischen Präsidenten, dem Mitverantwortlichen für Verbrechen an Millionen Menschen zusammentraf, setzte er sich für die Freilassung des Kriegsverbrechers Rudolf Heß, dem Mitverantwortlichen für millionenfachen Mord in deutschen KZs ein. Deutscher Anstand?

Die Proteste angesichts dieses Kniefalls von Johannes Rau vor der deutschen Rechten und den Flick & Co. sind ausgeblieben. Lediglich zwei Sozialdemokratinnen haben in einem Brief an Johannes Rau protestiert, vor den politischen Folgen gewarnt und klargestellt, daß der Kampf um Wählerstimmen politische Grenzen haben muß.

Geschwiegen hat auch der seinerzeit von Geißler als „unanständiger Deutscher" titulierte Kanzlerkandidat von 1972. Der anständige Kanzlerkandidat Johannes Rau braucht eben eine anständige Partei. Und da darf es nur so viel Antifaschismus, so viel Demokratie geben, wie der Anstand — das „passende, schickliche Benehmen" — erlaubt.

Wasserwerfer

Einen äußerst brutalen Einsatz von Wasserwerfern gab es 1982 gegen Demonstranten in Gorleben. Sechs Demonstranten haben dagegen geklagt. Das Verwaltungsgericht Lüneburg hat ihnen jetzt zumindest teilweise Recht gegeben: Der Einsatz der Hochdruckwasserwerfer gegen einzelne Demonstranten war rechtswidrig. Ob der Einsatz der Wasserwerfer überhaupt rechtmäßig war, ist nach Ansicht des Gerichts zweifelhaft.

Hungerstreik

Mit einem einwöchigen Hungerstreik protestierten nun auch die Bewohner des Asylantenwohnheims in Göttingen gegen die unmenschlichen Bedingungen dort. Sie forderten vor allem die Abschaffung des sogenannten Sachleitungssystems, das sie bisher gezwungen hat, ihre Lebensmittel im wohnheimeigenen Laden abzuholen. Die Forderung der Flüchtlinge nach Bargeldzahlung wird von der niedersächsischen Landesregierung strikt abgelehnt. Das Äußerste, was man ihnen zugestehen will, ist die Ausgabe von Warengutscheinen, mit denen die Flüchtlinge auch außerhalb des Heimes einkaufen können.

Wegen der gleichen Forderung ist es in der letzten Woche in Viechtach (Niederbayern) zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Heimbewohnern, der Polizei und den Behörden gekommen.

Rassisten-Traumschiff

Passagierschiffbau bei HDW in Kiel: Die KPD-Betriebszeitung „Das Bollwerk" vertrieb in ihrer letzten Ausgabe das gute Gefühl all derjenigen, die sich in den Werften gegen Kriegsschiffbau engagieren. Die „Astor II" wird an die Rederei Safmarines geliefert. Sitz dieser Gesellschaft ist Johannesburg, Südafrika. Die Betriebszeitung wirbt für eine Initiative von Betriebsrat oder Vertrauensleutekörper bzw. der Belegschaft für einen Boykott.

„Ansonsten können wir nur hoffen, daß mit ‚Astor II' die letzten hartnäckigen Rassisten möglichst bald aus Südafrika die Flucht ergreifen und mit dem Dampfer absaufen." — So schließt der Artikel im „Bollwerk".

Ausländer-

Die Zahl der arbeitslosen Ausländer ist von Dezember 1985 bis Januar 1986 um 15000 auf 274000 gestiegen. Zahl der ausländischen Mitbürger insgesamt: 4,38 Millionen.

-Gesetz

In einem Interview mit der „Welt der Arbeit" vom 13.2.86 nach dem geplanten neuen Ausländergestz befragt, erklärte Liselotte Funcke, Ausländerbeauftragte der Bundesregierung: „Ein solches Gesetz wird es in dieser Legislaturperiode nicht mehr geben."

Frau Funcke findet das hauptsächlich gut. Vor allem deshalb, weil so die Ausländerfrage nicht zum Wahlkampfthema wird.

Nachhilfe

Die spanische rechte „Volksallianz" hat ihre Anhänger aufgerufen, sich beim kommenden Volksentscheid über die spanische NATO-Mitgliedschaft zu enthalten. Da dies die Aussichten für ein Votum gegen die NATO verbessert, geben sich beim AP-Vorsitzenden Frage Iribarne westeuropäische Konservative die Klinke in die Hand.

Wenige Tage hintereinander bekam Iribarne zum Beispiel Besuch von Franz-Josef Strauß und Alfred Dregger — beide sichtlich bemüht, ihn dazu zu bewegen, diesen Beschluß zu ändern, für die NATO einzutreten. Insbesondere das Wort von Strauß dürfte einiges Gewicht haben: Er hatte bereits beste Beziehungen zu Fraga Iribarne, als dieser noch Propagandaminister Francos war...

Erlaubt

Keine Überraschung: Das Bundeskartellamt hat die Übernahme der AEG durch Daimler Benz freigegeben. Zwar wurde etwas herumgeflickt, aber dies ist nebensächlich.

Daß dieser neue Riesenkonzern entstehen würde, war in Wirklichkeit nie infrage gestellt, sowohl wegen der grundsätzlichen Funktion dieses Amtes als Feigenblatt, als auch wegen der konkreten Konstellation.

Damit ist ein neuer Konzern entstanden, der, das sollte hier nochmals in aller Deutlichkeit unterstrichen werden, auch der größte bundesdeutsche Rüstungskonzern ist. Im Zeitalter der Aufrüstung und ausgedehnten Waffenhandels wahrlich keine nebensächliche Angelegenheit.

Soldatinnen?

Aus den Reihen der FDP kam jetzt mal wieder die Forderung nach einem Dienst von Frauen „an der Waffe". Selbstverständlich im Interesse der Gleichberechtigung!

Zum gleichen Thema das FDP-Mitglied Jürgen Möllemann im Februar 1980: „Für mich ist die Frage eines Waffendienstes der Frau ein geradezu typisches Beispiel dafür, wie man den Begriff Emanzipation kräftig mißbrauchen und wie mehr Gleichbehandlung zu mehr Ungleichbehandlung führen kann."



Schneider und Strauß

Das tapfere Schneiderlein ist er nicht, der Bundesbauminister. Da kassiert er über die Jahre Millionen und steht nicht einmal dazu. Das übliche Ritual hat nach den „Spiegel"-Berichten über Gelder an die CSU bereits wieder voll eingesetzt.

Nicht, daß es besonders neu wäre: Tatsachen über Gelder, die an die CSU flossen, sind ebenso altbekannt wie die ganzen Skandale des Franz Josef Strauß und seiner kostspieligen Freundschaft zum Hause Flick (kostspielig für Flick und den Steuerzahler).

Aber im Gegensatz zu FJS, der mit der ihm eigenen Härte ganz offen Eingeständnisse machte, verfolgte Herr Schneider eher die Verhaltensweise seines Bonner Richtliniengebers.

Und der könnte ja doch noch mal selbst in die Bredouille kommen, je mehr gegensätzliche Aussagen da zutage gefördert werden. Ob da Schneiders Feigheit die richtige Taktik ist?

Roter Morgen
RM

Herausgeber: ZK der Kommunistischen Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten) KPD
Verlag Roter Morgen GmbH, 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Bestellungen an Vertrieb 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Postscheckkonto Nr. 79600-461. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321000290. Verlag Roter Morgen, Tel.: 0231/433691. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Platzmann-Druck, 4600 Dortmund.
Erscheinungsweise zweiwöchentlich Freitags. Einzelpreis 1,50 DM, Abonnement: 40 DM für 1 Jahr, 20 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Dem „Roten Morgen" liegt viermal im Jahr die „Gemeinsame Beilage zu den Publikationen von AAU, BWK, FAU-HD (A), FAU-R, GIM, KG (NHT), KPD, PA" bei.

Versuch abgebrochen

Man kennt das, aus dem Stabhochsprung zum Beispiel: Guter Anlauf und plötzlich bricht der Mann den Versuch ab. So ähnlich sieht das auch bei der diesjährigen ÖTV-Tarifrunde aus, auch wenn es sich bei der Vorturnerin um eine Frau handelt.



Warnstreiks — an ihnen waren Zehntausende beteiligt, gerade sie zeigten sich oft enttäuscht.

Sie war zufrieden — Zimmermann war auch zufrieden. Unzufriedenheit kam eher von denjenigen, die in den Tagen vor dem Abschluß in verhältnismäßig breiten Kampfaktionen für die gewerkschaftlichen Forderungen eingetreten waren. Ohne Zweifel wäre da anderes „drin" gewesen. Unzufriedenheit erst recht dürfte sich bei den Schülerinnen und Schülern der Krankenpflege ausbreiten, denn sie sind ja künftig von „Einkommenssenkungen" (soweit man das überhaupt Einkommen nennen kann) betroffen.

Und außerdem bleibt die Tatsache, daß eine solche Senkung tariflich festzuschreiben und auch kein alltäglicher Vorgang hierzulande ist — was mit einer der Gründe sein dürfte, weshalb Zimmermann und Co. so zufrieden waren. Der rein materielle Umfang des Abschlusses ist durchaus zwar nicht ganz so eindeutig, aber es ragt die grundsätzliche Bedeutung einer solchen tariflichen Absenkung heraus — aber in der Frage staatlicher Einsparungen gerade am Personalhaushalt gibt es ja auch eine Allparteienkoalition und damit sind, wie eh und je, nicht die Großverdiener gemeint. Und die trifft es ja auch nicht.

Besuch in Hagen

Eine Neuerung auf dem Grünen-Parteitag: Karl Heinz Janßen als Gastredner. Jenseits aller parteipolitischen Taktik auf allen Seiten bleibt festzuhalten, daß dies ein Ergebnis der politischen Entwicklung der letzten Zeit ist. Der Kampf um den § 116 und die Haltung, die die Grünen dabei, sowohl im Bundestag als auch jetzt auf ihrer Delegiertenkonferenz einnahmen, ist Grundlage dieses Auftritts.

Und sicher wird sich im IGM-Vorstand keiner finden, der diesen Auftritt öffentlich verurteilt, das wäre aktuell ein zu schwieriges Unterfangen.

Das bleibt — wieder einmal — Hermann Rappe vorbehalten. Der tobt, wie gewohnt, gegen alles was seinen Träumen einer großen Koalition entgegensteht. Und betreibt sein Spiel, den Kampf gegen die Änderung des § 116 auf jede erdenkliche Art zu sabotieren weiter.

Janßens Auftritt jedenfalls und die damit zusammenhängende politische Demonstration der Grünen werden der „Fünferbande", ihrem Ideologen Rappe und seinen Anhängern die Sache nicht leichter machen.

Lohnforderungen

6,5 Prozent mehr Lohn fordert die Gewerkschaft Textil und Bekleidung für die ca. 40000 Beschäftigten in der westfälischen Textilindustrie.

6,5 Prozent mehr Lohn fordert auch die HBV für die ca. 200000 Beschäftigten in der Versicherungsbranche.

Außerdem fordert die HBV für diesen Bereich die Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 38,5 Stunden ab 1.1.1987.

Ausschluß unwirksam

Das Landgericht Hannover hat den Ausschluß von vier Mitgliedern der „Liste für eine durchschaubare Betriebsratsarbeit" bei der Hoechst AG aus der IG Chemie für unwirksam erklärt. Begründung: Die konkurrierende Kandidatur bei einer Betriebsratswahl ist allein kein hinreichender Grund für einen Gewerkschaftsausschluß. Weitere Vorwürfe des Hauptvorstandes der IG Chemie gegen die Listenmitglieder seien aber nicht mit Tatsachen untermauert worden.

Soli-Sammlung

Genau 146783 DM brachten Gewerkschafter für 89 Drukker auf, die wegen eines Sympathiestreiks gegen eine Betriebsverlagerung zu „Schadensersatz" verurteilt wurden.

Die gewerkschaftliche Wochenzeitung „Welt der Arbeit" und die IG Druck hatten zu der Solidaritätssammlung aufgerufen, nachdem das Düsseldorfer Arbeitsgericht die Drucker zu exakt 146783 DM verurteilt hatte. Das war der „Schadensersatz" den die 89 Gewerkschafter zahlen sollten, weil sie sich mit dem Protest solidarisierten, der sich gegen die Betriebsverlagerung der Rheinisch-Bergischen Druckerei in Neuß entwickelt hatte, wo unter anderem auch die CDU-Postille „Rheinische Post" (nicht zu unrecht auch oft „Rheinische Pest" genannt, RM) hergestellt wird.

Proteste gegen Hertie



400 Kolleginnen und Kollegen demonstrierten am Donnerstag letzter Woche gegen die geplante Schließung von zwei Hertie-Häusern in Bremen. 750 Arbeitsplätze stehen auf dem Spiel.

In Ratingen wurde am gleichen Tag ein Bürgerkomitee gegen die Schließung des dortigen Hertie-Hauses gegründet. Bei Hertie in Ratingen arbeiten 207 Menschen. Bei der nächsten Sitzung des Stadtrates von Ratingen steht das Thema Hertie auf der Tagesordnung. Der Betriebsratsvorsitzende von Hertie und ein HBV-Sekretär werden dort Rederecht haben.

Wilhelminisches aus Peine

Subramaniam Rasaratnam ist ein Asylbewerber aus Sri Lanka. Asylbewerber bekommen Sozialhilfe. Subramaniam Rasaratnam soll sie jetzt gekürzt werden. Begründung des Peiner Sozialamtes: Mit dem vollen Regelsatz (264,33 DM) hätte der Asylbewerber einen höheren Lebensstandard als in seiner Heimat und das ginge nicht.

Natürlich nicht! Wo kämen wir da hin, wenn jeder hergelaufene Asiat oder Afrikaner so üppig leben wollte wie deutsche Sozialhilfeempfänger? Die Leute sind das so gewohnt, die brauchen nicht so viel wie wir, das weiß man doch. Wer sein ganzes Leben von einer Handvoll Reis am Tag gelebt hat, kriegt nur Verdauungsstörungen, wenn er plötzlich morgens, mittags und abends etwas ißt. Und außerdem: Was will der Mann denn? Politisches Asyl oder sich den Bauch vollschlagen?

Der Anwalt des Asylbewerbers hat die Peiner Entscheidung „ausländerfeindlich" genannt. Man könnte auch sagen, daß hier der alte koloniale Geist aus Kaiser Wilhelms Zeiten ein come-back feiert.

PAC-Rundreise


Am vergangenen Samstag kam die Delegation des Pan Africanist Congress of Azania (PAC) in Frankfurt an. In diesen Tagen sprechen die Mitglieder der Delegation, die vom Vorsitzenden des PAC, Johnson Mlambo geleitet wird auf 14 Veranstaltungen, die von insgesamt 60 Organisationen getragen werden.

Antisemiten

Es brechen Dämme auf. Auch wenn der Freiherr, Graf und Antisemit von Korschenbroich jetzt gegangen wurde — nachdem ihn die CDU noch lange gestützt hatte — damit ist es nicht getan.

Die Reihe entsprechender Äußerungen in der CDU ist bereits zu lang, als daß dies alles als Randerscheinung abgetan werden könnte. Bei einem Kanzler, der stets beflissentlich bemüht ist, alles abzudecken, kein Wunder.

Dieselben, die den Staat Israel stets über den grünen Klee gelobt haben — warum wohl? — sind diejenigen, in deren Reihen heute Antisemitismus immer breiter auftritt. Bisher konnte in dieser BRD noch so reaktionäre Politik betrieben werden, jeder mußte sich, mehr oder minder notgedrungen, vom Antisemitismus abgrenzen. Wenn dieser Damm bricht, so ist dies nichts anderes als ein Zugewinn an politischem Spielraum für reaktionäre Bestrebungen. Sicher: Was heute offen gesagt wird, gestern wurde es schon hinter vorgehaltener Hand geflüstert. Diese Spees, Fellners und Konsorten sind nicht über Nacht zu Antisemiten geworden.

Daß die CDU erst unter öffentlichem Druck bereit war, ihre Unterstützung für Graf Spee aufzugeben zeigt, wie sehr selbst solche Tiraden bereits im machtpolitischen Kalkül beinhaltet sind.

Im Bereich der heutigen BRD wurde Antisemitismus nur einmal verfolgt: Von der Münchener Räterepublik. Ein nachahmenswertes Beispiel.

„Auch ich will einen Flüchtling schützen"

heißt ein Aufruf aus Hamburg, der sich gegen die Asylpolitik der Bundesregierung wendet. Er wendet sich „an alle, die mit uns anklagen, daß in diesem Land jeden Tag Menschenrechte der Flüchtlinge verletzt werden." Er ruft alle auf, „sich bereit zu erklären, einen Flüchtling vor Zwangsumverteilung, Lagerleben oder Abschiebung ins Heimatland zu bewahren, notfalls einen Flüchtling bei sich aufzunehmen und Aktionen im Sinne dieses Aufrufes in jeder Hinsicht zu unterstützen."

Der Aufruf ist bereits von zahlreichen Organisationen und Einzelpersonen unterschrieben worden — auch von der KPD in Hamburg.

Kontaktadressen:
Hamburger AK Asyl e.V., Laufgraben 37, 2 HH 13 und: Deutsch-Ausländisches Aktionsbündnis (DAAB), c/o DAAG Wallgraben 37, 2 HH 90.

Erfolg

Die „Kieler Liste für Ausländerbegrenzung" (KLA) hat inzwischen ihre Kandidatur zu den Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein im März zurückgezogen. Grund: die ausdauernden und massiven Proteste.

Die letzte Mark

Pleite ist sie zwar schon lange, aber Geld „gespendet" hat sie dennoch munter: Die Rede ist, wie könnte es anders sein, von der Neuen Heimat.



Noch am Freitag lebhaft dementiert (von SPD-Sprecher Clement) wurde es am Samstag vom Vorstandssprecher der NH eingestanden. Geld floß an die Friedrich-Ebert-Stiftung an die SPD und auch an die CDU.

Sozusagen die letzte Mark noch für staatstragende Arbeit (und für all das andere mehr, was stets in diesem Zusammenhang auftritt).

Die Neue Heimat ist längst zum Garantiebegriff dafür geworden, daß Reaktion und Unternehmer immer noch ein Argument gegen die Gewerkschaftsbewegung finden, wenn es zu politischen Auseinandersetzungen kommt — die letzten Wochen sind dafür Paradebeispiel. Und das ist nun wirklich kein Argument für die sogenannte Gemeinwirtschaft.

Verkehrte Welt?

Nach der Wahl auf den Philippinen mag manchem die Welt verkehrt erscheinen, ob der Töne, die da aus Washington kommen. Weniger von seiten der Regierung — da wird trotz allem weiterhin herumtaktiert — sondern von seiten der Medien, Abgeordneten usw. Marcos ade, heißt ihre Parole.

Ob ein Flugzeug nun bereits auf ihn wartet oder nicht, ob er Duvalier besuchen wird — da brauchts keine Einmischung. Tatsache ist: Er hat offensichtlich weitestgehend die politische Basis verloren, also gibt es für ihn zunächst einmal zwei Möglichkeiten: Blutbad oder Rücktritt.

Daß ausgerechnet in Washington jetzt die Demokratisierungsfarce gespielt wird, hat nur damit zu tun, daß die Inseln auf jeden Fall US-Einflußgebiet bleiben sollen und, nebenbei bemerkt, auch die BRD hat ein solches Interesse. Ohne die Unterstützung vor allem der USA wäre die Marcos-Diktatur niemals so alt geworden, wie sie jetzt aussieht.

Es gibt genügend Strömungen in der Allianz hinter Corazon Aquino — etwa die Vertreter der zweitreichsten Sippe des Landes, der Laurels — die sich damit profiliert haben, sie seien die einzigen, die den „kommunistischen Vormarsch" noch aufhalten könnten.

Diese Aussage rückt denn die Welt auch wieder ins Lot, macht sie doch deutlich, welche Absichten hinter Washingtons Taktik stehen. Zu stark hat sich auch im letzten Jahr der Kampf der Neuen Volksarmee ausgebreitet — darauf muß reagiert werden. Im Dienst der Sache der Reaganisten müßte Mohr Marcos dann eben gehen.

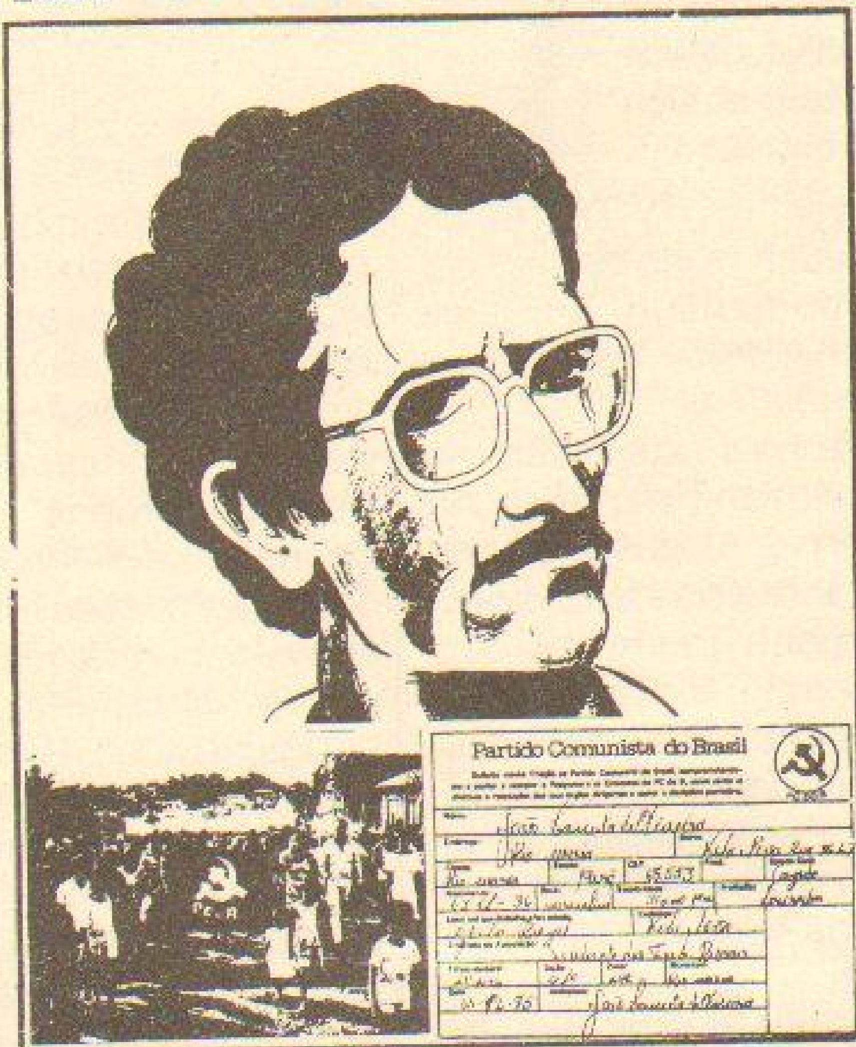


Kundgebung auf den Philippinen: Gerade in den letzten Tagen der Wahlauseinandersetzung verbreiteten sich unter den Aquino-Anhängern (nicht immer im Sinne ihrer Führer) antiamerikanische Parolen.

Blutiger Kampf um Agrarreform

Am 18. Januar nahmen im brasilianischen Araguia (Para) Zehntausende Abschied von Joao Canuto. Dieser Genosse der KP Brasiliens war im Dezember von einer Gruppe dreier gedungener Mörder mit zwölf Schüssen niedergemetzelt worden. Canuto, Vorsitzender der örtlichen Landarbeitergewerkschaft und der Ortsgruppe der KPB war nur das jüngste Opfer einer beispiellosen Mordkampagne der Großgrundbesitzer und ihrer Handlanger, die sich damit, vor allem in den nördlichen Bundesstaaten Brasiliens gegen die Landreform und konkret gegen die Bewegung zur Landnahme durchsetzen wollen. Im letzten Jahr starben unter den Kugeln gedungener Mörder im Bundesstaat Bahia 25 Landbesetzer, in Maranhao gab es 41 Mordopfer zu beklagen und in Para über 40. Diese Mordkampagne wird von der politischen Reaktion keineswegs heimlich durchgeführt, sondern wird begleitet von einer Propagandakampagne, die die Drohung zum Inhalt hat, jede Aktion zur Durchführung des 1. Nationalen Plans der Agrarreform (im letzten Jahr verabschiedet von der Bundesregierung) mit Vergeltung zu beantworten.

Der Plan der Bundesregierung zur Argrarreform, von der KPB im Parlament gestützt sieht ausdrücklich die Legalisierung der Bewegung zur Landnahme vor. Die KP Brasiliens hat zu Beginn des Jahres aufgrund dieser Sachlage eine allseitige Kampagne zur Durchführung der Agrarreform begonnen, deren Ziel es ist, diesem Plan (der Gesetzescharakter hat) überall zum Durchbruch zu verhelfen und fordert auch von der Regierung entsprechende Maßnahmen.



Ex-„Commandante Hans"

Lange Zeit ließ er sich wegen seiner vielen Gesprächskontakte zur sandinistischen Führung in Nicaragua gern als *„Commandante Hans"* titulieren, Hans-Jürgen Wischnewski von der SPD. Das ist vorbei. Nach seiner jüngsten Reise kam er mit „Schreckensnachrichten" zurück.

„Besorgt" müsse er sich zur Situation des Landes äußern, der Gesprächsfaden zwischen Regierung und Opposition (hier ist Kirche und Unternehmerverband gemeint) sei *„völlig abgerissen"*, innerhalb der Führung würden sich Kräfte stark machen, die das Gespräch nicht mehr ernst nehmen würden, ihnen sei egal, was das Ausland über Nicaragua denke. Zwar hat Wischnewski noch zugegeben, daß die *„schlimmsten Menschenrechtsverletzungen, die man sich überhaupt vorstellen kann"* von der Contra begangen werden, seine harsche Kritik an den Sandinisten ist aber eine eindeutige Korrektur der bisherigen SPD-Politik. Was vor allem schwer wiegt, weil der Besuch Wischnewskis im Rahmen einer Delegation der Sozialistischen Internationale (SI) stattfand, und der Bericht, und damit Wischnewskis Wertungen, Grundlage sind, für eine Neubestimmung des Verhältnisses der SI zu Nicaragua. Die soll nämlich auf der nächsten SI-Konferenz im Juni im Rahmen einer Zentralamerika-Debatte vorgenommen werden. Das starke Gewicht der SPD in der SI läßt nichts Gutes erwarten.

500 Gruppen gründen Gewerkschaftsopposition

Im Dezember trafen sich in den **USA** die Vorsitzenden von 500 Ortsgruppen von Einzelgewerkschaften aus dem AfL-CIO um eine bundesweite oppositionelle Gruppierung zu schaffen, die sich gegen die Kompromißpolitik der AfL-Führung gegenüber Reagan und Kapital wendet.

Die Gründungskonferenz unter der Losung „No more concessions" war der bisher deutlichste Ausdruck einer kämpferischen Strömung innerhalb des Gewerkschaftsverbandes, die sich 1985 in einer Vielzahl lokaler und regionaler Streiks ausgedrückt hatte. Begonnen hatte die Auseinandersetzung 1982 als 52 Prozent aller Tarifabschlüsse Lohnsenkungen oder -stopp beinhalteten.

Keine Konzessionen mehr — damit sind solche Maßnahmen gemeint wie etwa die verschiedenen Tarifverträge in der Automobilindustrie in denen Lohnverzicht festgeschrieben worden war.

Dieser Konferenz gingen in den entsprechenden Ortsgruppen verschiedenster Einzelgewerkschaften lokale Konferenzen voraus, in denen entschieden worden war, ob die entsprechende Gruppe für oder gegen die Gründung Stellung nehmen sollte.

Verschiedenen Kritikern gingen die politischen Beschlüsse der Konferenz nicht weit genug — aber auch sie unterstrichen die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit dieser Opposition.

Soares gewinnt

Der Wahlsieg von Mario Soares im zweiten Wahlgang der portugiesischen Präsidentschaftswahl ist Ergebnis der gemeinsamen Aktion nahezu der gesamten portugiesischen Linken.

Auch die KP (Wiederaufgebaut) aus Portugal, die im ersten Wahlgang die unabhängige Kandidatur Pintasilgo unterstützt hatte (mit 7 Prozent wurde sie vierte der fünf Kandidaten) rief im zweiten Wahlgang zur Soares-Wahl auf.

Die Begründung dafür liegt im ausgesprochen reaktionären Charakter der Kandidatur von Freitas do Amaral als Kandidat der Einheit der Rechten. Mit dem Motto „Vorwärts Portugal" hatte er seine Kampagne mit demselben Namen getauft, mit dem bereits in den 30er Jahren Dutra Faria für die Popularisierung der Salazar-Diktatur geworben hatte.

In einem Dokument, das in großer Auflage verbreitet wurde, faßte die PC (r) Tatsachen über das Wirken des Kandidaten Amaral zusammen. So ist er in der Gewerkschaftsbewegung dafür berüchtigt, daß die Arbeiter im Betrieb der Zeitung „Journal de noticias", deren Mehrheitsaktionär er ist, monatelang keine Löhne ausbezahlt bekamen.

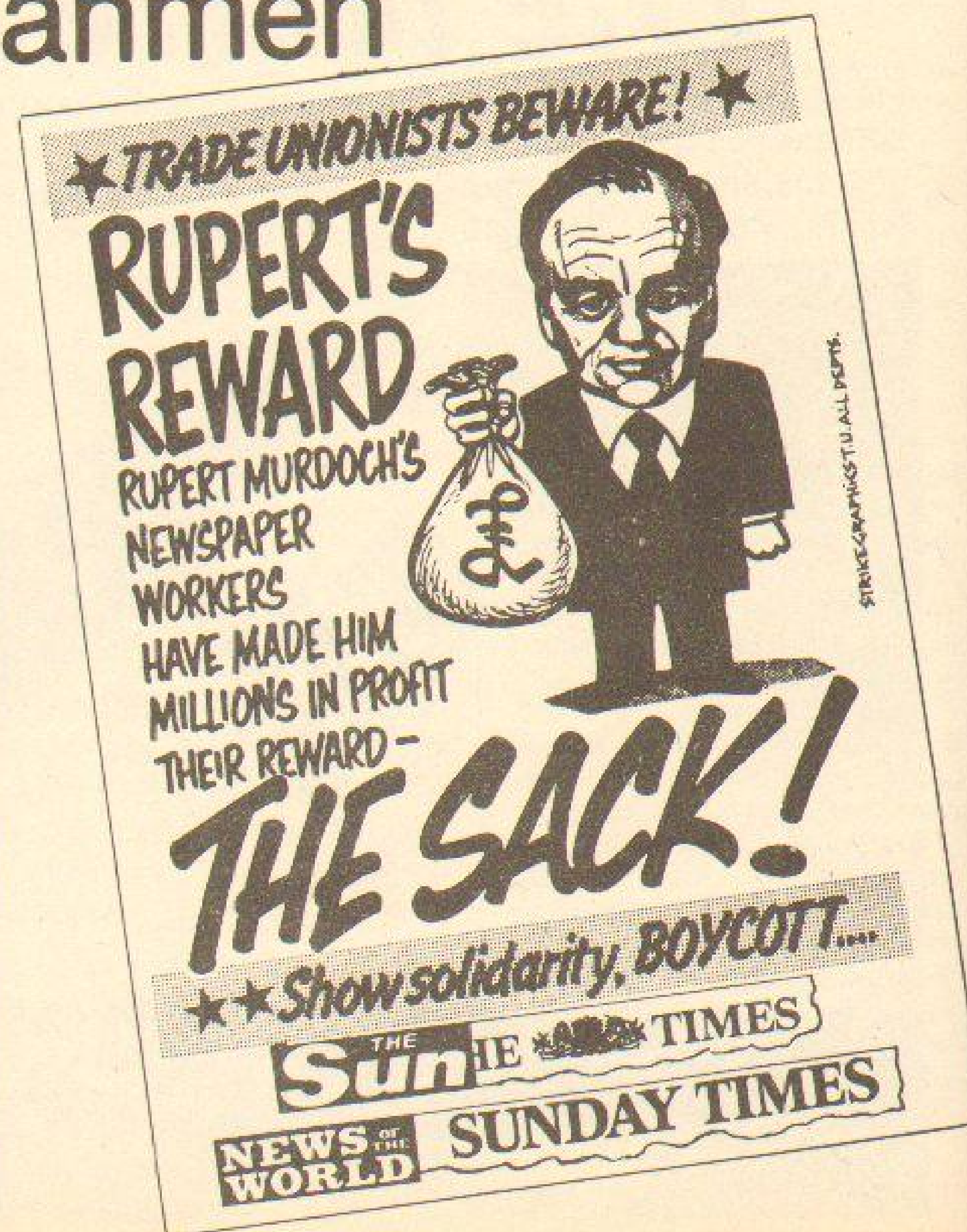
Was entscheidender ist: Amaral galt in den 70er Jahren an der Universität von Lissabon als Inquisitor des Salazar-Regimes. Der Student Antonio Santos wurde damals von ihm an die berüchtigte Geheimpolizei PIDE ausgeliefert, in deren „Gewahrsam" er dann „starb". Der Sohn seines Gegenkandidaten Soares wurde damals von Amaral relegiert — die Liste in der Dokumentation ist noch viel länger und umfaßt auch Amarals enge Verbindung zu faschistischen Bombenlegern in den 70ern.

60 Festnahmen

Erneut kam es am Wochenende in London zur Konfrontation, diesmal zwischen 5000 streikenden Druckern (und solidarischen Gewerkschaftern, darunter viele Bergarbeiter) und 2000 Polizisten. Dabei wurden 60 Streikposten von der Polizei festgenommen.

Die streikenden „Times"-Drucker wollten mit dieser Aktion erneut die Auslieferung der „Sunday Times" verhindern, was durch den massiven Polizeieinsatz verhindert wurde.

Die Drucker werben (unter anderem mit Plakaten und Klebern, wie abgedruckt) für den Boykott der vier Murdoch-Zeitungen, die in dessen neuer „Fabrik" in Wapping hergestellt werden. (Siehe auch Artikel auf Seite 13.)



Am 7. Februar mußte „Baby Doc" mit seinem Gefolge Haiti verlassen. Mit seinem Abgang endete die diktatorische Herrschaft des Clans der Duvaliers, die seit 1957 auf dem Land lastete.

Die neue Regierung erfüllte mit ihren ersten Sofortmaßnahmen wichtige Forderungen der Bevölkerung Haitis: So wurde die berüchtigte Geheimpolizei, die „Tontons Macoutes" (wörtlich: Onkel Menschenfresser) endgültig aufgelöst, freie Gewerkschaften sollen zugelassen werden, Wahlen sind versprochen und viele Sondergesetze, die die diktatorischen Vollmachten der Duvaliers in der Verfassung festschrieben sind aufgehoben worden.

Dennoch ist Skepsis angesagt: Viele Mitglieder der neuen Regierung waren auch an der Macht der Diktatur beteiligt, allzu stark kommt der Beifall aus Washington für die jüngste Entwicklung. Man wird abwarten müssen, wie sich die Verhältnisse in Haiti entwickeln. Das gibt aber auch Gelegenheit, einen Blick auf die außergewöhnlich interessante und leider weitgehend unbekannte Geschichte Haitis zu werfen.

Aus der Geschichte Haitis

Freiheitskampf seit der „Entdeckung"

1804: Die erste freie schwarze Republik

von MICHAEL BANOS

Die — uns bekannte — Geschichte Haitis beginnt am Donnerstag, den 6. Dezember 1492. Christoph Columbus landet, von Cuba kommend an der Nordwestküste der Insel. Im Bordbuch des Seefahrers heißt es: „Donnerstag, den 6. Dezember. Die Insel ist felsig, ihre Berge sind höher als die der anderen Eilande. Überall sieht man fruchtbare Ebenen, grüne Grasfluren, die die Indianer *Savannas* nennen, und bebaute Felder, Rauchsäulen und viele Feuer, die während der Nacht entzündet wurden, lassen erkennen, daß das Land dicht bevölkert ist. Ich dachte lange nach, welchen Namen ich der neuen Entdeckung geben solle. Schließlich entschied ich mich für den Namen **Hispaniola.** Denn diese Insel erinnert mich an Spanien, meine zweite Heimat."

Hispaniola, dieser Name war auch Programm, kolonialistisches, imperialistisches Programm. Die Insel Haiti wurde Teil des spanischen Reiches. „Zehn Jahre später, bei der Ankunft des Gouverneurs Ovando in der inzwischen gegründeten spanischen Niederlassung Santo Domingo, war das von Columbus geschilderte Paradies für immer vom Erdboden verschwunden, seine Bevölkerung weitgehend dezimiert. Ovando stand seinen Zeitgenossen Cortez und Pizarro an Grausamkeit in nichts nach. Er ließ die Eingeborenen mit Hunden hetzen (die Jagd galt nur dann als erfolgreich, wenn mindestens zwölf Indios auf der Strecke blieben: für jeden Apostel einen) und auf kleinen Feuern lebendig rösten; ihre Königin Anaconda ließ er bei einer friedlichen Zusammenkunft in Ketten legen und zusammen mit den Stammeshäuptlingen massakrieren." (1)

Zwar hielt sich in einigen Bergregionen noch vereinzelt Widerstand, aber die Vernichtung der Ureinwohner Haitis ging so schnell vonstatten, daß es selbst einen spanischen Dominikanermönch erbarmte. Pater Bartolomé de Las Casass wird in seiner Haltung in einem zeitgenössischen Brief wie folgt beschrieben: „Die Indianer hätten besser daran getan, behauptete er, *mitsamt ihrem Unglauben allein und allmählich zur Hölle zu fahren,* als sich von den Christen erlösen zu lassen. *Das viele vergossene Menschenblut schreit zum Himmel: die lebendigen Leibes Verbrannten, die auf Rosten Gebratenen, die reißenden Hunden zum Fraß Vorgeworfenen...*" (2)

Noch aber gab es auf Haiti Gold- und Silbervorkommen. Und dafür brauchte man Arbeitskräfte. Von eben jenem frommen Bruder Bartolomé de Las Casass ist ein Lösungsvorschlag übermittelt, den er dem spanischen Regenten Karl V. unterbreitete. Die Siedler, so schrieb er *„könnten ja schwarze oder maurische oder sonstige Sklaven mit sich führen, welche sie bedienen oder von deren Hände Arbeit sie leben, oder auch anders verfahren, so es nur nicht den Indianern zum Schaden gereicht...*" (3)

1503 kamen die ersten Schiffsladungen mit schwarzen Sklaven aus Afrika nach Santo Domingo. Von 1517 wurde die Sklaven-„Einfuhr" mit Billigung Karl V. in immer größerem Maßstab betrieben, bis zu 40000 Menschen im Jahr wurden nach Haiti verschleppt. Die Afrikaner, in Massen aus ihren Gesellschaften in Westafrika entführt, organisierten schon 1522 den ersten Sklavenaufstand. Ein Bericht aus den Straßen von Santo Domingo, 1522: „Der Aufstand, der erste Negersklavenaufstand in Amerika ist niedergeschlagen. Er war in den Zuckermühlen Diego Columbus', des Bruders des Entdeckers, ausgebrochen, und bald hatte der Brand auf die Zuckersiedereien und Zukkerrohrpflanzungen der ganzen Insel übergegriffen. Es erhoben sich die Neger und die wenigen noch lebenden Indianer mit Steinen, Stökken und Rohrlanzen, mit Waffen, die an den Rüstungen jedoch wütend und ohnmächtig zersplitterten.

Nun hängen Frauen, Männer, Junge und Alte an den längs der Straßen aufgestellten Galgen. Die Füße baumeln in Augenhöhe der Vorbeiziehenden. An den Füßen könnte der Wanderer erkennen und erraten, was sie vor ihrem Tode waren. Unter diesen lederharten, von Arbeit und Mühsal zerkerbten Füßen finden sich Füße des Genusses und des Verdrusses, Füße, die Gefangene sind, und Füße, die immer noch tanzen und die Erde lieben und zum Krieg aufrufen. (4)

In den nachfolgenden Jahrzehnten vollziehen sich auf Haiti grundlegende Veränderungen. Die spanischen Kolonisatoren waren nach dem Raubbau an den natürlichen Reichtümern ihrer Kolonie mehr an den unermeßlichen Schätzen auf dem lateinamerikanischen Kontinent — von Mexico bis Peru — interessiert. Der Zug der Kolonisatoren in die Großreiche der Azteken und Inkas ließ das Land brachliegen, Städte veröden. In dieser Zeit ließen sich französische Seeräuber im Nordwesten der Insel nieder und machten im Laufe der Zeit aus Santo Domingo die französische Niederlassung Saint Domingue. Ein Teil der Seeräuber, die davon lebten, spanische Schiffe bei der Durchfahrt durch die Antillen zu überfallen, blieben dann auf der Insel, lebten von den auf dem fast menschenleeren Land verwilderten Rinderherden. Man nannte sie *„Bukaniere"*, nach einer indianischen Art Rindfleisch zu braten. Sie waren so etwas wie frühe Vorläufer der Cowboys und bildeten eine feste Gemeinschaft mit den Seeräubern, denen sie gegen Beuteanteile Lebensmittel lieferten und ihnen bei Gefahr Unterschlupf boten. Viele wurden seßhafte, reiche Bauern, die von der Arbeit geraubter Sklaven lebten. Es war den Spaniern nicht mehr möglich, trotz einiger Kämpfe und Gefechte, die Franzosen von der Insel zu vertreiben. 1697 mußte Spanien den Westteil von Hispaniola offiziell an Frankreich abtreten. Frankreich machte in den nächsten 100 Jahren aus Haiti seine wichtigste und reichste Kolonie. Das verwilderte Land wurde in riesige Plantagen umgewandelt, Zuckerrohr- und Baumwollfelder entstanden, an Berghängen wurde Kaffee angebaut, Straßen und Brücken wurden gebaut. Schätzungsweise 30000 Sklaven wurden pro Jahr nach Haiti verschleppt, dazu noch viele Zwangsarbeiter aus Frankreich — politisch unliebsame Menschen, die zu Zwangsarbeit in den Kolonien verurteilt wurden.



Die Festnahme des schwarzen Generals und Anführers der aufständischen Sklaven, Toussaint im Jahre 1802. Toussaint starb kurz vor Erreichen der Unabhängigkeit Haitis 1803 in französischer Gefangenschaft.

In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts war Haiti nicht nur die reichste, sondern auch die produktivste Kolonie Frankfreichs. Nur ein Drittel der nach Frankreich gelieferten Kolonialwaren wurde im Lande verbraucht, der Rest wurde ins übrige Europa exportiert. „1789 gab es in St. Domingue 793 Zuckerrohrmanufakturen, 3117 Kaffeepflanzungen, 3150 Indigo- und 789 Baumwollplantagen, 182 Rum-Brennereien und 50 Kakaopflanzungen. Der Gesamtwert des Ein- und Ausfuhrhandels der Kolonie belief sich jährlich auf 250 Millionen Francs, d.h. ein Viertel des französischen Handels (nach anderen Schätzungen sogar zwei Drittel)." (5)

In dieser Zeit entwickelte sich die haitianische Revolution. Die wechselnden Rassen- und Klassenbündnisse beschreibt H.C. Buch in seiner „Geschichte Haitis" wie folgt: „In der ersten Phase der Revolution verbündeten sich die großen und die kleinen Weißen gegen den Hegemonieanspruch der Regierung, um das Handelsmonopol des Mutterlandes abzuschütteln; in der zweiten Phase verbündeten sich die für ihre Bürgerrechte kämpfenden Mulatten mit den aufständischen Sklaven gegen den Rassismus der großen und kleinen Weißen; in der dritten Phase schließlich kämpften die schwarzen Sklaven gegen Weiße und Mulatten, die durch die Emanzipation der Sklaven ihren Besitz und ihre Privilegien bedroht sahen." (6)

Der wichtigste Führer der aufständischen Sklaven war der, selbst als Sklave am 20. Mai 1743 auf einer Pflanzung geborene, Toussaint-Louverture. Er schaffte eine breite Front gegen die erstarkte englische Macht, die die Situation für sich ausnutzen wollte und kämpfte entschlossen gegen ein französisches Expeditionscorps, das den Freiheitskampf niederschlagen sollte. Der Anführer der Sklavenheere, der schwarze General Toussaint-Louverture wurde zwar gefangengenommen, nach Frankreich verschleppt und starb dort 1803 als Gefangener, sein Volk jedoch errang nach schwerem Kampf am 1. Januar 1804 die Unabhängigkeit.

„Im Herbst 1791 brach die Revolution aus. In einem einzigen Monat, im September, wurden 200 Plantagen ein Raub der Flammen; die Brände und die Kämpfe gingen pausenlos weiter, während die aufständischen Sklaven die französischen Heereseinheiten zum Ozean drängten. Die Schiffe fuhren mit immer mehr Franzosen und mit immer weniger Zukker beladen ab. Der Krieg ließ Ströme von Blut fließen und verwüstete die Plantagen. Er war lang. Das vernichtete Land war gelähmt; Am Ende des Jahrhunderts war die Produktion vertikal gefallen. *‚Im November des Jahres 1803 war fast die ganze, einst blühende Kolonie ein großer Friedhof voll Asche und Schutt'*, sagt Lepkowski (Tadeusz Lepkowski, „Haiti", Band I, Havanna 1968). Die Revolution Haitis war — nicht nur zeitlich — mit der Französischen Revolution zusammengefallen, und Haiti erfuhr auch am eigenen Leibe die Blockade gegen Frankreich seitens der internationalen Koalition: England beherrschte die Meere. Aber später erlitt Haiti, als seine Unabhängigkeit mit der Zeit unvermeidlich wurde, die von Frankreich ausgehende Blockade. Dem französischen Druck nachgebend, verbot der Kongreß der Vereinigten Staaten 1806 den Handel mit Haiti. Erst 1825 erkannte Frankreich die Unabhängigkeit seiner ehemaligen Kolonie an, aber dies nur gegen Leistung einer riesigen Entschädigung in bar." (7)

Die für damalige Verhältnisse astronomische Summe von 150 Millionen Franc Entschädigung wurde zwar später auf 60 Millionen Franc reduziert, aber auch diese Summe war eine Belastung, von der sich das Land nicht mehr erholen konnte. Nach einem langen blutigen Krieg, mehreren Invasaionsversuchen wurde das verbrannte Land der Sklaven eine unabhängige Republikunabhängig in Ruinen auf abgebranntem Land — und dazu verdammt, weiterhin Spielball und Objekt der Großmächte zu sein.

Das hat sich bis heute nicht geändert. Die Karibik wurde vom erstarkenden Nordamerika in Nachfolge der Spanier, Franzosen und Engländer schnell zum *„mare nostrum"*, zum eigenen Meer, zum eigenen Einflußgebiet erklärt. Wie das unabhängige Haiti dies erlebte macht das folgende Beispiel deutlich: „Die Vereinigten Staaten haben Haiti 20 Jahre lang besetzt (1915 - 1934, RM), und dort, in diesem Negerland, das Schauplatz der ersten Sklavenrebellion gewesen war, führten sie die Rassentrennung und ein System der Zwangsarbeit ein, töteten 1500 Arbeiter bei einer ihrer Unterdrückungsaktionen (nach einer Untersuchung des nordamerikanischen Senats im Jahre 1922), und als die Regierung des Landes sich weigerte, die Nationalbank in eine Filiale der National City Bank von New York zu verwandeln, unterbrachen sie die Zahlungen der Gehälter an den Präsidenten und seine Minister, damit sie von neuem darüber nachdächten." (8)

Die neue Hegemonialmacht im karibischen Raum, der US-Imperialismus, hat dort immer mit zwei Taktiken gearbeitet. Entweder — wie bei der Besetzung Haitis, oder letztens erst in Grenada — mit dem *„big stick"* dem großen, dem militärischen Knüppel. Oder sie hat die *„Dollar-Diplomatie"* angewandt, den Kauf von Eliten und einflußreichen, mächtigen Leuten. In die zweite Kategorie gehört die Ära der Duvaliers, die von 1957 bis zum 7. Februar 1986 auf dem Lande lastete.

Am 7. Februar begann ein neues Kapitel in der Geschichte Haitis, der (nach den USA) zweitältesten Republik der westlichen Hemisphäre, der älteste schwarzen Republik und der ersten Nation, die aus einer erfolgreichen Sklavenrevolte geboren wurde.

ANMERKUNGEN:

1.) Hans Christoph Buch: Geschichte Haitis, in: „Kunst aus Haiti", (West)-Berlin, 1979 S. 31 **2.**) Bataillon, Marcel und André Saint-Lu: „El Padre Las Casas y la defensa de los indios", Barcelona, Ariel, 1976. Zitiert nach: Galeano, „Geburten, Erinnerungen an das Feuer", Band 1, Wuppertal, Hammer Verlag 1983 S. 111. **3.**) ebenda **4.**) Oviedo y Valdes, Gonzales Fernández de, „Historia general y natural de las Indias", Madrid, Real Academica de la Historia, 1851, zitiert nach: Galeano, „Geburten..." a.a.O., S. 97 **5.**) H.C. Buch, „Geschichte Haitis", a.a.O., S. 40 **6.**) ebenda S. 45 **7.**) Eduardo Galeano, „Die offenen Adern Lateinamerikas", Hammer Verlag Wuppertal, 1973 S. 80 **8.**) William Krehm, „Democracia y tiranias en el Caribe", Buenos Aires, 1959, zitiert nach Galeano, „Die offenen Adern..." a.a.O. S. 125.

Unheimliche Macht für die geheimen Dienste

Vier Gesetzentwürfe aus dem Paket der sieben „Sicherheitsgesetze" sind am 31. 1. 1986 in erster Lesung im Bundestag beraten worden. Die Regierung behauptet: Die Gesetze sind notwendig geworden durch das Volkszählungsurteil des Bundesverfassungsgerichts. Sie sollen mehr Datenschutzsicherheit für den Bürger schaffen. Aber: Das BVG verkündete seine Entscheidung vor zwei Jahren. Warum wird die erste Lesung der Gesetze dann jetzt so überhastet angesetzt? Warum bekommen die Abgeordneten die Gesetzentwürfe — immerhin 250 Seiten — erst 48 Stunden vor der Debatte zu Gesicht, die Öffentlichkeit gar nicht? Warum ist dann unter den sechs Sachverständigen, die die CDU/CSU zur Anhörung über das Paß- und Personalausweisgesetz am Aschermittwoch einladen konnte, nicht ein einziger Datenschützer gewesen? Weil es der Regierung nicht um Datenschutz geht. Weil die Wende- Regierung mit den (Un-)Sicherheitsgesetzen die Macht der Geheimdienst stärken will. Der berüchtigte Abgeordnete Fellner für die CDU in der Bundestagsdebatte: „Was nützt — auch wenn es hier pauschal klingt, aber ich sage es — dem Bürger der schönste Datenschutz, wenn er nicht mehr vor Straftätern oder den Gegnern der Demokratie sicher ist?" Weshalb der „schönste Datenschutz" auch ohne „ernsthafte Behinderungen der Behörden der inneren Sicherheit zu geschehen" hat!

Wir dokumentieren auf dieser Seite Auszüge aus den Reden von Gerhard Schröder und Hans-Christian Ströbele, die für die beiden Oppositionsparteien im Bundestag sprachen.

Notstandsgesetze für den täglichen Gebrauch

Aus der Bundestagsdebatte am 31. 1. 1986

Aus dem Beitrag von Schröder (SPD)

Mit dem neuen Bundesdatenschutzgesetz werden die **Kontrollrechte der Datenschutzbeauftragten** eingeschränkt.

Wenn Sie es mir nicht glauben, dann fragen Sie doch die Datenschutzbeauftragten des Bundes und aller Bundesländer. Auch in denen, die Sie regieren, haben die Datenschutzbeauftragten gesagt, daß das, was Sie hier vorhaben, freiheitsfeindlich ist; und sie haben recht.

Die jeweils zuständige Behörde braucht nur auf Sicherheitsbedenken zu verweisen, und schon können Verfassungsschutz, MAD, BND, können die Staatsanwaltschaften und die Polizei jegliche Auskunft verweigern.

Geben Sie es doch wenigstens zu: Einen effektiven Datenschutz im Sicherheitsbereich wollen Sie gezielt zerstören; das ist der Sinn ihrer Gesetze.

Sie wollen ein **Zentrales Verkehrsinformationssystem** schaffen. Nach ihren Plänen — das sollte einmal jeder im Land hören — sollen 30 Millionen Autofahrer ausgeforscht werden können.

(Dr. Laufs [CDU/CSU]: Das ist doch nicht wahr! Nennen Sie den Paragraphen! — Ströbele [Grüne]: Doch, das stimmt! § 35, Herr Laufs! — Jung [Lörrach, CDU/CSU]: Das ist ja lachhaft! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

Die gespeicherten Daten dieser Bundesbürger sollen der Polizei und dem Verfassungsschutz verfügbar gemacht werden. Damit — das müssen Sie einsehen — wird ein gigantisches Informationsnetz geknüpft, das jedem, dem Freiheit etwas bedeutet, Angst machen muß.

Nicht genug damit! Die Polizeibehörden sollen von sich aus Informationen an die Geheimdienst liefern, wann immer sie es für nötig halten. Und sie sollen untereinander Daten austauschen können, ja, müssen.

(Dr. Schierholz [Grüne]: Geheimpolizei!)

Das mag manchem ja vielleicht harmlos und einigen gar vernünftig klingen. „Ich habe nichts zu verbergen" ist eine einfältige Formel, die dem Staat jeden Blick ins Private erlauben will.

Aber wir sollten einen Moment innehalten und uns unserer Geschichte erinnern; denn die muß uns mißtrauisch machen. Mit dem von Ihnen geschaffenen Instrument der sogenannten **Spontaninformation** wird die **Trennung zwischen Polizei und Verfassungsschutz** aufgegeben

(Ströbele [Grüne]: Spitzelwerbung!)

eine Trennung, die die Alliierten mit ihrem Polizeibrief aus dem Jahre 1949 der Erfahrungen mit der Gestapo wegen angeordnet hatten,

(Ströbele [Grüne]: Genau! — Jung [Lörrach, CDU/CSU]: Pfui Teufel! Was zieht der für Vergleiche! Bösartig! — Bühler [Bruchsal, CDU/CSU]: Ein übler Brunnenvergifter! — Dr. Laufs [CDU/CSU]: Das ist eine große Hetze! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

eine Trennung, die seit dem aus gutem Grund ein Stückchen ungeschriebenes Verfassungsrecht ist.

(Hornung [CDU/CSU]: Bösartig, was Sie sagen!)

Warum wollen Sie diese Trennung aufgeben? Warum wollen Sie einen Informationsverbund zwischen Polizeibehörden und Geheimdiensten schaffen? Ich willen es Ihnen sagen: Weil Sie, meine Damen und Herren von der Koalition, weil Sie, die deutsche Rechte, zu sich selbst und zu Ihren antidemokratischen Traditionen zurückgefunden haben.

(Beifall bei der SPD und den Grünen — Roth [Gießen, CDU/CSU]: Hetzer! — Seiters [CDU/CSU]: „Den Anstand wahren", Rau! — Bühler [Bruchsal, CDU/CSU]: Ein übler Hetzer! — Zuruf von der CDU/CSU: Pfui! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

Der Staat ist Ihnen nicht Instrument selbstbewußter Bürger, er ist Ihnen Selbstzweck.

(Zuruf von der CDU/CSU: Pfui! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

Aus dem Beitrag von Ströbele (Grüne)

Sie wollen den Untertan, dem die Ruhe die erste Bürgerpflicht ist. Gefragt sind nicht mehr Individualität und Spontanität, sondern vorauseilender Gehorsam und Anpassung.

(Dr. Ing. Kansy [CDU/CSU]: Sie lassen sich von Diktaturen, aber nicht von der Demokratie belehren!)

Niemand darf darüber hinwegsehen: Die klare gesetzliche Grundlage, die das Verfassungsgericht für Informationseingriffe fordert,

(Seiters [CDU/CSU]: Arme SPD, wenn solche Leute hier reden!)

dient in Zukunft nicht mehr dazu, staatlichen Wissensdurst zu begrenzen, sondern allein dazu, ihn uferlos möglich zu machen. Der gläserne Mensch nimmt so Gestalt an, und damit geht ein Stück Substanz des Rechtsstaats verloren.

(Bühler [Bruchsal, CDU/CSU]: Sozialistischer Schwachsinn ist das, was Sie da verzapfen! — Ströbele [Grüne]: Haben Sie es mal gelesen? Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

Das rechtsstaatliche Gesetz verliert seine Funktion, die Staatsgewalt zu beschränken. Es wird zum Herrschaftsinstrument des Staates gegenüber dem Bürger. Denn wenn Wissen Macht verleiht, dann bedeutet Allwissen auch Allmacht. Ein Staat, der über seine Bürger alles weiß oder auch nur wissen möchte, ist kein freiheitlicher Rechtsstaat mehr, sondern ein Überwachungsstaat.

(...)

Wir haben das Gesetz vor allen Dingen nach den Fernsehreden der Kollegen Baum und Hirsch daraufhin durchgesehen, wo denn da **Datenschutz und Datensicherheit** geblieben sind. Wir haben weitgehend vergeblich gesucht. Wir haben nichts gefunden, außer daß nun Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren von Datenspeicherung ausgenommen werden sollen, und daß Bürger fragen dürfen, wann und wo über sie Daten gespeichert sind. Das heißt aber noch lange nicht, daß sie Antwort bekommen.

Im Sicherheitsbereich z.B. gibt es keine Antworten. Überhaupt: Die Experten des Sicherheitsbereichs, der Geheimdienste und des Bundesinnenministeriums haben dieses Gesetz mitgeschrieben.

Für mich erklärt sich jetzt auch, warum in den Akten des zweiten Untersuchungsausschusses immer wieder vermerkt ist, daß führende Beamte des Bundesinnenministeriums und der Geheimdienste zu Beratungen über das Thema Sicherheitsgesetze abgezogen worden sind.

Im einzelnen ganz kurz folgendes: Das **Bundesdatenschutzgesetz** beschränkt seine Geltung auf **Dateien.** Aber was ist eigentlich mit den **Akten?** Daten, die sich in den Akten befinden, bleiben für die Selbstbedienung der Behörden freigegeben.

Dann **Zevis** — die Änderung des Straßenverkehrsgesetzes. Hier wird das Auto zum zusätzlichen Ausweis. Das Kraftfahrtbundesamt wird zum verbotenen bundesweiten Adreßregister für 30 Millionen autobesitzende Bundesbürger. Und das Autokennzeichen wird zum Personenkennzeichen.

Verfassungsschutzgesetz: § 11 dieses Gesetzes bringt das Lex Todenhöfer. (...)

§ 11 des Verfassungsschutzgesetzes macht das möglich, was der Verfassungsschutz, Herr Spranger und Herr Todenhöfer praktiziert haben, nämlich daß persönlich Daten aus den Beständen des Verfassungsschutzes über das Bundesinnenministerium für politische Zwecke, für den politischen Tageskampf mißbraucht werden sollen. Das wird jetzt möglich gemacht.

§ 10 des Verfassungsschutzgesetzes macht es möglich, daß Daten von Asylanten an ausländische Dienste ohne jede Kontrolle weitergegeben werden. Das wollen Sie ermöglichen. Das ist Ihr Datenschutz!

Ich komme jetzt zum vierten dieser Gesetze. Das **MAD-Gesetz** unterscheidet sich von dem Verfassungsschutzgesetz nicht in vielen Teilen. Es ermöglicht aber in Zukunft, auch Ehegatten, Lebensgefährten, Bräute von Soldaten dem MAD und der Datensammlungswut des MAD auszusetzen.

(Bühler [Bruchsal, CDU/CSU]: Sogar den Hausdackel! So ein Schwachsinn!)

Nach allem, was wir von diesen Gesetzen bisher wissen, wird der Mensch überhaupt nur noch als Sicherheitsrisiko begriffen. Der Bürger wird kontrolliert und verdatet. Am liebsten wollen Sie das, ohne, daß er es merkt.

Die Vollendung des Gesetzespakets haben Sie uns bisher nicht vorgelegt. Der Kollege Broll hat nur über das ZAG geredet — aber vorgelegt haben Sie es uns bis heute noch nicht. In der Regierung soll es beschlossen worden sein, aber Sie verheimlichen es — aus gutem Grunde! (...)

Durch dieses ZAG wird nach allem, was wir wissen, eine Verbindung zwischen den Bundessicherheitsbehörden, den Geheimdienstbehörden und der Polizei hergestellt. Damit werden sie zu einer informationellen Superbehörde. Aber die verstößt gegen wichtige Grundsätze der Verfassung. Der Kollege Schröder hat auf einen hingewiesen, daß nämlich nach unserer Verfassung Polizei und Geheimdienste streng getrennt zu halten sind. Dies verstößt aber auch gegen das Recht auf informationelle Selbstbestimmung, und das verstößt — Herr Kollege Hirsch, im Innenausschuß haben Sie sich dafür immer stark gemacht — gegen das Verfassungsgebot des Föderalismus gerade im Polizeibereich.

Hier wird eine einheitliche Behörde geschaffen. Hier wird der Föderalismus aufgegeben. Er bleibt auf der Strecke. Sie gehen den Weg zu einem autoritären zentralistischen Verwaltungsstaat. Das ist Ihr Weg, den Sie gehen.

Sie wollen mit diesen Gesetzen **Notstandsgesetze,** aber **ohne Verfassungsänderung,** für den täglichen Gebrauch schaffen. Das ist die Intention dieser Gesetze.

Der Abgeordnete Mann von den Grünen sagte in der Debatte über die (Un)sicherheitsgesetze: „Es ist ein Gesetzespaket, das in seiner innen- und rechtspolitischen Brisanz auf einer Ebene mit den Notstandsgesetzen steht."

Das Protokoll verzeichnet an dieser Stelle folgende Reaktionen aus dem Plenarsaal des Bundestages:

„Beifall bei den Grünen — Anhaltende Zurufe von der CDU/CSU — Broll (CDU/CSU): Unter denen wir alle ja heute noch ach so sehr leiden!"

„Es gibt aber keine ‚Gesinnungsschnüffelei', sondern es werden bereits vorhandene *Erkenntnisse des Verfassungsschutzes* abgerufen."

(Der Abgeordnete Olderog (CDU/CSU) in der Bundestagsdebatte über die Große Anfrage der Grünen zu den Berufsverboten am 30. 1. 86)

STREIKRECHT

Die Klarstellungslüge im Bundestag

Am 5. Februar ging der Regierungsentwurf zur Änderung des § 116 AFG im Bundestag in die erste Lesung. Der SPD-Abgeordnete Dreßler gab mit einem Zwischenruf während der Tagesordnungs-Debatte zweifellos die beste Anregung: „Ich möchte den konstruktiven Vorschlag machen: Wir vergessen das Ganze." Diese blitzgescheite Anregung blieb vom „hohen Haus" leider unbeachtet. So kam es zu einer fast vierstündigen Debatte ohne größere Überraschungen. Die Redner der Koalitionsparteien — Sozialausschüsse inklusive — sprachen ausnahmslos für den Regierungsentwurf, die Redner der SPD und der Grünen verurteilten den Angriff auf das Streikrecht. Mit den Stimmen der Koalitionsmehrheit wurde der Regierungsentwurf an die Ausschüsse überwiesen. Die 2. und 3. Lesung ist für den 21. März angedroht. Auf eine Nacherzählung der gesamten Debatte kann getrost verzichtet werden. Zu einigen Fragen, die in der öffentlichen Diskussion um den Anti-Streik-Paragraphen eine große Rolle spielen, wollen wir die Positionen kurz skizzieren und kommentieren.



von HORST DIETER KOCH

Die Klarstellungs-Lüge

Minister Blüm trat im Bundestag mit einer Argumentation auf, die er „nach Art und Umfang annähernd gleich" in den letzten Wochen unentwegt im Fernsehen und in der Presse, im Bundesrat und auf allen möglichen Veranstaltungen vorgetragen hatte:

„Was wir festlegen, ist: Im Kampfgebiet gibt es wie bisher — und es ist auch nie gefordert worden — keine Zahlung. Umstritten ist nur jener Mittelbereich: In der gleichen Branche außerhalb des Fachgebiets ruhen die Leistungen dann, wenn ein Stellvertreterstreik geführt wird. Wir haben nur den Begriff Gleichheit gegen den Identitätsbegriff abgesperrt und gesagt, es können nicht alle 30 Forderungen verglichen werden, sondern es geht um die Forderung, für die gekämpft wird, die Hauptforderung. Das ist die ganze Änderung, eine Klarstellung, daß wir nur einen Vergleich der Hauptforderung vornehmen, und daß mit Gleichheit nicht Identität gemeint ist. Wegen dieser minimalen Veränderungen wird ein Kreuzzug ausgerufen. Da kann es nicht um die Sache gehen, da geht es entweder um die Ablenkung von gewerkschaftlichen Verlegenheiten oder um Wahlkampfhilfe für die SPD".

Vogel, Hauptredner der SPD-Fraktion in der Debatte, zeigte die weitreichenden unmittelbaren Folgen dieser Blümschen „Klarstellung" für die Betroffenen zutreffend auf:

„Ihr Entwurf sagt: Arbeitnehmer, die selbst nicht streiken, die aber arbeitslos werden, weil ihre Unternehmensleitung den Betrieb im Zusammenhang mit einem Arbeitskampf stillegt, sollen ihre Ansprüche schon dann verlieren, wenn für sie eine Forderung erhoben worden ist, die einer Hauptforderung nach Art und Umfang annähernd gleich ist.

Sie wollen damit die Zahl der Fälle, in denen **versicherte Arbeitnehmer** keine **Leistungen** erhalten, zehntausend-, ja hunderttausendfach vermehren.

Zehntausende, ja, in großen Arbeitskämpfen Hunderttausende von Männern und Frauen, die nach der geltenden Regelung Arbeitslosengeld erhalten würden, sollen in Zukunft kein **Arbeitslosengeld** mehr bekommen; sie sollen schlechterstehen als bisher. Sie sollen — und dies ist ein Punkt, auf den man die Aufmerksamkeit der Arbeitnehmer mit besonderem Nachdruck lenken muß — nach Ablauf einer Karenzfrist auch den **Krankenkassenschutz** verlieren oder sich in einer Zeit, in der sie weder Lohn noch Leistungen erhalten, auf eigene Kosten bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse weiterversichern.

Die Arbeitnehmer sollen auf ihre Ersparnisse und — wenn diese aufgezehrt sind — auf das Sozialamt angewiesen sein. Das ist die Realität! Sie können sagen, was sie wollen, Herr Kollege Blüm: Das, was ich soeben beschrieben habe, ist der Zweck der Übung."

Daß es entgegen der Darstellung Blüms die erklärte Absicht der Regierung ist, die Zahlungen der Bundesanstalt für mittelbar vom Arbeitskampf Betroffene zur Ausnahme zu machen, konnte der SPD-Abgeordnete Glombig anhand eines unveröffentlichten, aber „zufällig gefundenen" Protokolls erneut nachweisen. In dem Protokoll, daß die Ergebnisse einer Besprechung vom 5. Dezember 1985 festhält, an der u.a. Beamte des Arbeits-, des Wirtschaftsministeriums und des Bundeskanzleramtes teilnehmen, heißt es klipp und klar:

„Die beteiligten Ressorts stimmen darin überein, daß die vorgesehene Neufassung des § 116 bei Lohnarbeitskämpfen — jedenfalls im Metallbereich — zu einem Ruhen im gesamten Fachbereich führt."

Kommentiert Glombig: „Und da stellt sich der Arbeitsminister hin und redet immer noch von Klarstellung! Dies, meine Damen und Herren, ist doch wirklich die Höhe. Ihr Versuch, Herr Blüm, der Öffentlichkeit und den Arbeitnehmern etwas anderes weiszumachen, wird ihnen, so hoffe ich, auch künftig mißlingen. Warum wundern Sie sich dann, wenn sie von ihren eigenen Gewerkschaftskollegen als Arbeiterverräter und Arbeitgeberminister beschimpft werden? Wer so mit den Arbeitnehmern und ihren Gewerkschaften umspringt wie sie, darf sich eigentlich über solche Attribute nicht beschweren, wenngleich ich dafür, menschlich gesehen, Verständnis habe, aber keine Wirkung ohne Ursache."

Kein Eingriff in das Streikrecht?

Um die „Klarstellungslüge" plausibel zu machen, zog sich Blüm darauf zurück, daß die beabsichtigte Gesetzesänderung formaljuristisch keinen Eingriff in das Streikrecht bedeutet:

„Der § 116 des Arbeitsförderungsgesetzes regelt nicht das Streikrecht, er regelt nicht die Aussperrung, sondern die Neutralität der Bundesanstalt für Arbeit."

Zu dieser Frage wurde von den sozialdemokratischen Diskussionsrednern immer wieder genüßlich Blüms 1979 erschienenes Buch „Ge-



werkschaften zwischen Allmacht und Ohnmacht" zitiert. Auch der SPD-Abgeordnete Dreßler begann seine Argumentation zu dieser Frage mit Zitaten aus dem Blüm-Buch:

„,Der Streik entstand, schreibt Blüm, ,als ein Instrument, das überhaupt erst die materielle Vertragsfreiheit der Arbeitnehmer sicherstellte.' Das, was Ihnen, Herr Blüm, noch 1979 klar war, wissen die Arbeitnehmer 1986 immer noch.

Weil Ihr Buch so aufschlußreich ist, wollen wir uns einer weiteren interessanten Stelle zuwenden: ,Erst die Streikdrohung der Arbeitnehmer beförderte sie in die Position eines gleichgewichtigen Vertragspartners und gab so der Koalitionsfreiheit ihren praktischen Sinn', schrieb Norbert Blüm. Richtig, Herr Bundesminister. Wir sind am Punkt. Die **Streikdrohung** bedingt die **Streikfähigkeit.** Genau diese Streikfähigkeit wollen sie den Arbeitnehmern und ihren Gewerkschaften nehmen. Wenn eine Gewerkschaft zehn Jahre lang ihre gesamten Überschüsse ansparen muß, um fünf Tage Aussperrung zu überstehen, dann ist die Streikfähigkeit mindestens in Frage gestellt, meine Damen und Herren."

Ersatzstreikkasse?

Um den „Handlungsbedarf" in Sachen „Klarstellung der Neutralität der Bundesanstalt für Arbeit" auch moralisch zu begründen, behaupteten alle Redner der Koalitionsparteien, die bisherige Praxis der Zahlung von Kurzarbeitergeld sei ein Mißbrauch der Gelder der Bundesanstalt, weil erstens diese Gelder dann einseitig Arbeitern und Angestellten zukommen würden, wo sie doch auch von den Unternehmern und von den Steuerzahlern über die Bundeszuschüsse aufgebracht worden seien, und zweitens den Arbeitslosen, für die sie bestimmt seien, entzogen würden. So der Krefelder CDU-Abgeordnete Hauser:

„Ich frage mich: Wo bleibt der Aufschrei der Opposition darüber, daß Gelder, die den Arbeitslosen zustehen, zur Durchsetzung tarifpolitischer Ziele zugunsten derer mißbraucht werden sollen, die Arbeit haben? (...)

Sie reden draußen von sozialer Demontage, von Umverteilung oder von der Ellenbogengesellschaft. Haben Sie eigentlich schon einmal darüber nachgedacht, was die Arbeitslosen vom Anspruch der Gewerkschaften halten, sich aus dem Nürnberger Topf zu bedienen? Noch etwas: Wir haben in der Bundesrepublik Deutschland ca. 23 Millionen Beschäftigte, die 50 Prozent der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung leisten. Die andere Hälfte wird von etwa 2 Millionen Unternehmen als Lohnbestandteil aufgebracht. Ich kann mir nicht vorstellen, meine Damen und Herren, daß alle diese Leute, die hohe Beiträge von ihrem sauer verdienten Geld nach Nürnberg zahlen, damit einverstanden sind, wenn dieses Geld von einer Tarifpartei ganz selbstverständlich zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele mißbraucht wird."

SPD und Grüne traten dieser Darstellung insofern entgegen, als sie richtig erläuterten, daß die Gelder der Bundesanstalt Gelder der Versicherten sind. Besonders deutlich wurde der Abgeordnete Tischer von den Grünen:

„Ein zweiter Punkt ist der, daß es heißt: Kein Streikgeld aus fremden Taschen. Hier muß einmal klar und deutlich auf den Tisch gelegt werden, daß es sich hier nicht um eine gemeinsame Kasse und auch nicht um öffentliche Mittel handelt, sondern daß es sich um Geld handelt, das von Arbeitnehmern eingezahlt worden ist.

Auch der Arbeitgeberanteil, lieber Kollege Blüm — das wissen Sie ganz genau —, zählt zu den Lohnnebenkosten; das sagt der Name schon. Jedesmal, wenn es in Tarifrunden hineingeht, dann sind es doch gerade die Arbeitgeber, die dann das große Jammern anfangen, weil die Lohnnebenkosten zu hoch seien. Sie werden doch faktisch zum Lohn gerechnet. Insofern ist es ein Aberwitz, wenn die Arbeitgeber auch noch in der Bundesanstalt für Arbeit paritätisch vertreten sind. (Zuruf von der CDU,RM)

Hören Sie erst einmal zu! — Hier muß die Frage diskutiert werden — das geht auch an die Adresse der Gewerkschaften — ob es nicht klüger ist, daß die **Bundesanstalt für Arbeit** in die **Selbstverwaltung** der Versicherten überführt wird, damit diese darüber entscheiden können, was mit ihrem Geld geschieht."

Zur völlig zutreffenden Argumentation des Kollegen Tischer könnten noch zwei Punkte hinzugefügt werden:

1. Der Hinweis auf die Bundeszuschüsse an die Bundesanstalt ist schon deshalb in der Sache völlig daneben, weil diese Gelder für versicherungsfremde Leistungen der Bundesanstalt, also nicht für Arbeitslosen- und Kurzarbeitergeld, verwendet werden.

2. Die von mehreren Koalitionsrednern vorgebrachte demagogische Behauptung, es würde Geld für Tarifkämpfe mißbraucht, das eigentlich den Arbeitslosen zusteht, stellt den eigentlichen Sachverhalt auf den Kopf. In die Arbeitslosenversicherung zahlen die Arbeiter und Angestellten ein, um für den Fall der Arbeitslosigkeit eine Mindestabsicherung zu haben. Im Falle der kalten Aussperrung sind die betroffenen Kolleginnen und Kollegen tatsächlich erwerbslos, d.h. der Fall, für den sie sich versichert haben, tritt ein. Daß die Bundesanstalt in diesem Fall zahlt, ist kein Mißbrauch, sondern liegt voll in der Logik des Versicherungsgedankens. Die Regierungsabsicht, ihnen den Versicherungsanspruch durch einen politischen Eingriff zu nehmen, stellt eine Enteignung von durch Zahlung erworbenen Ansprüchen dar. Eben das ist der Grund, warum etwa der ehemalige Verfassungsrichter Benda (CDU), der der Gewerkschaftsbewegung nun wirklich nicht nahesteht, den Regierungsentwurf für verfassungswidrig hält.

Spaltungsversuche

Die Koalitionsredner versuchten immer wieder, zwischen den gesellschaftlichen Kräften, die zur Verteidigung des Streikrechts zusammengefunden haben, Spaltungslinien aufzutun. Das gilt einmal für den bereits dargestellten Versuch, die Arbeitslosen gegen die gewerkschaftliche Position aufzubringen mit der Behauptung, den Arbeitslosen zustehende Gelder sollten für den Tarifkampf der „Arbeitsplatzbesitzer" mißbraucht werden.

Deutlich wurde aber auch der Versuch, den DGB selbst zu spalten, vor allem die IG Metall zu isolieren. Für die Unions-Fraktion erklärte der Abgeordnete Seehofer:

„Deshalb — und dies führte ja der Bundesarbeitsminister aus — trifft für die allermeisten Einzelgewerkschaften des DGB dieser einzige Streitpunkt nicht zu. Der trifft von 17 Einzelgewerkschaften des DGB im wesentlichen nur die **IG Metall.**" Als nachfolgender Debattenredner wurde der baden-württembergische CDU-Abgeordnete Elmar Kolb sehr viel deutlicher. An seiner Rede ist außerdem die für Bundestagsverhältnisse ungewöhnlich offene Hetze gegen das gewerkschaftliche Streikrecht im allgemeinen bemerkenswert: „Streik hat Folgen. Angesichts von **vorsätzlicher Verursachung eines Arbeitsausfalls** hat mich gewundert, daß Sie als Jurist (gemeint ist Vogel, RM) gesagt haben: Das müssen andere, Unbeteiligte, bezahlen, die Sozialkassen. (...)

Ich bedaure, daß der Kollege Rappe nicht da ist.

Ich hätte ihm nämlich die Frage gestellt, ob er mir sagen kann, wie er seinen Mitgliedern klarmacht, daß ihre Beiträge dazu verwendet werden sollen, daß die IG Metall fahrlässig streiken kann.

— Sagen Sie mir einen einzigen Fall, wo die IG Chemie durch diesen § 116 aufgrund von Kurzarbeitergeld profitieren kann, wenn sie einen Streik verursacht. Dieser Beweis wird Ihnen sehr schwerfallen."

Darüber, daß sich die Bemühungen der Reaktion, den DGB auseinanderzudividieren, auf Hermann Rappe und die IG Chemie beziehen, kann man nicht verwundert sein. Man wüßte auch tatsächlich gerne, warum Rappe ausgerechnet bei dieser Sitzung des Bundestages durch Abwesenheit glänzte. Der in einem Zwischenruf des SPD-Abgeordneten Dreßler geäußerten Vermutung „Der hetzt zur Zeit seine Mitglieder auf..." muß man jedenfalls wohl mit einiger Skepsis begegnen. Rappe wird wohl eher selbst den Eindruck gewonnen haben, daß er, nachdem er in den letzten Wochen sehr bemüht war, die Auseinandersetzung um den § 116 herunterzuspielen (keine „Verfassungsfrage"), allenfalls als Redner der Sozialausschüsse hätte auftreten können.

Verschiedene Redner der Regierungskoaltion versuchten auch, Widersprüche innerhalb der IG Metall zu schüren, vor allem dadurch, daß gezielt Franz Steinkühler angegriffen wurde. Auch hier war es der Abgeordnete Kolbe, der die Katze völlig aus dem Sack ließ: „Meine Damen und Herren, des Pudels Kern werden wir jetzt finden: In der IG Metall sind zur Zeit heftige Profilierungskämpfe im Gange.

Wenn der Vorsitzende nicht gehen will, aber der Stellvertreter kommen möchte und nicht darf, ist alles in Ordnung, was nach draußen



Unfrieden bringt. Wäre der Hans Mayr nicht in dieser Situation, hätte er gesagt: Das, was Norbert Blüm gebracht hat, hilft der IG Metall wesentlich mehr als das alte Gesetz."

Natürlich ist das alles reichlich platt und durchsichtig, ungefährlich ist es deshalb noch lange nicht. Daß der Angriff auf die Gewerkschaftsfreiheit über den § 116 erfolgt, hat offensichtlich damit zu tun, daß damit in besonderer Weise die IG Metall getroffen wird. Warum gerade die IG Metall getroffen werden soll, kann man aus der Streikstatistik ablesen. Die Spaltungsstrategien der Reaktion müssen ernstgenommen werden.

Die Haltung der Sozialausschüsse

In der Debatte haben die SPD-Redner immer wieder versucht, Widersprüche innerhalb der CDU aufzuzeigen. Innerhalb der DGB-Führung wurde und wird immer darauf hingewiesen, daß die Sozialausschüsse sich gegen eine Änderung des § 116 zu Lasten der Gewerkschaften ausgesprochen hätten, daß der Regierungsentwurf deshalb möglicherweise keine Mehrheit im Bundestag finden würde usw. Deshalb war es von besonderem Interesse, wie die Vertreter der Sozialausschüsse in der Debatte auftreten würden. Heribert Scharrenbroich nannte, nachdem er Blüm umstandslos und pathetisch gegen alle Angriffe verteidigt und die grundsätzliche Notwendigkeit einer Änderung des § 116 betont hate, fünf Fragen, in denen über eine Verbesserung des Regierungsentwurfs diskutiert werden könne:

„Dazu zähle ich z.B. die Frage, die die Bundesregierung selbst aufgeworfen hat und die wohl noch nicht endgültig geklärt ist. Ich zitiere: ‚Sind für den Fall, daß Betriebsstillegungen auf Aussperrung zurückzuführen sind, spezielle Regelungen notwendig?‘

Das ist eine Frage, die das Bundeskabinett nach dem Papier der fünf Minister formuliert hat.

Eine weitere Frage: Können die **Kontrollbefugnisse** des Betriebsrats und der Bundesanstalt bei Betriebsstillegungen infolge von Arbeitskämpfen noch weiter konkretisiert werden? Hier hat die Bundesregierung bereits in ihrer Vorlage dem Betriebsrat mehr Rechte gegeben als bisher. Wir werden prüfen, ob das ausreicht.

Oder: Ist es möglich bzw. notwendig, daß Folgen aus reinen **Lohnarbeitskämpfen** anders behandelt werden als Folgen aus **Arbeitskämpfen um Veränderungen der Arbeitsbedingungen**? Das ist sicher eine sehr schwierige Frage. Aber wir werden sie sorgfältig prüfen.

Oder: Kann, wie in den letzten Tagen diskutiert worden ist, eine **Schiedsstelle** helfen? Wir werden hier jetzt keinen konkreten Vorschlag machen, weil wir dafür den Sachverstand der Sachverständigen brauchen. Und gehen sie davon aus: Dann ist der Zeitpunkt gekommen, in dem wir unsere konkreten Vorschläge machen."

Auch ohne den Sachverstand der Sachverständigen läßt sich feststellen, daß die Änderung des § 116 selbst dann die Streikfähigkeit der Gewerkschaften gravierend schwächen würde, wenn alle von Scharrenbroich zur Diskussion gestellten Änderungen des Regierungsentwurfs verwirklicht würden, woran selbst Scharrenbroich, dem Sachverstand eingestandenermaßen abgeht, nicht glauben dürfte.

Und ohne jeden Sachverstand von Sachverständigen wußte Scharrenbroich am 5. Februar, wie die Abgeordneten der Sozialausschüsse am 21. März abstimmen werden: „§ 116 AFG wird verändert und den Bedingungen neuer Technologien angepaßt, damit die **Neutralität der Bundesanstalt für Arbeit** auch in Zukunft besser gesichert wird; daran gibt es keinen Zweifel."

Die Frage, ob der Regierungsentwurf im Bundestag am Ende doch noch an den Sozialausschüssen scheitern kann, müßte damit eigentlich vom Tisch sein. Die Koalition hat für ihren Anschlag auf das Streikrecht eine klare Mehrheit im Bundestag und nur eine qualitativ neue Ebene gewerkschaftlichen Widerstandes kann die Widersprüche im Unions-Lager erneut zuspitzen.



Raus!

von HELMUT WEISS

Die Forderung nach dem Ausschluß des Wendeministers Blüm aus der IG Metall wird immer breiter vertreten. Es sind keineswegs nur Kommunisten oder revolutionäre Sozialisten oder klassenkämpferische Gewerkschafter, die diese Forderung erheben. Es sind neben sehr vielen Mitgliedern und Vertrauensleuten auch Funktionäre verschiedenster Ebenen.

Von Seiten des Vorstandes werden im wesentlichen drei Argumente vorgebracht, die sich zum Teil überschneiden und die dazu dienen sollen, die Forderung nach einem Gewerkschaftsausschluß als falsch und schädlich darzustellen.

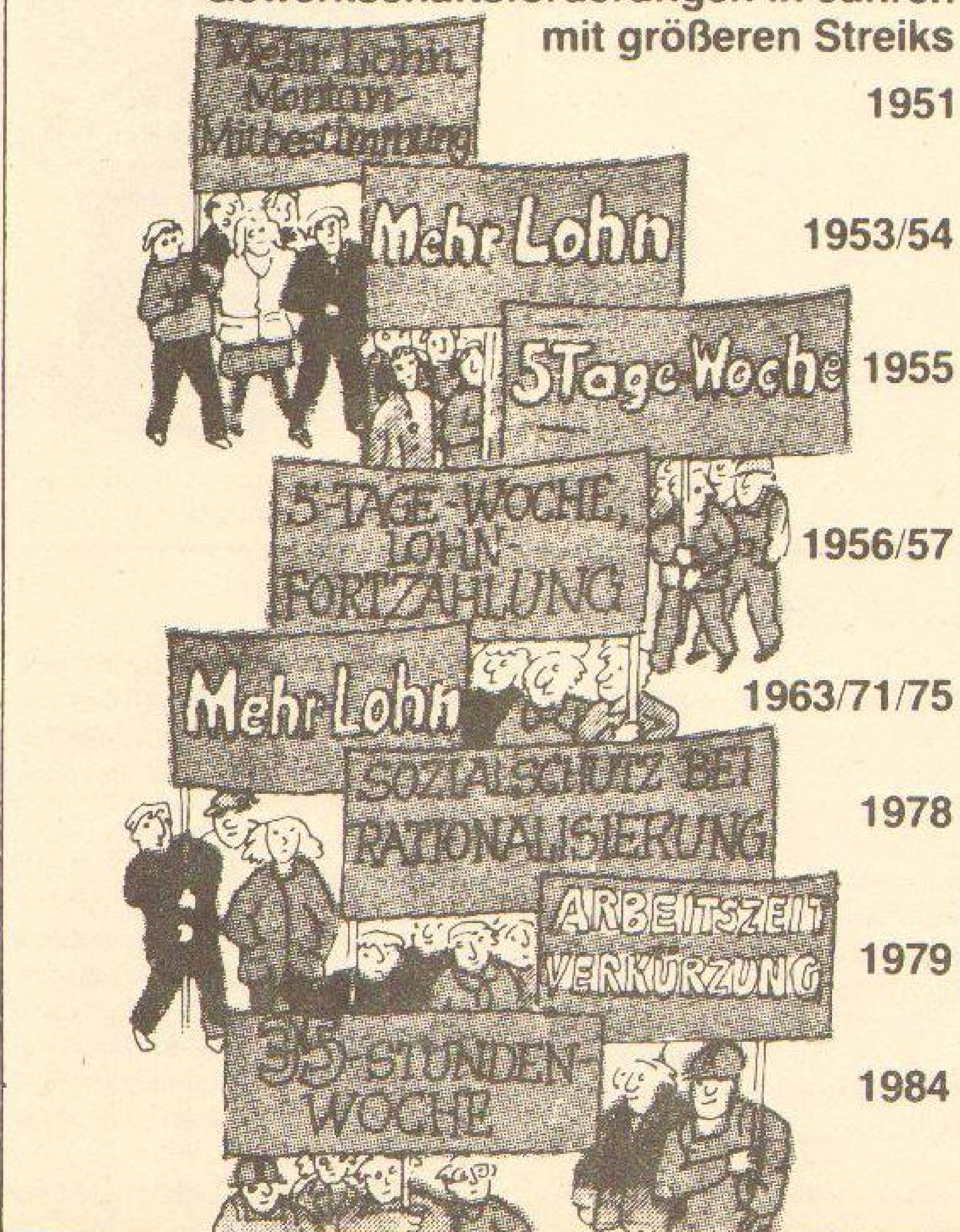
Einmal seien die DGB-Gewerkschaften eben Einheitsgewerkschaften und daran dürfe nicht gerüttelt werden, zum zweiten handele es sich um eine demokratische Auseinandersetzung, die auch so geführt werden müsse und, als drittens, ersatzweise für die anderen sozusagen, es sei auch taktisch klüger, jetzt nicht auszuschließen.

1. Sicher ist es richtig, zu betonen, daß die Einheitsgewerkschaft eine positive Errungenschaft ist, die verteidigt werden muß. Dagegen aber sprechen zwei Einwände. Einheitsgewerkschaft heißt ja, es sollen alle Gewerkschafter, unabhängig von ihren politischen Überzeugungen gemeinsam organisiert sein. Aber: Bei Norbert Blüm handelt es sich eben nicht um einen Gewerkschafter, der zufällig (oder nicht) andere politische Überzeugungen als die Mehrheit im DGB hat und deswegen etwa für eine andere Art von Gewerkschaftsarbeit eintreten würde. Im Gegenteil: In restlos allen Auseinandersetzungen der letzten Jahre vertrat dieser Blüm nicht nur eine ausgesprochen antigewerkschaftliche Politik im direkten und ausschließlichen Interesse des Kapitals, nein er war jeweils ausgesprochen einer der Protagonisten dieses Kurses. Zum zweiten: Es ist schon erstaunlich, wie hier mit zweierlei Maß gemessen wird. Alles, was an oppositionellen Einwänden usw. von links kam, wurde oft genug nicht nur abgeschmettert, sondern auch zuhauf mit Verfahren belegt. Obwohl es sich dabei in der Regel keinesfalls um antigewerkschaftliche Positionen handelte, sondern um Alternativen der Gewerkschaftspolitik.

2. Die demokratische Auseinandersetzung: Blüm jedenfalls betreibt sie nicht so. Er tut alles, um das Interesse des Kapitals gegen das der Gewerkschaftsmitglieder und der Arbeiterschaft überhaupt durchzupeitschen. Sicher: Man muß nicht gleiches mit gleichem vergelten, aber es handelt sich hier um eine dermaßen fundamentale Auseinandersetzung, daß klare Trennungslinien dringend not tun. Die Statuten der DGB-Gewerkschaften (gegen deren weitere Demokratisierung wir in der Tat nichts einzuwänden hätten) sehen bei bewußt gewerkschaftsfeindlichem Verhalten ein Ausschlußverfahren vor. Ein solches Verhalten liegt dermaßen eindeutig vor, wie noch selten in der Geschichte des DGB.

3. Die taktische Klugheit. Dieses Argument hängt natürlich engstens mit dem vorherigen zusammen. Es handelt sich dabei auch nicht nur um „Rücksichtnahme" auf die erlaubterweise als Fraktion organisierten CDA (erlaubterweise etwa im Gegensatz zu klassenkämpferischen Strömungen). Es ist darüber hinaus auch ein Argument, das deutlich macht, daß keine Brücken abgebrochen werden sollen, auch nicht die zu einem solch profilierten Kapitalistenknecht wie Norbert Blüm einer ist. Zu einem Mann, der in dieser ganzen Auseinandersetzung nicht nur an der Spitze des bewußt feindlichen Lagers steht, sondern der auch lügt und betrügt, wann immer er den Mund aufmacht. Da erscheint es für den Fortgang des Widerstandes gegen die reaktionäre Machenschaften dieser Regierung in der Tat taktisch wesentlich klüger, eine klare Trennungslinie zu ziehen.

Blüm muß ausgeschlossen werden!



Sozialer Frieden oder Streikrecht — was soll verteidigt werden?

von HORST DIETER KOCH

„Sind wir nicht das **Land mit den verantwortungsbewußtesten Gewerkschaften?** Sind wir nicht das Land mit den besten Arbeitsbeziehungen zwischen den Tarifparteien? Sind wir nicht das Land mit der geringsten Zahl von Streiktagen unter allen Industrienationen? Welcher Teufel reitet sie eigentlich, daß Sie das alles aufs Spiel setzen und gefährden?"

So glaubte Jochen Vogel (unverkennbar SPD) im Bundestag seine Kritik an der Bundesregierung zum Höhepunkt treiben zu können. Noch toller triebs Willy Brandt:

„Sie riskieren, schwere **Belastungen für den Arbeitsfrieden** herbeizuführen. Das kann nicht im Interesse unserer Volkswirtschaft und des Staatsganzen liegen — das kann es nicht!"

Kann es das wirklich nicht? — Da ist die in den Unternehmerverbänden organisierte „Volkswirtschaft" offensichtlich ganz anderer Meinung. Eben deshalb hat das organisierte Unternehmertum für eine Regierung gekämpft, die ihre Meinung in dieser Sache teilt und durchsetzt.

Die Unternehmer — ihr Bonner Kabinett inklusive — sind auch keineswegs, wie Vogel wähnt, vom „Teufel" besessen, sondern vom Geschäftssinn. Der Streikkampf für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich hat ihnen endgültig bestätigt, daß Gewerkschaften geschäftsschädigend sind. Seit es die Millionen-Arbeitslosigkeit gibt, sehen sie auch die politische Chance, die Gewerkschaften so zu schwächen, daß sie ihre Bilanzen nicht mehr stören können. Dafür — und nicht für Brandts innere Entspannungspolitik — wollen sie jetzt das „Staatsganze" eingesetzt sehen.

Bei dieser Lage der Dinge muß man sich entscheiden. Was soll eigentlich gerettet werden — das Streikrecht oder der soziale Friede?

Willy Brandt erinnerte in der Bundestagsdebatte an die „wiederholte Verständigung zwischen Konrad Adenauer und Hans Böckler, dem damaligen Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes".

Über Schnee von gestern lohnt es sich nicht zu streiten. Aber selbst, wenn man davon absieht, daß diese „wiederholte Verständigung" erheblich zur reaktionären ökonomischen und politischen Restauration in Westdeutschland beigetragen hat, ist Brandts Rückgriff auf die unmittelbare Nachkriegszeit katastropahl daneben.

Brandt mag es bedauern: die politischen und ökonomischen Bedingungen für die „wiederholte Verständigung" der 50er Jahre sind unwiderruflich dahin. Das Adenauer-Regime stand nicht vor dem Problem, umfassend das Lebensniveau der arbeitenden Massen herabdrücken, massiven Lohnabbau und weitgehende Liquidierung sozialer und politischer Rechte der Arbeiterklasse durchsetzen zu müssen. Diese Forderungen wurden vom Finanzkapital an die Adenauer-Regierung gar nicht gestellt: alles das hatte die faschistische Terrordiktatur mehr als gründlich besorgt.

Im Gegenteil: Ausgehend von einem extrem niedrigen Lebensniveau brachte die relativ krisenfreie ökonomische Entwicklung, die mit einer ständig steigenden Nachfrage nach Arbeitskraft verbunden war, der Arbeiterklasse eine zwar nur allmähliche, aber doch kontinuierliche Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage. Nur auf dieser Grundlage konnten sich die spezifische sozialpartnerschaftlichen Beziehungen zwischen Unternehmern und Gewerkschaften herausbilden.

Heute dagegen heißen die Forderungen der Unternehmer an die Regierungspolitik: Abbau des Sozialstaates, Abbau aller gesetzlichen und tarifvertraglichen Mindestbedingungen, die der schrankenlosen Ausbeutung der Arbeiter und Angestellten Grenzen setzen. Die Wahrung des sozialen Friedens ist nur um den Preis der Unterwerfung unter dieses Programm zu haben.

Bei allen richtigen Argumenten, die wir von sozialdemokratischer Seite im Bundestag gegen die geplante Änderung des § 116 gehört haben, hat sich kein Sozialdemokrat auf die Seite des gewerkschaftlichen Widerstandes gegen den Anschlag auf das Streikrecht gestellt. Kein Sozialdemokrat hat erklärt, daß die Gewerkschaften das Recht zum Streik und Widerstand haben. Das hat nur der Grüne-Abgeordnete Schmidt getan.

Der Anschlag auf das Streikrecht aber wird nur verhindert werden können, durch eine Stufe gewerkschaftlichen Widerstandes, die die sozialdemokratischen Phrasen von der Wahrung des sozialen Friedens gründlich widerlegt. Es geht um Klassenkampf und es geht um Macht.

Was spricht eigentlich gegen einen Generalstreik?

Die Protestaktionen des DGB am 6. März sind der nächste wichtige Schritt im Kampf gegen die geplante Änderung des § 116. Aber der 6. März darf nicht das Ende des gewerkschaftlichen Widerstandes bedeuten. Er muß weitergehen und gesteigert werden, wenn der Angriff auf Streikrecht und Gewerkschaftsfreiheit zurückgeschlagen werden soll. Relativ breit wird ein „Marsch auf Bonn" diskutiert. Wir meinen: ein richtiger Vorschlag. Wir meinen aber auch, daß es an der Zeit ist, mit einem Tabu der westdeutschen Gewerkschaftsbewegung zu brechen: Was spricht eigentlich gegen einen Generalstreik?

von HORST DIETER KOCH

Schon das Reizwort „Generalstreik" würde die Mehrheit der Bevölkerung verschrecken...

Zugegeben: Generalstreik — das klingt in Deutschland schon fast wie Revolution. In anderen Ländern ist das bekanntlich anders. Offensichtlich hängt das mit einer ziemlich unrühmlichen deutschen Tradition zusammen. Daß in der öffentlichen Diskussion bei uns das Streikrecht so eingeschränkt gesehen wird, hat jedenfalls viel mit obrigkeitsstaatlichem und wenig mit demokratischem Bewußtsein zu tun.

Aber wir wollen die Gewerkschaften ja gar nicht in die Rolle des Bürgerschrecks treiben. Im Juli 1962, als das Widerstandsrecht noch nicht im Grundgesetz verankert war, hat der Bundesausschuß des DGB folgendes erklärt:

„Bei Gefährdung der demokratischen Grundordnung oder der demokratischen Grundrechte sowie bei Gefährdung der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung ist es Aufgabe des Deutschen Gewerkschaftsbundes, zu einem allgemeinen Streik aufzurufen."

Ein „Generalstreik" müßte es also gar nicht sein. Ein „allgemeiner Streik" tät's auch.

Das wäre doch ein verbotener politischer Streik...

Was verboten ist, entscheiden ja nicht die Unternehmerverbände oder die Bundesregierung. Immerhin hat es bereits 1952 einen Streik gegen die Verabschiedung eines Gesetzes durch den Bundestag gegeben. Damals ging es um das Betriebsverfassungsgesetz. Weil der damalige Gesetzentwurf die Rechte der Belegschaften und der Gewerkschaften in vielen Punkten mißachtete, kam es zu einem 48stündigen Zeitungsstreik.

Ein Jahr zuvor, im Januar 1951, hatten sich in einer Urabstimmung in der Eisen- und Stahlindustrie 95,5 Prozent der IG-Metall-Mitglieder für einen Streik zur Durchsetzung der paritätischen Mitbestimmung ausgesprochen. Kurz vor Streikbeginn lenkte die Adenauer-Regierung ein und der Bundestag beschloß die Montan-Mitbestimmung.

Heute erklärt im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung um den §116 ein Mann wie Martin Hirsch, ehemaliger Richter am Bundesverfassungsgericht: „Wer die Gewerkschaften ausbluten will, will eine andere Republik, um das zu verhindern, hat jedermann das Recht zum Widerstand." Hirsch regte auf einer Heidelberger DGB-Konferenz an, der DGB solle intensiver über die Frage des politischen Streiks nachdenken. Der sei keineswegs gesetzwidrig, unter Umständen vielmehr „die Pflicht jedes anständigen Republikaners".

Natürlich wollen Kapital, Regierung und ihre Hausjuristen die Gewerkschaften jetzt einschüchtern, indem sie behaupten, ein Streik gegen den geplanten Anti-Streik-Paragraphen sei illegal. Letztlich ist das eine Machtfrage. Hier gilt in besonderer Weise der Satz: Wer kämpft kann verlieren, wer nicht kämpft, hat schon verloren! Wenn die Arbeiter und Angestellten gegen die geplante Änderung des § 116 massenhaft in den Streik treten würden, würde dieser Streik auch nicht verboten. Wetten, daß?

Widerstandsrecht? — Aber so weit ist es doch noch nicht...

Hätte eine Bundesregierung die Absicht, die Gewerkschaften zu verbieten, würde heute wohl kaum jemand bestreiten, daß die Gewerkschaften das Recht zum Widerstand nach Artikel 20 des Grundgesetzes hätten. Schließlich bestreitet heute auch kaum einer, daß die Gewerkschaften gegen die Machtergreifung Hitlers das Recht zum Widerstand gehabt hätten. Für den Kampf gegen die Verschärfung des § 116 aber soll das nicht zutreffen. Schließlich stünde ja nicht das Verbot der Gewerkschaften an. Die Gewerkschaftsanhänger könnten bei der nächsten Bundestagswahl ja für eine andere Mehrheit im Bundestag sorgen und so den gewerkschaftsfeindlichen Kurs stoppen.

Wer so spricht, hat nicht viel aus der Geschichte gelernt. Der Faschismus ist nicht am 30. Januar 1933 vom Himmel gefallen. Das Ende der freien Gewerkschaften wurde nicht erst eingeläutet, als die Knobelbecher der SA durch die Fluren der Gewerkschaftshäuser hallten. Die entscheidenden Schlachten wurden vorher geschlagen — und von der Arbeiterbewegung verloren.

Verloren u.a. deshalb, weil die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer vor dem Machtkampf mit der Reaktion selbst dann noch zurückschreckten, als dieser immer rücksichtsloser die Verfassung brach. Auch damals wurden die Gewerkschaftsmitglieder aufgerufen, die Angriffe der Reaktion mit dem Stimmzettel, alsomit der Wahl der SPD, zu beantworten. Tatsächlich aber liefen viele Menschen gerade deshalb zu den Nazis, weil sie kein Vertrauen mehr in die Kampfbereitschaft und Durchsetzungsfähigkeit der organisierten Arbeiterbewegung hatten.

Wehret den Anfängen — das ist die richtige Lehre aus der Geschichte. Jetzt zielt die Koalition von Kapital und Kabinett darauf ab, die Kampffähigkeit der Gewerkschaften entscheidend zu schwächen. Jetzt ist Widerstand dagegen möglich und darum muß er mit allen Mitteln geleistet werden.

Es ist undemokratisch, wenn die Gewerkschaften das Parlament durch einen Streik unter Druck setzen...

Mit einem Streik gegen die AFG-Änderung würden die Gewerkschaften das Parlament unter Druck setzen? — Eben. Wozu sollte ein Streik denn sonst gut sein, wenn nicht, um den politischen Druck zu erzeugen, der notwendig ist, damit der Anschlag auf das Streikrecht verhindert werden kann?

Ein merkwürdiges Demokratieverständnis, demzufolge das blöde Volk alle vier Jahre sein Kreuz machen darf, aber ansonsten die Herren Volksvertreter schön in Ruhe lassen muß.

Nach Meinungsumfragen sind 64 Prozent der Bevölkerung klipp und klar gegen eine Änderung des § 116. Für die Aushöhlung des Streikrechts sind allerdings die Unternehmerverbände, also relativ wenige Menschen, aber sehr viel Geld. Sie machen Druck: durch ihre Millionenspenden, durch ihre Lobby, durch ihre konzerneigenen Politiker in den Unions-Parteien und in der FDP, durch ihre ungeheure wirtschaftliche Macht.

Die Macht der Unternehmer und sonst gar nichts hat die Verschärfung des § 116 auf die Tagesordnung des Bundstages gestzt. Nur wenn die Gewerkschaften mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln der Unternehmermacht den Druck der Arbeiterbewgung entgegensetzt, kann vielleicht verhindert werden, daß die Mehrheit der Bundestagsabgeordneten vollends zum Vollstrecker der Unternehmerinteressen wird.

Warum sollen wir uns die Diskussion um den politischen Streik aufzwingen lassen? — Fangen wir sie doch an!

Es ist ein Irrtum, wenn die Gewerkschaften glauben, sie könnten sich die Diskussion um die Frage des politischen Streiks, des allgemeinen Streiks, des Generalstreiks o.ä. schenken. Schon am 6. März werden die Unternehmer und die Reaktion gegen die angeblich illegalen politischen Arbeitsniederlegungen zetern. Jeder weitergehende Schritt wird entsprechend größeres Krakeele hervorrufen.

Wenn die Gewerkschaften darauf nur defensiv antworten, wird in der Öffentlichkeit der Eindruck hängenbleiben, daß die Gewerkschaften sich tatsächlich am Rande der Legalität bewegen.

Die Gewerkschaften aber brauchen die offensive Auseinandersetzung darüber, daß sie zur Verteidigung des Streikrechts das Recht zum Streik haben, nicht zu scheuen. Die Argumente dagegen sind nicht sehr stichhaltig. Dafür spricht vor allem ein unwiderlegbares Argument: So könnte der Anschlag auf das Streikrecht verhindert werden.

Volksthema

Der § 116 ist, wie Hand Mayr zu Recht festgestellt hat, durch die Aktionen der Gewerkschaften zum **Volksthema** geworden. Jetzt muß der Kampf für die Verteidigung des Streikrechts auch zur **Volksbewegung** werden.

Dazu könnte eine Initiative beitragen, die sich mit den Forderungen „Keine Einschränkung des Streikrechts!" und „Für ein gesetzliches Verbot der Aussperrung!" an die Fraktionen im Bundestag wendet.

Wir halten diese Initiative vor allem aus zwei Gründen für besonders unterstützenswert:

1. Zu Recht beschränkt sie sich nicht nur darauf, gegen die§-116-Änderung aufzutreten, sondern fordert auch offensiv das Verbot der Aussperrung.
2. Der Aufruf hebt hervor, daß die Schwächung der Gewerkschaftsbewegung den Handlungsspielraum aller sozialen und demokratischen Bewegungen einengen würde.

Kontakt über:Jakob Moneta, 6000 Frankfurt/Main, Postfach 111326

Ute Melzig, 8501 Schwarzenbruck, Brunnenstr. 11

Unterschriftenliste können auch bei der Redaktion Roter Morgen angefordert werden.





Klarstellungen

„Man müßte doch wirklich mit Blindheit geschlagen sein, wenn man nicht sehe, daß die im vorigen Jahr abgeschlossenen Tarifverträge mit 21 bis 24 Monaten Laufzeit alle im Jahr vor der nächsten Bundestagswahl auslaufen. Und die Regierung müßte mit Blindheit geschlagen sein, wenn sie das unter dem bestehenden Rechtszustand hinnehmen würde, der durch die Urteile der Sozialgerichte in Frankfurt und Bremen entstanden ist."

Otto Graf Lambsdorff (FDP), laut „Handelsblatt", 27.8.1985

„Bei dem heutigen Wissens- und Kenntnisstand ist es zweifellos so, daß auf den Streik als Mittel der Tarifautonomie verzichtet werden könnte."

Otto Esser, Arbeitgeberpräsident, laut „Welt", 11.5.1985

„Für mich gilt der entscheidende Satz, daß Sie uns und mir als Parteivorsitzenden geholfen haben und daß ich selbstverständlich dazu stehe, daß das nicht nur ein Dankeschö zwischen Tag und Sieht-nicht-mehr war..."

Helmut Kohl, Bundeskanzler, 1984 vor dem BDI

Mindesteinkommen oder Mindestsicherung?

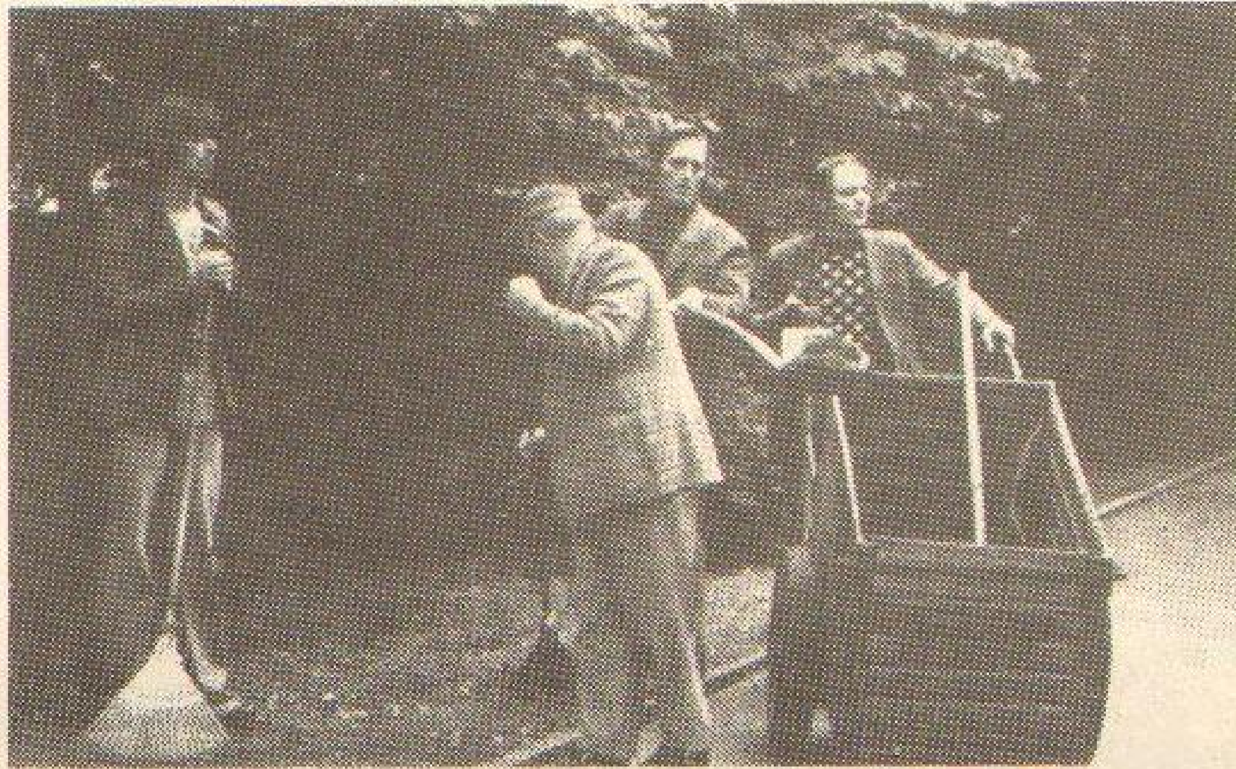
Anmerkung zu einer aktuellen Diskussion

von HELMUT WEISS

Vor allem im Zug der Programmdebatte der Grünen ist, im wesentlichen in ideologischer Anlehnung an Andre Gorz („Wege ins Paradies"), die Forderung nach einem staatlich garantierten Mindesteinkommen als Lösungsmöglichkeit gegen das Problem der Verarmung aufgetreten. Einige RM-Leser zeigten sich überrascht, als dazu in den Thesen der ZK-Abteilung zum 6. Parteitag der KPD ablehnend Stellung genommen wurde (zumeist, weil dies bisher im RM kaum behandelt worden war). Unterschiedliche Stellungnahmen zu dieser Forderung gab es auch bereits in der „Gemeinsamen Beilage", 4/85. Im folgenden einige Gesichtspunkte zu dieser Debatte.

Die Forderung nach einem staatlich garantierten Mindesteinkommen steht in der aktuellen Diskussion sehr deutlich gegen die nach Mindestsicherungen in den einzelnen Bereichen der Sozialversicherung (Arbeitslosengeld, Rente, Sozialhilfe). Abgesehen davon, daß es teilweise eine etwas überspitzte Frontstellung geben mag, erscheint es wesentlich, darauf hinzuweisen, daß diese unterschiedlichen Forderungen konkret auf unterschiedlichen Einschätzungen der bisherigen wirtschaftlichen Entwicklung und auf unterschiedlichen Konzepten für die Zukunft beruhen.

An der Forderung nach einem generellen Mindesteinkommen wie sie in der Programmdebatte der Grünen die zentrale Rolle spielt, ist vieles kritisiert worden, was etwas an den Haaren herbeigezogen erscheint. Weder die Tatsache, daß es unter Einfluß der Miegelschen Denkschule auch in der Regierungskoalition Anhänger einer solchen Reform gibt, noch die Tatsache, daß vor allem an eine steuerliche Erhebung der nötigen Finanzmasse gedacht wird, läßt ohne weiters den Schluß zu, daß die Grünen da wieder einmal „wertkonservative" Bündnisse oder ähnliches schließen wollen — auch wenn es, ohne Zweifel, eine solche Tendenz, die rundweg abzulehnen ist, gibt. Aber dies ist eine Minderheit. Auch Kritikpunkte von gewerkschaftlicher Seite, wie etwa R. Welzmüller (WSI) sind teilweise überspitzt, wenn gesagt wird, eine solche Forderung könnte dazu führen, daß die Gewerkschaften weniger aktiv werden in bezug auf Arbeitszeit. Diesen Schuh müßten sich dann nämlich die zuständigen Gewerkschaften trotz allem selbst anziehen und nicht diejenigen, die eine solche Forderung vertreten.



Die Entwicklung

Die Grundfrage bei der Beurteilung der bisherigen Entwicklung scheint doch die zu sein, auf wen sich die konjunkturelle Krise und die konservative Politik in Zeiten der Strukturumbrüche auswirkt. Hier nur die zu nennen, die es am härtesten trifft, also Rentner, Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger (und bei der ersten und dritten Kategorie jeweils vor allem die Frauen) ist einfach verkürzt. Die Entwicklung der letzten Jahre, die in dem gipfelt, was „neue Armut" genannt wird, hat auch zu einer verstärkten Differenzierung der Erwerbseinkommen geführt. Nicht nur im Verhältnis der Werktätigen zu Selbständigen usw. sondern auch untereinander.

Es gibt nach wie vor und **verstärkt** Niedriglohnbranchen und -regionen, es gibt die relativen Einkommensverluste der Arbeiter im öffentlichen Dienst, die weitere Auseinanderentwicklung zwischen Arbeitern und Angestellten innerhalb der einzelnen Branchen, es gibt vor allen Dingen die rapide Ausbreitung der „Flexi-jobs", und dann gibt es, am Ende der Einkommensskala, jene drei genannten Gruppen, die es besonders hart und in besonders großem Umfang trifft.

Dieser Zusammenhang ist wichtig, um zu begreifen, daß es nicht ungefährlich ist, die kapitalistische und bürgerliche Spaltung in der eigenen Politik, sei sic sozialreformerisch oder sozialrevolutionär motiviert, nachzuvollziehen. Die Trennung der „Arbeitsplatzbesitzer" von den Arbeitsplatzlosen" ist nicht von ungefähr ein Grundrezept aus dem Arsenal bürgerlicher Theorien. Hier werden von konservativer Seite aus Gründe zur Zerstörung bestehender sozialer Sicherungssysteme gesucht, und es muß zuerst darum gehen, diese zu verteidigen.

Es geht dabei nicht um die Debatte irgendeines Arbeitsethos, sondern um die Frage, ob gegen die Verlendung als Auswirkung kapitalistischer Akkumulation eine geeinte Klassenpolitik angestrebt wird oder nicht — und daß hier die Grünen kein größeres Interesse daran haben, erscheint logisch.

Aufgrund dieser Entwicklung und der konkreten, heute betriebenen bürgerlichen Politik erscheint es der Arbeiterklasse (im weitesten Sinne) nützlicher, sich um die Forderung nach Mindestsicherungen in den einzelnen Sektoren der Sozialversicherung zu sammeln.

Andere Konzepte

Auf dieser Stufe der Betrachtung erst wird dann wirklich deutlich, daß es sich um unterschiedliche politische und gesellschaftliche Konzepte handelt. Die Forderung nach „staatlich garantiertem Mindesteinkommen" soll, so wie sie heute diskutiert wird, ja gerade Einkommen und Arbeit abkoppeln. Wobei so getan wird, als wäre diese Koppelung bisher absolut. (Was weder für Sozialhilfe noch Arbeitslosenhilfe stimmt). Da werden dann auch Begründungen genannt wie: die Gewerkschaften hätten sich ohnehin nur um die Arbeitseinkommen gekümmert (was so nicht stimmt). In Folge wird faktisch die von der Bourgeoisie betriebene Spaltung zwar nicht bejaht (das wäre ein ungerechter Vorwurf) aber doch anerkannt. Und daraus wird der Schluß gezogen, etwas „Eigenes" müsse geschaffen werden. Wie dies aussieht?

Auch in solchen Büchern wie dem von Tennstedt und erst recht in der „Befreiung von falscher Arbeit" geht es darum, neben dem „normalen Sektor" einen Sektor der „Alternativwirtschaft" (dafür werden unterschiedliche Begriffe benutzt) zu schaffen, in dem diejenigen Menschen, die aus dem Produktionsprozeß ausgeschlossen wurden oder sich selbst daraus verabschieden wollen, sich sozusagen selbst verwirkliche können. Was heißt: Eine Gegenkultur zu etablieren, ohne die Haupt„kultur", nämlich platt gesagt, den Kapitalismus, anzutasten. Anders gesagt: Der Großteil der Arbeit, die gesellschaftlich notwendige Arbeit, bleibt der kapitalistischen Ausbeutung vorbehalten (oder aber die „Alternativwirtschaft" wird selbst direkter Teil davon, wofür es bereits heute einige Hinweise gibt).

Andersherum wird eher ein Schuh daraus: Eine gewerkschaftliche Politik der Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf Kosten der Kapitalisten (will heißen mit vollem Lohnausgleich) muß einerseits ergänzt werden durch eine Politik, die einen ausreichenden gesetzlichen Mindestlohn erreicht und ergänzt werden durch den systematisierten Kampf um „alte" Forderungen der Arbeiterbewegung wie Mindestrente (usw.), die es ja für Beamte gibt.

Es ist weitgehend müßig an Stelle solcher Auseinandersetzungen um diese Alternative etwa nur die Frage nach der „Durchsetzbarkeit" aufzuwerfen, die heute zunächst einmal für jedes Projekt von Sozialreform nicht besonders gut aussieht.

Unter anderen gesellschaftlichen Bedingungen könnte sich ja sowohl die Frage der Durchsetzbarkeit als auch die Beurteilung solcher Konzepte anders stellen.

So sind ja beispielsweise auch im Programmentwurf der KPD etwa in der Frage staatlicher Gelder für Jugendliche Ansätze auch in eine Richtung eines allgemeinen Mindesteinkommens gemacht.

Heute vor die konkrete Alternative gestellt und auch in Abetracht dessen, was sich real an sozialer Bewegung entwickelt, erscheint es jedenfalls sowohl naheliegender als auch besser, die Forderung nach Mindestsicherung in der Sozialversicherung (und Mindestlohn) zu erheben als solchen Konzepten nachzuhängen, die — in ihrer eigenen grundsätzlichen politischen Begründung — schon deutlich machen, daß es andere Klasseninteressen als die der Arbeiterklasse sind, die da vertreten werden. (Was nicht heißt, daß sie nicht auch anders begründet werden könnten.)

Dokumentation von Beiträgen

Im folgenden sollen, sehr kurz, einige Argumente, wie sie bisher in der Diskussion vorgebracht wurden, wiedergegeben werden. Dabei wurde sich auf solche Texte beschränkt, die auch im Artikel genannt sind.

In der Reihenfolge: R. Welzmüller: Entkoppelung von Arbeit und Einkommen? (Memo-Forum 6/85, S. 2 ff)

Leibfried/Tennstedt: Politik der Armut und die Spaltung des Sozialstaates (edition suhrkamp Nr. 1233)

Opielka/Stratmann u.a.: Grüne Wirtschaftspolitik — machbare Utopie? (Kiepenhauer & Witsch, 1984)

Die Hervorhebung der Bedeutung der Arbeitseinkommensstruktur für die Gestaltung der gesellschaftlich zu organisierenden sozialen Sicherung hat natürlich noch einen anderen Grund. Es geht ja bei dieser Frage nach der möglichen „Entkoppelung" von Arbeit und Einkommen nicht bloß um quasi technische Fragen der Sozial- und Verteilungspolitik, sondern vielmehr um gesellschaftspolitische Perspektivvorstellungen. Im Unterschied etwa zu A. Gorz u.a. gehe ich nicht davon aus, daß es gesellschaftspolitisch gesehen am sinnvollsten wäre, auf der einen Seite einen alternativen Sektor zu etablieren, der dann über Mindesteinkommen abzusichern wäre, auf der anderen Seite aber einen nach traditionellen Kriterien funktionierenden, effizienten Wachstumsapparat zu belassen. Mir scheint, daß erstens die Überwindung der ökonomischen und ökologischen Probleme **auf der Basis** der **Nutzung industrieller** Möglichkeiten erfolgen muß — wobei für mich allerdings der springende Punkt die Frage des **Gebrauchswerts** der zum Einsatz kommenden **Technik** und der **produzierten Produkte ist.**

Auch dann, wenn die Voraussetzungen für eine völlig andere Organisation der gesellschaftlichen Arbeit geschaffen sein sollten, also das gesellschaftliche Eigentum an Produktionsmitteln hergestellt ist **und** die demokratische Reife den Abschluß eines quasi neuen „vernünftigen Gesellschaftskontrakts" erlaubt (all das wird bei Gorz' Konzept der 20000 Lohnarbeitsstunden „pro Leben" ja **vorausgesetzt**), wird es noch eine Menge an industriell zu erledigender, auf alle verteilbare Arbeit geben.

Zweitens kann ich das der Dualisierung der Gesellschaft zugrunde liegende Konzept der forcierten „Banalisierung der Arbeit" (Gorz, S. 77) politisch nicht akzeptieren, da damit zum einen doch einer letztlich kapitalistisch definierten Form von Effizienz die Herrschaft über den industriellen Apparat und die Arbeitsbedingungen überlassen bleibt und zum anderen unerklärlich wird, woher denn die phantasiegeleitete Tätigkeit im autonomen Sektor ihre Nahrung erhalten soll, wenn die fremdbestimmte und „banalisierte" Tätigkeit im industriellen Sektor schon einen Großteil der Sinne abgetötet hat.

Ich bleibe dem gegenüber bei der vielleicht etwas altmodisch klingenden Vorstellung, auch die gesellschaftlich notwendige Arbeit der bewußten Gestaltung durch die Produzenten zu unterwerfen. Dies schließt konzeptionell an Gedanken der sozialpolitischen Diskussionen der vergangenen Jahre an, die deutlich machten, daß es perspektivisch gesehen darauf ankommt, die in der Produktion, im Arbeitsprozeß angesiedelten Ursachen anzugehen.

Die *Krise des überkommenen Systems von Sozialpolitik*, das auf Arbeiterpolitik und damit auf Sozialversicherung zentriert ist und eine *offene Spaltung* des Sozialstaats möglich macht, wird also nicht „von außen", aus der Armenpolitik beispielsweise, in die Arbeiterpolitik hineingetragen, sondern ist der *Sozialversicherung immanent.* Die Krise kann sich hier entwickeln, weil die Grundprämissen der Arbeiterpolitik selbst heute in Frage gestellt sind. Das überkommene System der Sozialpolitik („Sozialversicherung") versagt nämlich in seiner heute so entwickelten Form in dem Maße, wie es von dreierlei Strukturveränderungen in Frage gestellt wird. Dabei handelt es sich vor allem um die schon lange vorhergesagte, aber dennoch „verschlafene" Renten- und Gesundheitsversorgungskrise, bewirkt durch demographische Veränderungen, also vor allem einen wachsenden Anteil der Alten und der „alten Alten" je beitragszahlendem Arbeitnehmer (zu einem Überblick zur Krise der Alterssicherung aus offiziöserer Sicht vgl. Sachverständigenkommission A 1983 a,b); ferner um die „Krise der (Erwerbs-)Arbeitsgesellschaft" (Matthes 1983; zu ihren Auswirkungen auf die Sozialversicherung vgl. Adamy/Koeppinghoff 1983 a,b) und die Krise des bürgerlichen Familienleitbildes (vgl. S. 311 ff.),

---

„Gegenwärtig erscheint kaum etwas dringender als das Finden gangbarer Wege, Arbeit und Einkommen von zerstörerischer Produktionstätigkeit zu entkoppeln. Manche Grüne, die früher glaubten, die Industriearbeiterschaft sei die hauptsächliche Kraft einer sozialistischen Veränderung der Verhältnisse, stehen heute vor dem Problem, daß Betriebsbelegschaften unter der Gefahr des Arbeitsplatzverlustes die Weiterführung schädlicher Produktionen verteidigen."

„Die orthodox-marxistische Polemik gegen das Privateigentum an Produktionsmitteln hat hier eine ziemlich heillose Verwirrung geschaffen, indem sie den Gesichtspunkt der Enteignung in den Vordergrund rückt. Es kann jedoch nur zu noch schlechterer Versorgung führen, wenn man versucht, die unternehmerische Tätigkeit und Initiative zu unterdrücken, wie das in den sozialistischen Ländern praktiziert wurde bzw. wird."

„Eine Gesellschaft, die so reif ist, daß sie Produktions-, Arbeits- und Wachstumszwänge zu ihrem Fortbestehen nicht mehr braucht, könnte der Unternehmenstätigkeit auch den Gewinnstachel nehmen, der diese Zwänge ständig aufs neue produziert. Wenn die Beschäftigten eines selbstverwalteten Unternehmens ein festes Einkommen nach Arbeitszeit und Qualifikation bekommen, würde ihre intensive Verfügung über die betrieblichen Überschüsse nicht mehr auf ein unmittelbares individuelles Einkommensinteresse zurückgehen. Der Gewinn müßte dementsprechend nicht mehr so groß wie möglich sein, sondern wäre nur eine Größe (u.a.)."

Die neuen Reichen

Argumente zur Wende (I)

von HELMUT WEISS

„Leistung muß sich wieder lohnen" — solche und ähnliche Schlagworte gehören zum Bestandteil der Propaganda der Wendeparteien. Vieles wurde dem bereits entgegengehalten: Neue Armut, Massenarbeitslosigkeit und andere Ergebnisse dieser Politik. Aber: Es gibt durchaus breitere Schichten, die von diesem Kurs profitieren. Im Rahmen einer losen Folge von Artikeln, die zur Vorbereitung auf den Beginn des Wahlkampfes zum Bundestag 1987 dienen soll, befassen wir uns zunächst mit diesen „neuen Reichen".

1. Man müßte eigentlich sagen: Selbstverständlich ist es nicht wahr. Die Behauptung nämlich, vor der Wende, zur Zeit der SPD/FDP-Regierung habe sich „Leistung" nicht mehr gelohnt. Was in der bürgerlichen Politik eben so Leistung heißt.

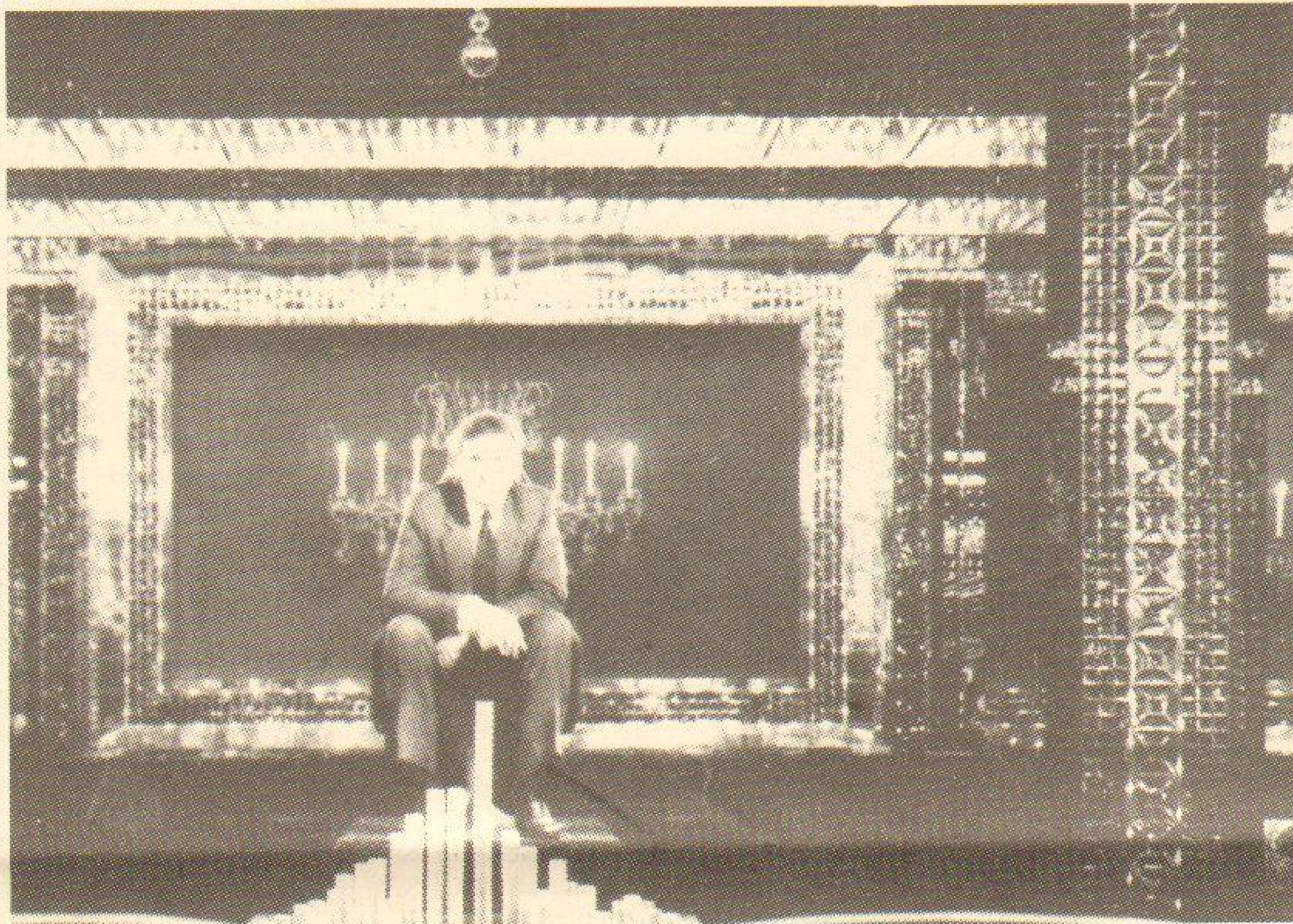
Im Zeitraum der Jahre 1970 bis 1978 steigerte sich das Einkommen der „Selbständigen" (außerhalb der Landwirtschaft) um 110 Prozent — im Vergleich dazu das der Arbeiter um 80 Prozent. In absoluten Zahlen (gerundet) stieg das Monatseinkommen der Selbständigen von 3600 DM im Durchschnitt auf immerhin 7600 DM, das der Arbeiter von 1470 DM auf 2640 DM. In Wirklichkeit, in blanken D-Mark, war die Steigerung des Einkommens der Selbständigen rund 3,3 mal höher: 4000 gegen rund 1.200 DM.

Die Behauptung der Konservativen also, über „sozialistische" Steuerprogression (oder welches konkrete Schlagwort auch immer benutzt wird) sei eine Nivellierung der Einkommen vorgenommen worden, ist eine einfache Lüge.

2. Diese unterschiedliche Entwicklung setzte sich auch im Zeitraum der Jahre 1978 bis 1984 fort. In diesen sechs Jahren stiegen die Einkommen der Selbständigen auf (rund) 10900 DM, die der Arbeiter auf 3100 DM — ein absoluter Differenzbetrag von fast 3000 DM, eine sechsfach so große absolute Steigerung.

3. Betrachtet man nun die letzten drei Jahre dieses Zeitraums, also von 81 - 84, die Jahre, in denen die „Wende" wesentlich griff, so ergeben sich dieselben Verhältnisse, nur wesentlich verschärft. Das durchschnittliche Arbeitereinkommen stieg gerade noch um 100 DM, bei den Selbständigen um 1200 DM, also das Zwölffache.

Vor allem bedeutsam aber ist die Zahl der Großverdiener (die sich zu rund 93 Prozent aus den Selbständigen rekrutieren). Gab es 1978 noch 277000 Haushalte mit einem monatlichen Einkommen über 10000 DM, und war diese Zahl bis 81 auf 362000 gestiegen, so hat sie sich in den drei folgenden Jahren mehr als verdoppelt: auf 670000 (gerundet).



Der Anteil dieser Großverdiener am gesamten Volkseinkommen betrug 1978 rund 7,3 Prozent, 1981 dann 9,1 Prozent und 84 schließlich 12,1 Prozent. Das reale Durchschnittseinkommen dieser Kreise fiel davon von 81 auf 84 von rund 20000 DM monatlich auf 16000 DM — was logisch den Schluß nahelegt, daß die „Newcomer" in der Höhe meist zwischen 10000 und 15000 DM liegen, da nicht davon ausgegangen werden kann, daß die seit längerem in dieser Kategorie Liegenden heute ein geringeres Einkommen haben als vor drei Jahren.

4. Insgesamt erhöhte sich das Einkommen der Selbständigen von 78 bis 84 um 44 Prozent, das der Arbeiter um 18 Prozent. Der „feine" Unterschied, der dazu kommt: Die Teuerungsrate dieser sechs Jahre lag, je nach Berechnung zwischen 25 und 30 % — also für die Arbeiter Verlust an Realeinkommen, für die auszumachender weiterer Zugewinn.

5. Dies sind Zahlen, wie sie offiziellen bürgerlichen Quellen zu entnehmen sind, zuallererst den laufenden DIW-Wochenberichten. Dies macht diese Zahlen insofern fraglich, als beispielsweise die in Unternehmen verbleibenden Gewinne nicht einberechnet sind, auch dann nicht, wenn sie zu Spekulationszwecken benutzt werden, was gerade in dieser Zeit ja (zahlreiche Einzelbeispiele zeigen dies) massiv verstärkt wurde. Und auch auf der anderen Seite wird wenig differenziert.

Was am Beispiel der hier nicht weiter behandelten Renteneinkommen am deutlichsten wird, wo Durchschnittswerte wenig bedeuten, wenn es fast 1 Million Rentnerhaushalte gibt, die ein Einkommen von rund 800 DM haben, andererseits über 50000 Haushalte mit einem Einkommen über 8000 DM. Das als Beispiel dafür, daß selbstverständlich auch die hier vergleichend betrachteten „Kategorien" Arbeiter und Selbständige eigentlich in Frage zu stellen sind.

6. Trotz dieser manipulativen Ungenauigkeiten reichen die angeführten Tatsachen aus, um festzuhalten, daß es einerseits zu keiner Zeit der Geschichte der BRD für die Selbständigen einen wirklichen Einkommensverlust (oder auch nur eine vergleichsweise geringere Steigerungsrate) gegeben hat, im Vergleich zur Arbeiterschaft. Andererseits wird ebenfalls als Tatsache deutlich, daß diese relative Einkommensentwicklung seit Antritt der Wenderegierung beschleunigt wurde. Schließlich wird deutlich, daß es tatsächlich einen Kreis von „Aufsteigern" gibt, der insgesamt gar nicht so wenige Menschen umfaßt, jedenfalls weit über die Kreise des Großkapitals und auch des mittleren Kapitals hinaus.

Es gibt alsonicht nur die „neue" Armut (neben der „alten"), es gibt nicht nur Massenarbeitslosigkeit (und damit auch das „Verschwinden" von Menschen aus der Statistik hinein in die „Subsidiarität" der Familien) als Ergebnis der Wendepolitik (und damit auch die Statistiken verfälschend, worin gerade diese Regierung ja bereits besonders große Übung hat) — es gibt sie auch, die „Wendegewinnler".

Unter welchen konkreten Schlagworten eine solche Politik auch immer betrieben werden mag, es ist festzuhalten, daß sie keineswegs nur auf dem Wege des Sozialabbaus, sondern durch die gesamten wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen zu einer verschärften Umverteilung zugunsten der Reichen und „Aufsteiger" führt. Mit den verschiedenen Maßnahmen der sogenannten Steuerreform soll — und wird — dieser Prozeß weiter beschleunigt werden.

Das ist ein Punkt zur Bilanz der Wenderegierung.

Was mit 2,35 Mark alles zu machen ist...

So endet ein kurzer „Spiegel"-Artikel (Nr. 6/86), der sich mit einer ersten Bilanz der „Steuerreform" der Bonner Wenderegierung befaßt.

Denn: Ende Januar trat sie faßbar in Kraft, da mußte gezählt werden, wie dieses „Jahrhundertwerk" sich denn nun in der Wirklichkeit auswirkt.

In dem genannten „Spiegel"-Artikel werden die Auswirkungen in verschiedenen Steuerklassen verglichen mit den gesteigerten Abgaben für die verschiedenen Bereiche der Sozialversicherung, insbesondere die kräftig angestiegenen Beiträge zu den Krankenkassen werden da genannt.



Der Mann...

Ein Vorgehen, das sicherlich in zweierlei Hinsicht legitim ist: Zum einen geht es ja um die Behauptung der Regierung, die werktätigen Menschen hätten nun einfach mehr Geld zur Verfügung — was höchstens, wenn überhaupt, minimalste Beträge ausmacht. Zum anderen muß darauf hingewiesen werden, daß die Regierung selbstverständlich die Verantwortung für die massive Verteuerung der Krankenversicherung trägt und nicht irgendeine anonyme „Kostenexplosion".

Wenn da dann bei 3600 DM brutto eine Ersparnis (in Klasse III) von 12 DM mit einer (möglichen) Erhöhung des Krankenkassenbeitrages bis zu 32,40 DM im Monat verglichen wird, so ist das Ergebnis eindeutig: 20 DM weniger im Monat.

Die genannten 2,35 DM Zugewinn resultieren bereits aus einem deutlich höheren Einkommen: Verheiratete mit einem Kind und runden 6000 DM brutto ersparen 67 DM an Steuern. Für die Angestellten aber steigen die Bemessungsgrenzen: auch da bleibt nicht viel übrig, genauer: 2,35 DM.

Der eigentlich Skandal — wenn es so genannt werden kann — geht aber in dieser Darstellungsweise etwas unter.

Er besteht in folgendem Unterschied: Ein Lediger mit 2200 DM im Monat spart sage und schreibe 6,90 DM. Eine dreistellige Steuereinsparung ergibt sich erst bei Einkommen über 10000 DM im Monat.

Bei einer Steuerersparnis von bis zu 30 bis 40 DM aber ist es gar nicht nötig Gegenrechnungen aufzumachen ob dies einen realen Einkommensgewinn

Da bei dieser Einkommenshöhe ruhig davon ausgegangen werden kann, daß keine allzugroßen Ersparnisse vorliegen liegt in diesem Rahmen die reale Auswirkung der alljährlichen Teuerung selbst wenn der amtlich schöngefärbte Warenkorb als Berechnungsgrundlage genommen wird.

All diese „Einsparungen" bringen real keine Veränderung, wirken sich auf die Lebenshaltung der Betroffenen faktisch gar nicht aus. Selbst bei einer realen Ersparnis von 6,90 DM monatlich, oder auch einer doppelt oder dreifach so hohen würde es wohl kaum jemanden geben, der dies ernsthaft als Verbesserung betrachten würde — deshalb arbeitet die Regierungspropaganda ja auch ständig mit Globalzahlen, um nicht der Lächerlichkeit preisgegeben zu werden.

Wie bei bisher jeder sogenannten Steuerreform wird auch am Wesen des Steueraufkommens nichts wirklich verändert: Die Lohnsteuer bleibt entscheidende Quelle zur Finanzierung der staatlichen Ausgaben.

Die einzigen Profiteure dieser Steuerreform, eben in jenem Bereich von einer Steuereinsparung von über 100 DM im Monat, das sind jene Kreise, die ohnehin bereits zu den Gewinnlern des Wendekurses gehören: Die Grenze verläuft bei den 10000 DM im Monat, das wird hier erneut deutlich, die Wenderegierung beschert ihre Kundschaft.



...und sein Minister

Die Sorge um die Rüstungskapazitäten

Um Arbeitsplätze geht es beim schleswig-holsteinischen Werfthilfe-Programm nur am Rande

von K./KIEL

Nun mußte die CDU-Landesregierung die heiße politische Kartoffel, die auch im Bereich der kleineren und mittleren Werften voll durchschlagende Krise im Schiffbau, doch noch vor den am 2. März stattfindenden Kommunalwahlen anfassen. Die CDU-Landtagsfraktion startete voll durch: Sie hat sich zum bisher größten Subventionspaket, das je für eine Branche in Schleswig-Holstein aufgebracht wurde, entschlossen. „Mit erheblichen ordnungspolitischen Bauchschmerzen" verkündete deren Fraktionssprecher Kribben. Bis 1988 sollen die Werften fast 200 Mio. DM an Finanzhilfe erhalten. 100 Mio. DM davon sollen noch im März in einem Nachtragshaushalt aufgebracht werden. Der Grund für diesen schnellen Entschluß:

Drei Werften standen vor der Pleite!

Wie erst am Mittwoch dem 5.2. bekannt wurde, wäre die Harmstorf-Gruppe der Werften in Flensburg, Büsum und Lübeck mit 2450 Beschäftigten angehören am Tage davor Pleite gewesen, wenn die Landesregierung nicht eingegriffen hätte. Die Bedingung war natürlich ein „Sanierungskonzept" für diese Gruppe. Das Land Schleswig-Holstein stützt dieses Konzept mit 31 Mio. DM innerhalb ihres „Werfthilfeprogramms" von 100 Mio. DM für 1986. Die beiden Hauptgesellschafter, die KG Alnwick Harmstorf und die Stadt Flensburg zahlen jeweils 8,5 und 4,5 Mio. DM, womit die Stadt Flensburg ihre Beteiligung von 16 auf 22 Prozent erhöht. Auch die Banken der Gruppe sollen sich bereiterklärt haben, einen nicht näher bezifferten Beitrag zu leisten, von 17 Mio. DM ist die Rede.

Das „Sanierungskonzept":

330 Entlassungen, wovon allein auf der Büsumer Werft 230 der dort noch 450 Beschäftigten entlassen werden. Hier wird bald der Handelsschiffsneubau eingestellt. Außerdem ist für diese Werften eine weitere Spezialisierung auf Marine- und Forschungsschiffsneubau sowie Reparatur und Umbau im „Konzept" vorgesehen. Die Diversifikation in schiffbaufremde Bereiche soll vorangetrieben werden. In der schleswig-holsteinischen Presse wird die ganze Rettungsaktion als von der Sorge um die Arbeitsplätze getragen dargestellt. Bei Arbeitslosenquoten um 20 Prozent im Landesteil Schleswig und an der Westküste (s. Tabelle für 1/86) wird dies wohl mit ein Grund sein. Es stehen ja mehrere Wahlen an: Kommunalwahl 86 und Bundes- und Landtagswahlen 87.

Die Sorge um die Rüstungskapazitäten

spielt hier aber mit die größte Rolle für die Subventionen. Bekanntlich ist die Arbeitslosigkeit unter den Bauarbeitern auch in Schleswig-Holstein besonders groß. Kaum jemand im Landtag kräht danach, daß eine Baufirma nach der anderen in Konkurs geht. Und daß ausgerechnet auf der Büsumer Werft die meisten Arbeitsplätze vernichtet werden, wo doch im Bezirk des Arbeitsamtes Heide mit 21,4 Prozent die größte Arbeitslosigkeit herrscht, straft das Gerede von der Sorge um die Arbeitsplätze Lügen. Zumindest für die politisch und finanziell ausschlaggebenden Kreise ist es in



erster Linie das nationale Interesse, was die Gelder hat fließen lassen. In der größten Schiffbauhalle der BRD, auf der Flensburger Werft, ist gerade mit dem Bau von Flottendienstbooten für die Bundesmarine begonnen worden. Die Flensburger Schiffbaugesellschaft ist Generalunternehmer für dieses Programm und hat mit dem 300-Mio-DM-Projekt den größten Einzelauftrag der Firmengeschichte eingefahren. Und auf der Schlichting-Werft in Lübeck ist vor kurzem für 13 Mio DM eine Slip-Anlage mit Halle zur Reparatur vor allem von Marine- und Bundesgrenzschutzschiffen aufgebaut worden.

Konkurrenz zwischen den Bundesländern

Im Kieler Landtag wollen alle Parteien — SPD/FDP/SSW — das neue „Werfthilfeprogramm" der Landesregierung unterstützen. Sowohl CDU als auch SPD haben die Bundesregierung aufgefordert, sich „aus nationalem Interesse" zu beteiligen. Der Hamburger Wirtschaftssenator Lange (SPD) hat dies Werfthilfeprogramm Schleswig-Holstein kritisiert: „Dieser Alleingang verzerrt die Wettbewerbslage unter den deutschen Werften massiv", meint er. Jetzt drohe ein „Wettbewerb der Haushaltskassen". Kein Wunder, daß der Herr Senator sauer ist: In Hamburg und Bremen ist der Großteil der Schiffbaukapazitäten bereits vernichtet worden und wird noch vernichtet, wie jetzt die Rickmers-Werft mit 1000 Beschäftigten in Bremerhaven. Und jetzt tritt die CDU-Landesregierung in Schleswig-Holstein die Flucht nach vorne an. Darüber kann auch die stets bekundete Bereitschaft, Hamburg, Bremen und Niedersachsen für eine gemeinsame Werftpolitik gewinnen zu wollen, nicht hinwegtäuschen. Die Konkurrenz bleibt bestehen, gerade auch beim Gerangel um die lukrativen Rüstungsaufträge.

Neues „Strukturanpassungsprogramm" wird vorbereitet!

„Norden findet gemeinsamen Kurs in der Werftpolitik", so wurde das Ergebnis der turnusmäßigen Konferenz der vier Wirtschaftsminister und -senatoren, die am 7.2. stattfand, in der bürgerlichen Presse dargestellt. Die vier haben ein Gutachten zu den Zukunftsperspektiven der deutschen Schiffbauindustrie sowie der Schiffahrt in Auftrag gegeben. Davon wird Art und Umfang eines „Strukturanpassungsprogramms" für beide Branchen abhängig gemacht, an dessen Finanzierung sich auch der Bund beteiligen soll. Also ein neuer Werftenplan — der alte von 1972 ist sozusagen „erfüllt" worden — steht vor der Tür.

Als Sofortmaßnahmen haben die vier norddeutschen Küstenländer Landesbürgschaften beschlossen. Dahinter steckt, daß die Abschreibungsschiffe — auch „Zahnarztschiffe" genannt — wegen der jetzt auf 150 Prozent reduzierten Verlustzuweisung für viele „Kapitalanleger" unattraktiv geworden sind. Gerade mit dem Bau dieser Schiffe haben sich viele der verbliebenen Werften in den letzten Jahren über Wasser gehalten. Doch für 1986 hereingenommene Neubauaufträge werden nur noch Landesbürgschaften gewährt, wenn „die Weiterbeschäftigung der Werft eine realistische Überlebenschance bietet und das Schiff selbst am Markt auskömmlich eingesetzt werden kann." Die Gewährung einer Bürgschaft wird an ein formelles Konsultationsverfahren der Küstenländer untereinander geknüpft. Jeder informiert die anderen, daß er ihnen gerade wieder einen Auftrag weggeschnappt hat, mehr heißt das nicht. Auch die Meinungsverschiedenheiten in der Beurteilung der Maßnahmen Schleswig-Holsteins werden nur notdürftig verdeckt. Man nehme zur Kenntnis, heißt es in einem Kommunique, daß Schleswig-Holstein seine Hilfen neben der Vermeidung des Zusammenbruchs der Harmstorf-Gruppe ausschließlich „zur Abdeckung der bestehenden und schon jetzt konkret absehbaren Bürgschaftsverpflichtungen und zur Finanzierung des in Vorbereitung befindlichen gemeinsamen Struktur- und Anpassungsprogramms des Bundes und der Länder" zur Verfügung stellen werde.

Ob mit gemeinsamem Kurs oder nicht: Der Kahlschlag auf den Werften in der BRD wird ratenweise weitergehen. Und keiner hat ein umfassendes Gegenkonzept, weder eine der sich auf die Arbeiterbewegung berufenden Parteien noch die Gewerkschaft IG Metall.

Arbeitslosigkeit in Schleswig-Holstein

Bad Oldesloe	10,3 %
Elmshorn	12,9 %
Flensburg	19,3 %
Heide	21,4 %
Kiel	13,9 %
Lübeck	16,4 %
Neumünster	16,0 %

Britische Drucker am Ende?

Murdoch: Wapping soll Waterloo werden

In den bürgerlichen Medien breitet sich Wohlwollen aus: Freude kommt auf. Ursache: Der gelungene Streikbruch gegen die „Times"-Drucker.

Mancher mag sich erinnern: Der letzte „Times"-Streik vor einigen Jahren, das war für die britische Reaktion letzter Anlaß gewesen, alles zur Mobilisierung gegen den „Gewerkschaftsstaat" zu tun. Jetzt sonnt man sich europaweit im Erfolg. Zu Recht?

Die neue „Fabrik" am Londoner Stadtrand, von vorneherein betrieben mit Elektrikern, die zum Streikbruch speziell ausgebildet wurden, der konzerneigene Vertrieb, meist mit aus der Transportarbeitergewerkschaft ausgetretenen hochbezahlten Fahrern, das erneut aufgefahrene große Polizeiaufgebot zur Sicherung der kapitalistischen Geschäfte und die enorme reaktionäre Propagandawelle, die den Streik der „Times"-Drucker begleitet — alles das läßt den Schluß naheliegen, daß dieser Druckerstreik bereits am Ende ist.

„Murdoch siegt für Fleet Street" — so und ähnlich lauten die Schlagzeilen in der ausgesprochen reaktionären britischen Massenpresse. Denn: Pläne, wie sie jetzt der australische Großkapitalist verwirklicht, haben konkret auch zwei andere große Pressekonzerne der Insel, von den Massenentlassungen bis hin zu neuen, druckerfreien Betrieben.

Jahrelang, ja über Jahrzehnte hinweg hätten unmäßige Lohnforderungen der Druckergewerkschaften das Pressewesen in Großbritannien fast lahmgelegt — so gab es auch die „Wirtschaftswoche" wieder, ganz so, als seien die Drucker die Millionäre und nicht Murdoch. Das sei jetzt vorbei.

Die britische Regierung, wen wundert's, schickt neben den Polizeitruppen auch noch ihre gesamte Propagandamaschine für die Druckunternehmer ins Feld. Die den Streikbruch tragende Elektrikergewerkschaft ist seit langem ein nützliches Werkzeug beim gewerkschaftsfeindlichen Kurs der Thatcher-Regierung. Beispielsweise war sie eine der ersten, die Regierungsgelder annahm, die ihre Mitglieder aufrief, sich privat versichern zu lassen (und somit zur Kampagne zur Unterhöhlung des verstaatlichten Gesundheitswesens beizutragen) und anderes mehr.

Die Entscheidung darüber, ob dieser Streik endgültig unterlaufen wird, fällt vor allem durch die Haltung des Gewerkschaftsdachverbandes TUC: Ob er diesem spalterischen Treiben weiterhin zusieht und — bestenfalls — in Worten Solidarität mit dem Druckerstreik übt, oder handelt. Eine Konstellation, wie sie bereits aus dem Bergarbeiterstreik der NUM einigermaßen bekannt ist.

Wie bereits im Falle der Spaltung des NUM-Streiks in Nottingham, so sind auch dieses Mal den Streikbrechern für den Fall ihres Ausschlusses aus dem TUC massive Geldzusagen von Seiten des Kapitals gemacht worden. Was aber, bislang jedenfalls, nur als Hilfsargument wirken kann. Denn: ohne einen Dachverband verbleibt gerade in Großbritannien jede Organisation bestenfalls noch eine Standesorganisation. Den Bruch mit dem TUC hat bisher keine wesentliche Organisation ernsthaft gewagt — deshalb bleiben Sanktionen des TUC gegen die Elektrikergewerkschaft das entscheidende Mittel, den Streikbruch zu beenden. Und dem Streik gegen Murdoch, der ja auch für die Seite der Gewerkschaftsbewegung exemplarische Bedeutung hat, zum Erfolg zu verhelfen. Die Entscheidung ist noch nicht gefallen.

„To destroy socialism for decades"

Das Thatcher-Programm der Konservativen

Der Streik der „Times"-Drucker bringt es ebenso deutlich ans Tageslicht, wie zuvor der Streik der Bergarbeiter: Die britische Regierung steuert einen Kurs der Konfrontation, der erheblich schärfer und eindeutiger ist als beispielsweise der in Bonn praktizierte.



Der Regierungsantritt von Frau Thatcher vor nun rund sieben Jahren geschah ja auch auf andere Weise als die Bonner Wende. In mehreren Hinsichten anders was den Verlauf der kapitalistischen Krise ebenso betrifft wie den Grad des Klassenkampfes und die politische Lagerbegrenzung. Die britische Conservative Party ist, ganz im Unterschied etwa zur CDU, auch nicht vom Anspruch her, eine „Volkspartei" — ihre Mitgliedschaft (unter 3 Prozent Arbeiter) weist sie geradezu klassisch als Partei des Bürgertums aus.

Ihre Wahlkampagne lief unter der Losung, es gelte den Sozialismus für Jahrzehnte in Großbritannien zu vernichten. Unter Sozialismus wurde dabei verstanden: Labour Party und linkere, Gewerkschaften und shop stewards und all das, was die britische Arbeiterklasse an Organisationen und Rechten geschaffen und erkämpft hatte.

Von daher paßt die Antigewerkschaftsgesetzgebung (bisher drei Gesetze, die schrittweise sehr weitgehend gewerkschaftliche Positionen beseitigten) ebenso in diese Politik, wie die Auflösung der Stadträte in den großen Arbeiterstädten und vieles andere mehr.

In diese politische Programmatik gehört als wesentlicher Bestandteil aber auch die staatliche Hilfe für die Unternehmer bei Arbeitskämpfen — nicht nur bei „Selbstbeteiligung" der Regierung wie im Bergbau, sondern bei jeder wichtigen Auseinandersetzung, wie jetzt im Druckereiwesen.

Wie jetzt im Druckerstreik machte diese Regierung bei jeder bisherigen Auseinandersetzung deutlich, daß es ihr nicht einmal den Worten nach um „Neutralität" ging, ganz im Gegenteil: Die Regierung habe dafür zu sorgen, daß die Modernisierung der britischen Wirtschaft störungsfrei vor sich gehen könne. Deswegen auch Polizeitruppen für Murdoch.

Bericht: KJD-Konferenz

von JÜRGEN TOBEGEN

am 15./16. Februar 1986 fand in Köln die KJD-Konferenz statt. Sie wird in Zukunft jährlich stattfinden. Diese Konferenz beschäftigte sich mit Diskussionen, die der IV. KJD-Kongreß (Juni 1985) nicht abschließen konnte: Selbstbestimmungsrecht der Jugend / Unabhängiger Jugendverband / Plattform / Organisationsprinzipien.

An der Konferenz nahmen Genossinnen und Genossen aus Hamburg, Dortmund, Düsseldorf Köln, Leverkusen, Düren und Stuttgart teil. Die KJD-Gruppe Leverkusen hat sich bereits mit der RSJ-Roter Maulwurf, Gruppe Langenfeld zusammengeschlossen. In Hamburg steht der Zusammenschluß der beiden örtlichen Gruppen für März bevor.

Leider waren einige KJD-Gruppen und Einzelmitglieder aus mehreren Orten nicht vertreten. Von den Gruppen fehlten Münster und Bielefeld. Als Gäste nahmen eine Vertreterin des Bundesbüros der RSJ-Roter Maulwurf und Vertreter der Kämpfenden Jugend teil.

Unabhängiger Jugendverband

Der Konferenz lag eine Beschlußvorlage zum Selbstverständnis der KJD vor. In diesem Papier wurden kurz die Überlegungen zusammengefaßt, die die KJD dazu bewogen haben, sich nicht mehr als Jugendverband der KPD, sondern als bewußten Ansatz zur Schaffung eines unabhängigen revolutionär-sozialistischen Jugendverbandes zu verstehen. Anfang Februar hatte über diese Frage bereits der 6. Parteitag der KPD diskutiert und für sich entschieden, daß er diese Überlegungen der KJD unterstützt. Die Konferenz verabschiedete mit einer Reihe von Abänderungsanträgen, die Beschlußvorlage zum neuen Selbstverständnis.

Organisationsprinzipien

Die Konferenz verzichtete darauf, eine Satzung mit Vereinscharakter zu verabschieden und beschloß an Stelle dessen die Organisationsprinzipien. Der Hintergrund dafür ist sowohl eine seit mehreren Jahren andauernde Diskussion in der KJD über die besten Formen der Organisierung der Arbeit, wie auch Überlegungen, die sich auf Veränderungen in der Jugendbewegung heute beziehen. Die Organisationsprinzipien schreiben den örtlichen Gruppen die größte Bedeutung zu und geben ihnen einen autonomen Charakter. Die Anerkennung der programmatischen Grundsätze und der Organisationsprinzipien wird von dem Kollektiv der Gruppe, nicht aber von jedem Einzelmitglied verlangt. Die Gruppen treffen sich regelmäßig auf Gruppendelegiertentreffen, um ihre Aktivitäten zu koordienieren und über den Ort hinaus eine politische Aktivität zu entfalten. Das Gruppendelegiertentreffen ersetzt künftig auch die bisherige Zentrale Leitung und organisiert über Verantwortliche/Arbeitsgruppen die zentralen Aktivitäten der KJD.

„Rotes Groschenheft“

Bisher konnte die KJD ihre zentralen Aktivitäten gestützt auf zwei freigestellte Genossen organisieren. Dies ist künftig aus finanziellen Gründen nicht mehr möglich, so daß sich daraus auch Konsequenzen für die Publikationstätigkeit der KJD ergeben. Die monatliche Herausgabe des „Roten Rebell“ ist unter diesen Bedingungen nicht mehr möglich.

Zur Diskussion standen zwei Alternativen: die zweimonatliche Erscheinungsweise des „Roten Rebell“ oder ein „Rotes Groschenheft“ im DIN-A-5-Format, 20 Seiten, monatlich für 20 Pfennig. Schon im Vorfeld der Konferenz zeichnete sich ab, daß die Idee des Groschenheftes auf viel Sympathie in der KJD und darüber hinaus stößt. Die Idee wurde als originell und „genau unserer Größe entsprechend“ angesehen, die — und das war den Vertretern der Gruppen wichtig — bessere Möglichkeiten zur Agitation für die Ziele der KJD bietet, als der „Rote Rebell“. Ein Groschenheft ist flexibel einsetzbar. Es kann verkauft, verschenkt, in Kneipen, Kinos ausgelegt oder vor Schulen, Lehrwerkstätten verteilt werden. Die Konferenz entschied sich einstimmig für ein „Rotes Groschenheft“ und sammelte gleich 1400 Bestellungen für die erste Ausgabe.

Vereinigung mit der RSJ/ Roter Maulfwurf

Seit über einem Jahr bestehen örtliche, seit einem halben Jahr auch zentrale Kontakte zwischen der KJD und der RSJ-Roter Maulwurf, die sich als Jugendverband in politischer Sympathie zur IV. Internationale versteht. Auf zentraler Ebene gab es Gespräche über ein gemeinsames Eingreifen zu bestimmten Aktivitäten, etwa 30 Jahre Bundeswehr, Soldatenarbeit usw. Mit der RSJ-Roter Maulwurf wurde aber auch über die 20 Thesen zum neuen Selbstverständnis revolutionär-sozialistischer Jugendarbeit gesprochen, um so zu prüfen, wie groß die Übereinstimmung in jugendpolitischen Fragen ist. Zentral haben die Gespräche einen Punkt erreicht, an dem beide Leitungen konkrete Möglichkeiten zur Vereinigung beider Organisationen sehen, die konkrete Diskussion über eine programmatische Plattform und eine Satzung für notwendig erachten, dafür aber die Legitimation durch die jeweilige Organisation brauchen.

Wesentlich schneller und unkomplizierter gestaltete sich dem hingegen die örtliche Zusammenarbeit zwischen KJD- und Roter-Maulwurf-Gruppen. Hier war die Übereinstimmung so groß, daß es zu spontanen Vereinigungen von unten kam. In Leverkusen/Langenfeld ist die Vereinigung bereits vollzogen, in Hamburg steht sie bevor, in anderen Orten wird darüber diskutiert. Dieser spontane Vereinigungsprozeß, der unter lokalen Gesichtspunkten richtig, unter zentralen Gesichtspunkten aber eher problematisch ist, stellte die Konferenz vor die Situation nicht nur die Frage an sich zu diskutieren und zu entscheiden, sondern gleichzeitig auch Überlegungen zu treffen, die einen möglichst geordneten Rahmen für eine Vereinigung ermöglichen.

Einstimmig sprach sich die Konferenz für eine möglichst schnelle Vereinigung mit der RSJ-Roter Maulwurf aus. Es wurde eine Verhandlungsdelegation gewählt, die den Auftrag hat, auf der Grundlage der von der KJD-Konferenz verabschiedeten Dokumente mit der RSJ-Roter Maulwurf eine Plattform und Organisationsprinzipien zu erstellen. Die Dokumente sollen möglichst bis zum gemeinsamen Zeltlager Anfang Mai vorliegen — das dann die Vereinigungskonferenz werden könnte — ist dies nicht möglich, soll die Vereinigungskonferenz noch vor der Sommerpause stattfinden.

Aufgaben 1986

Folgende Aufgaben legte die Konferenz fest: Gemeinsames Zeltlager von KJD und RSJ-Roter Maulwurf vom 1. bis 4. Mai in der Eifel, gemeinsames Treffen von Lehrlingen/Gewerkschaftern von KJD und Roter Maulwurf, Unterstützung der „ran“-Kampagne „Mach meinen Kumpel nicht an“, Aufbau eines Verteilers für den Informations- und Erfahrungsaustausch über Aktivitäten gegen Neo-Nazis, insbesondere der FAP und der Fascho-Skins.

Ferner lag von der alten ZL ein Vorschlag für eine Kampagne zu den Bundestagswahlen vor. In den Wahlkampf mit gezielten Aktionen einzugreifen und auch die Überlegungen des Vorschlages dazu, wurden allgemein begrüßt. Die örtlichen Bedingungen dafür sind aber von Ort zu Ort sehr unterschiedlich. So gibt es Gruppen, wie etwa in Düren, die sich für die Gründung einer „witzigen Jugendpartei“ als realistisch erachten, während andere Gruppen dafür keine Basis sahen. Beschlossen wurde ein Seminar, auf dem inhaltlich und praktisch über konkrete Aktionsformen zur Bundestagswahl diskutiert werden soll.

Grundsätze der KJD

Obwohl schon ziemlich unter Zeitdruck, diskutierte die Konferenz noch ausführlich über die zehn Grundsätze der KJD. Es gab eine Reihe von Abänderungsanträgen aus den Gruppen, die hier nicht alle aufgeführt werden können. Die Konferenz verabschiedete die Grundsätze als die politische Grundlage für die weitere Arbeit der KJD und als Grundlage für die Verhandlungen mit der RSJ-Roter Maulwurf.

Hinweis: Die im Artikel mehrfach erwähnten Beschlußvorlagen sind in der Januar-Nummer des „Roten Rebell“ abgedruckt.



Ab März/April erscheint das „Rote Groschenheft“ der KJD. Es kommt einmal im Monat im DIN-A-5-Format, hat 20 Seiten (einfarbig) und kostet als Einzelexemplar: 20 Pfennig. „Großabnehmer“, ab 20 exemplare, bekommen einen Sonderpreis: 10 Pfennig. Wir möchten alle Genossinnen und Genossen der KPD, insbesondere die Abonnenten des „Roten Rebell“ auffordern, für sich zu überprüfen, ob sie nicht „Großabnehmer“ des „Roten Groschenheftes“ werden wollen. Das „Rote Groschenheft“ bietet allen Ortsgruppen der KPD die Möglichkeit die Aktivitäten der KJD aktiv zu unterstützen und damit den Kontakt zu Jugendlichen zu verbessern Eine gute Möglichkeit, die fast umsonst ist!

Bestellungen an: Verlag Roter Morgen, Wellinghofer Str. 103, 4600 Dortmund 30.

Bericht vom 1. Plenum des neuen ZK der KPD

Am Samstag, den 8. Februar traf sich das neugewählte Zentralkomitee der KPD zu seinem 1. Plenum.

Das ZK wählte ein Politbüro aus sieben Genossinnen und Genossen und legte die Verantwortlichkeiten für die einzelnen Abteilungen des ZK und ihnen zugeordneter Arbeitsgruppen fest. Ebenso beschloß es eine erweiterte RM-Redaktion einzurichten.

Die Urabstimmung über den Parteitagsbeschluß zur Wahl soll laut Beschluß des ZK Ende März stattfinden.

Außerdem befasste sich das ZK mit dem Kampf gegen die Änderung des§ 116 und beschloß die Herausgabe einiger Materialien dazu (unter anderem eine BLIND zu den Aktionen am 6. März).

Ebenfalls die Herausgabe eines Flugblattes wurde zum Internationalen Frauentag am 8. März beschlossen (gemeinsam mit der GIM).

Preiserhöhung

Ab dieser Nummer des „Roten Morgen“ müssen wir den Preis auf 1,50 DM erhöhen. Das Abo kostet für ein Jahr 40 DM, für ein halbes Jahr 20 DM. Die puren „Materialkosten“ für den RM rechnen sich so:

Druckkosten für 1 RM	1,00 DM
Portokosten für 1 RM	0,20 DM
Verpackungskosten	0,10 DM
macht zusammen	1,30 DM

Klar dabei ist: Alle sonstigen Kosten wie Löhne, Miete, Zeitungsabos, Satz- und Lay-out-Material etc. sind nicht einberechnet. Wir meinen deshalb, daß wir Euch 1,50 DM pro Exemplar abverlangen können. So hat es auch der 6. Parteitag der KPD gesehen. Er beschloß: Der Verkaufspreis soll mindestens Druck-, Porto- und Verpackungskosten decken.



An alle Abonnentinnen und Abonnenten!

Ihr habt für das 1. Quartal eine Abo-Rechnung über 15 DM bekommen. Neue Abo-Rechnungen bekommt Ihr zum 1.4.86. Durch die Umstellung des RM auf 14tägige Erscheinungsweise und die gleichzeitige Preiserhöhung des RM auf 1,50 DM habt Ihr 3,60 DM für das 1. Quartal 86 zuviel bezahlt.

- Allen, die den RM weiter abonnieren, werden die 3,60 DM gutgeschrieben. Ihr braucht also für das Verlängerungsabo statt 40 DM nur 36,40 DM zu bezahlen (bzw. 16,40 DM für ein Halbjahresabo).
- Alle, die den RM über den 1.4.86 hinaus nicht weiter abonnieren wollen, bekommen im April für ihre 3,60 DM noch zwei RMs geliefert. Bezahlt ist bezahlt.

Euer RM-Verlag

leserbriefe

Hey, Ihr blassen Roten

ich werd' langsam wach und Ihr schlaft langsam ein. Euer momentaner Informationsgehalt erreicht nur mit Mühe den unseres lokalen „Wochenspiegels", und der — ja der ist kostenlos. Ich bin momentan Zivi — und wie soll es anders sein: Pleite! Deshalb möchte ich mein RM-Abo kündigen. Ich hoffe, ihr versteht das, auch wenn meine Kündigung möglicherweise eine Woche zu spät kommt. Ich bitte um Eure Rücksicht, denn wenigstens das kann man doch hoffentlich noch von Euch erwarten.

Werdet Euch einig und besinnt Euch Eurer Tradition, dann habt Ihr mich, sobald es die Finanzen erlauben, möglicherweise wieder als Kunden. Solange werde ich mitlesen und Euch im Auge behalten (ätsch).

Mit dunkelrotem Gruß,
J.P., Saarbrücken

Rote Farbe ins politische Bild

Liebe Genossen und Freunde,

ich bin seit ca. zehn Jahren Leser und Mitstreiter der sozialistischen Idee. Ich war in der Roten Garde, später in der Volksfront.

In die Partei bin ich nicht eingetreten. Das Verhältnis zur Partei hat sich bei mir in letzter Zeit verändert. Kurz und knapp gesagt: Es freut mich, daß die Partei allen Gallionsfiguren abgeschworen hat. Ebenso, daß die Partei Stalin ins rechte Licht gerückt hat. Daß sie endlich nicht mehr überall politische Gegner sucht, sondern vielmehr anfängt, Verbündete oder Sympathisanten zu finden. Es gefällt mir nicht, daß alles, was früher gemacht wurde, als sektiererisch, furchtbar oder ähnliches bezeichnet wird. So wie ich Stalin heute sehe, muß er unbedingt im Zusammenhang mit der damaligen Zeit gesehen werden.

Wenn ich den Werdegang der Partei sehe, so hat auch ihre Geschichte einen starken Bezug zur damaligen Zeit. Es muß endlich aufhören, immer auf dem Gestern zu reiten. Heute und Morgen sind wichtiger. Heute muß die KPD marxistisch „meßbar" sein. Ich will wissen, klar und deutlich, lohnt es sich, für den Sozialismus zu kämpfen und Schwierigkeiten, die man ja bekommt, dafür in Kauf zu nehmen. Wirkliche Demokratie — keine Bonzokratie, Minderheitenschutz, freie Rede, freies Wort. Kurz: Alle erkämpften Rechte, welche den Herrschenden abgerungen wurden.

Das alles muß sich in der Partei widerspiegeln. Dazu gehören für mich auch Rechte, wie die Abschaffung der Todesstrafe, da diese immer gegen das Volk als Unterdrückungsinstrument genutzt wurde — siehe Türkei. Nach meiner Meinung übrigens auch, wenn es um Machtkämpfe in sozialistischen Parteien des Ostblocks ging, wurden Gegner an die Wand gestellt, wobei das Kapital in die Hände klatschte. Wenn ich für Sozialismus kämpfe, wie z.B. die Petrograder Matrosen möchte ich nicht, wenn ich mal eine andere Meinung habe als die Partei, erschossen werden.

Nach meiner Ansicht ist die Partei jetzt allmählich fähig, solch „liberalistisches Geschmiere" zu lesen.

Zum „Roten Morgen" möchte ich Euch raten, ihn versuchsweise kostendeckend und wöchentlich herauszubringen. Zum Beispiel bezahle ich acht Mark für eine Naturzeitung. Auf den RM will ich in der Woche nicht verzichten. Wenn jemand den RM nicht bezahlen kann, helfe ich gerne dabei.

Zur Volksfront und RGO: So wichtig ich den Gedanken finde, so sehr mißfällt mir der Zeitpunkt der Gründung bei der Volksfront, genauso bei der RGO.

Wenn wir es schaffen und lernen, mit vielen Menschen zu kämpfen, dann wird es nötig werden, die Kämpfe zusammenzufassen und zu einem Bündnis zu schweißen. Übrigens mag ich auch ohne Volksfront Antifa-Arbeit machen.

Das wichtigste im Moment erscheint mir, daß wir wieder anfangen, die rote Farbe ins politische Bild zu bringen.

Warum Sozialismus und nicht Ökosozialismus?

Ich wünsche Euch für Euren Parteitag viel Gutes,
mit solidarischem Gruß, Molle.

P.S. Wenn Ihr viele alte Sachen über Bord werft, gebt dann auch klare neue sozialistische Alternativen.

P.S. Wie wird man Mitglied in der KPD? Schickt mir Eure Bedingungen.

Antifa

Am Sonnabend, dem 1. März 86, soll die **Arbeitsgruppe Antifa/Ausländer** der KPD/Ruhr gebildet werden. Wir treffen uns um 10 Uhr in der Gaststätte „Am Richterbusch" im Kleingartenverein Am Richterbusch. Zugang von der Nortkirchenstraße. Das sind nur ein paar Schritte vom Parteibüro in Dortmund-Hörde.

Alle Genossinnen und Genossen im Landesbezirk Ruhr, die im antifaschistischen Kampf (es geht dabei nicht nur um Nazis, sondern um alle Bereiche dieses Kampfes) und in Fragen der Ausländerpolitik engagiert sind, sind dazu herzlich eingeladen. Bringt bitte Material über eure Arbeit und über wichtige Vorgänge in eurer jeweiligen Stadt mit.

kontakte

Zentralkomitee der KPD, Redaktion Roter Morgen, 4600 **Dortmund** 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/433691

4630 **Bochum,** Jochen Beyer, Josefinenstr. 110

4600 **Dortmund** (Brackel), Helmut Weiss, Am Westheck 109a, Tel.: 0231/20931

4100 **Duisburg** 12, D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: 0203/443014

4000 **Düsseldorf** (Eller), Antifaschistisches Zentrum (Antifaz), Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr.

2000 **Hamburg** 6, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: 040/4300709, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr

3000 **Hannover** 91, Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzky-Ring 29, Tel.: 0511/466529

7100 **Heilbronn**, F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1

2300 **Kiel** 1, KPD, Rendsburger Landstr.), Tel.: 0431/642110, geöffnet: Di u. Fr 18 - 20 Uhr

5090 **Leverkusen** 3, A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: 02171/41318

6700 **Ludwigshafen**, W. Rohr, Sedanstr. 21, Tel. 0621/699382

7000 **Stuttgart** 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/2624388, geöffnet: Mo u. Fr 16.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr

6685 **Heiligenwald,** KPD Saar, E. Bittner, Waldwiesstr. 13

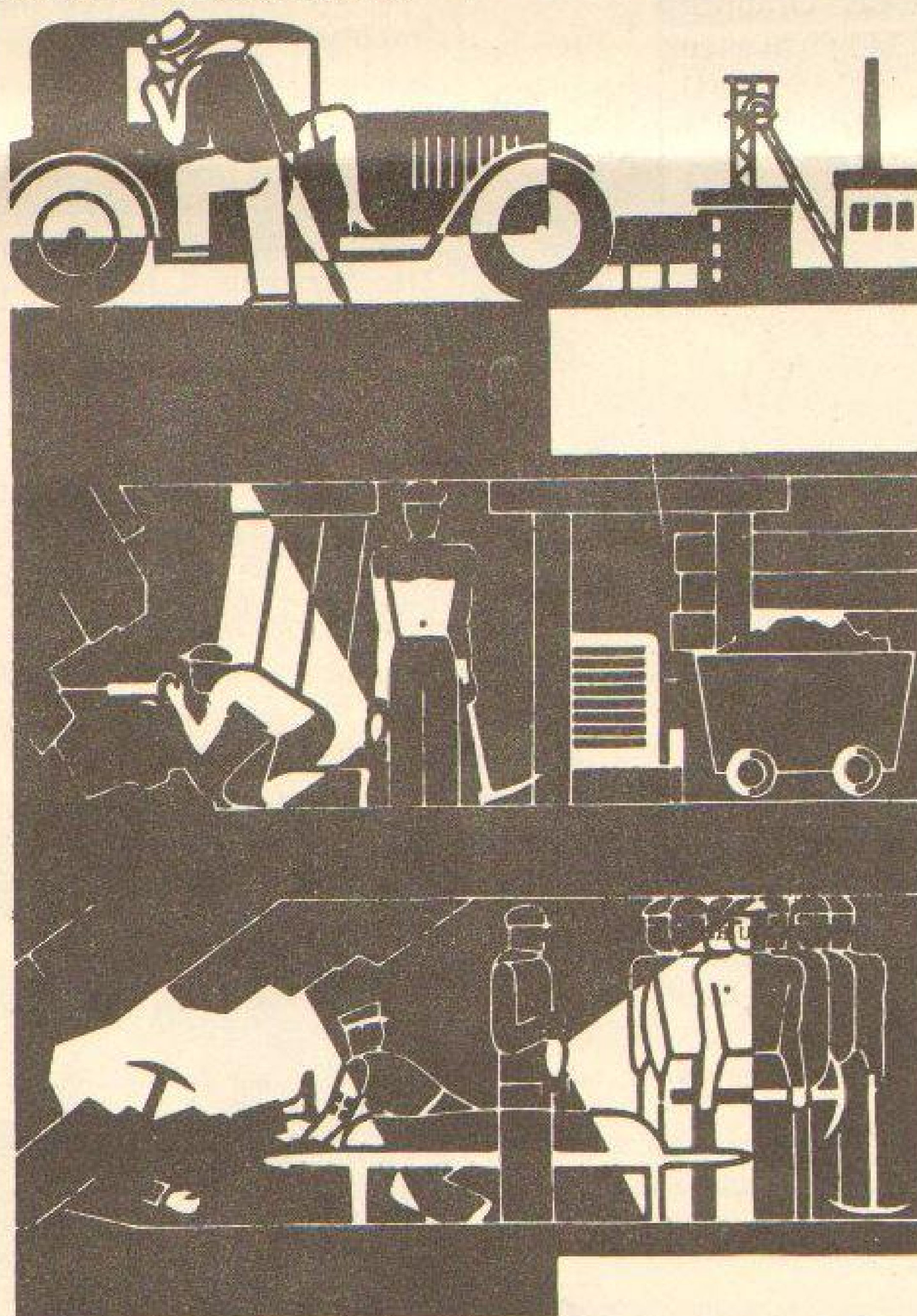
1000 **Berlin** 44 (Neukölln), Sektion Westberlin, Parteibüro der KPD, Mainzer Str. 18, Tel.: 030/6228474

§116 AFG

48 Seiten zum §116 AFG enthält die Ausgabe 2/86 des „Gewerkschafter", der Monatsschrift für die Funktionäre der IG Metall. Besondere Attraktion: auf 34 Karteikärtchen sind nach Stichpunkten geordnet Entgegnungen auf die Unternehmer-Behauptungen zusammengetragen. Auch wenn die Argumente manchmal dürftig und nicht von der klassenkämpferischen Art sind: alles in allem nützlich.

Gewerkschafter zu Wallmann

Auch die Nr. 22 des Info-35 beschäftigt sich ausschließlich mit dem Kampf gegen die Änderung des §116. Besonders interessant: Dokumentation zum Fall Wallmann. Bestellungen an: Michael Köster, Philip-Schell-Str. 38, 6000 Frankfurt/M 56.



Gerd Arntz, Oben und Unten, 1931, Holzschnitt, 302x211 mm. Die Galerie Remmert und Barth, Düsseldorf, zeigt bis zum 26. April die Ausstellung „Arbeit und Alltag in der Kunst des 20. Jahrhunderts". Ausgestellt sind Werke u.a. von Arnzt, Ausleger, Barth, Beckmann, Heckel, Holtz, Jansen, Kätelhön, Liebermann, Ludwigs, Masareel, Pankok, Schwesig, Wollheim und Zille. Der 48 Seiten starke Katalog mit 90 Abbildungen kostet 20 DM.

Gewerkschaftsjugend

Das **Programm** des Hauses der Gewerkschaftsjugend in **Oberursel** ist jetzt zu erhalten. Angeboten werden Seminare zu Themen wie „Recht auf Arbeit — Recht auf Faulheit", „Ideengeschichte der Arbeiterbewegung" „Selbsthilfe im internationalen Vergleich", „Feministischer Arbeitsbegriff und gewerkschaftliche Mädchenarbeit" und vieles mehr. Ausführliche Programme können bestellt werden bei: Haus der Gewerkschaftsjugend, Königssteiner Str. 29, 6370 Oberursel.

Das **neue Kulturinfo** des Jungen Forums ist da! Über 600 Adressen und Beschreibungen engagierter Musik- und Theatergruppen sind darin zu finden. Neu ist die Rubrik der lila Seiten, in der Adressen von Künstlerinnen aus dem Theater-, Musik- und Filmbereich verzeichnet sind. Das Kulturinfo Nr. 6 wird gegen Vorauszahlung von 12 DM auf folgendes Konto versandt: Postscheckkonto Essen, Nr. 64287-438, Ruhrfestspiele Recklinghausen, Verwendungszweck: Junges Forum, Kulturinfo Nr. 6. Absender unbedingt deutlich schreiben!

pinwand



Jetzt wieder brandaktuell: Plaketten und Aufkleber mit der Forderung „Aussperrung verbieten". Beides im geschmackvollen Rot gehalten. Zum Stückpreis von 0,10 DM (10 Pfennige!) beim Verlag Roter Morgen zu bestellen. Mindestabnahme je 10 Stück. Wir machen uns die Mühe — Ihr zahlt aber das Porto.

Seminar: 30 Jahre Bundeswehr, gemeinsam von der KJD, der RSJ/Roter Maulwurf und der Soldatenzeitung „Rührt Euch" organisiert. 14. bis 16. März 86 in Paderborn, Anreise Freitag bis 19 Uhr. Preis: 20 DM für Nichtverdiener, 30 DM für Verdiener. Auf dem Programm stehen u.a.: Diskussion: Verweigerung oder antimilitaristische Arbeit beim Bund. Arbeitsgruppen: Frauen und Bundeswehr, Meine Rechte beim Bund, Wehr dich beim Bund, Verweigerung und Zivildienst sowie die Besichtigung eines Truppenübungsplatzes...
Anmeldungen: KJD, Wellinghofer Str. 103, 4600 Dortmund 30



Gemeinsames Zeltlager von KJD und RSJ/Roter Maulwurf: 1. bis 4. Mai in der Eifel. Preis: 30 DM für Nichtverdiener, 40 DM für Verdiener... Programm und weiteres wird noch bekanntgegeben.

KJD-Gruppendelegiertentreff: 5. April 86 in Bielefeld. Eingeladen sind alle KJD-Gruppen, sowie Aktivisten aus den Orten, aus denen es keine KJD-Gruppen gibt. Ort und Uhrzeit wird noch bekanntgegeben.

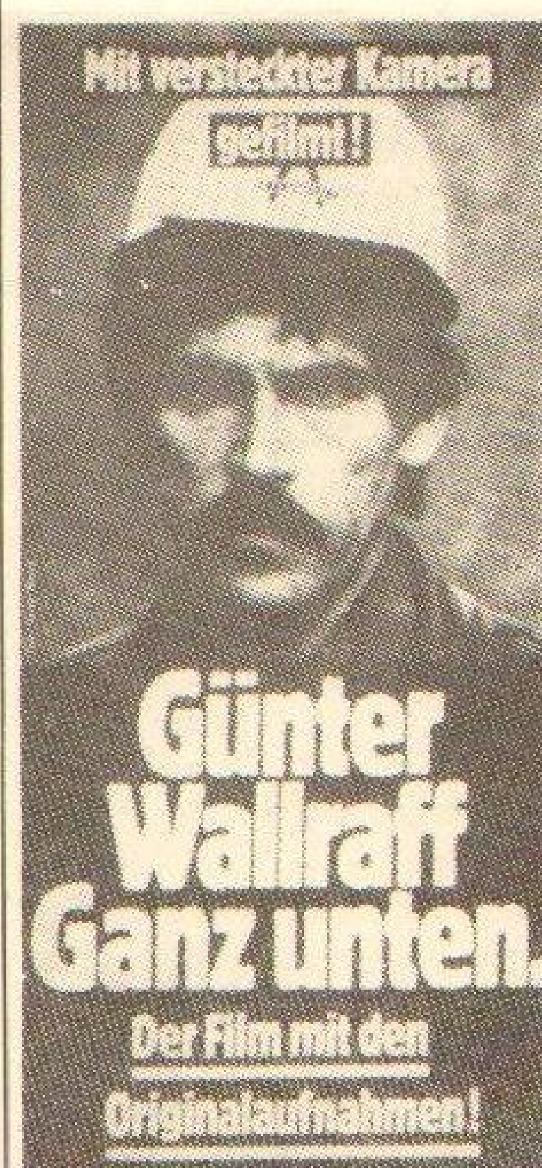
„Predigt von unten"

Während die Mächtigen, über Friedrich Wilhelm bis zu den Helmuts von heute, den lieben Gott „ganz oben" suchten, ist Wallraff guten Mutes, ihn „ganz unten" zu finden. Eine „Predigt", die Wallraff am Neujahrstag in der evangelischen Dorfkirche zu Wettbergen bei Hannover gehalten hat, ist jetzt vom Steidl Verlag für 5 DM verlegt worden.



Ganz frisch aus der Druckpresse: **„S.O.S. Rassismus — Biographie einer Aktion".** Das Buch enthält eine bunte Mischung aus literarischen und politischen Texten, Gedichten, Erzählungen, Zeitungsartikeln und Flugblättern. Idee, Aktionsform und Verlauf der „S.O.S.-Rassismus"-Bewegung in Frankreich und Deutschland werden dargestellt. VIA (Hrg.) „S.O.S. Rassismus-Biographie einer Aktion", Express Edition, 9,80 DM

Im Kino:





Eine lustige Komödie über eifersüchtige Männer, die zum Publikumsrenner wurde.



Ein in der Kritik sehr umstrittener Film, gedreht nach den Prozeß-Protokollen von Stammheim.

Wackersdorf

Pressespiegel zu Wackersdorf: 11.12. bis 9.1., enthält TAZ, FR, FAZ, Süddeutsche, Arbeiterkampf, Bayern-Kurier, oberhessische Presse komplett, mittelbayrische und Neuer Tag teilweise. Anhang mit Flugblättern. 100 Seiten, 10 DM incl. Porto und 2 DM für Rechtshilfefonds (10 Exemplare 90 DM, 25 Ex. 200 DM) bei GAL/SF im Asta, Erlenring 5, 3550 Marburg. Geld beilegen.

Spendenkonto:
Für Verfahren, die im Zusammenhang mit Wackersdorf laufen, ist jetzt ein Spendenkonto eingerichtet worden: Postscheck Berlin West, Nr. 35690-104, BLZ 10010010.

Roter Morgen RM

Hiermit bestelle ich:
Abonnement(s) ....
ab. Nr. ....

★ jährlich 40 DM

★ halbjährlich 20 DM

★ Ich lege Post/Bankscheck bei über DM ....

★ Ich habe den Betrag von DM .... an den Verlag überwiesen

★ Ich bitte um Vorausrechnung

★ Ich bin arbeitslos / Schüler / Student und zahle nur den halben Preis. Bescheinigung liegt bei.

Name ....

Vorname ....

Straße: ....

PLZ/Ort ....

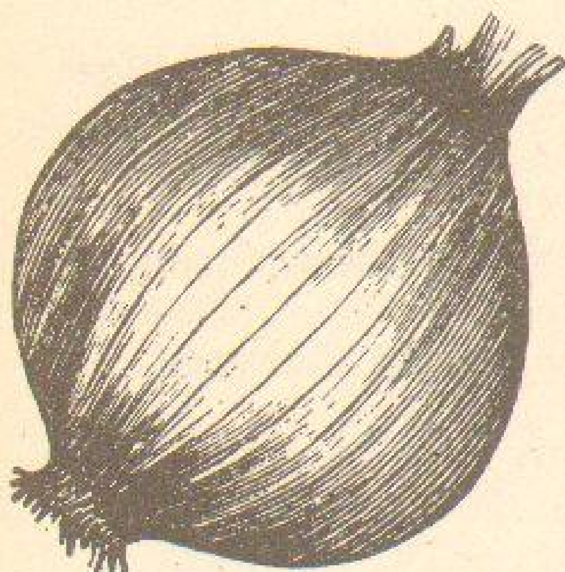
Der „Rote Morgen erscheint 14täglich.

Die Abonnementgebühren sind im Voraus zu zahlen. Das Abonnement verlängert sich, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird.
Bankverbindungen: Stadtsparkasse Dortmund, Kto.-Nr.: 321000290 (Bankleitzahl 440501199) Postscheckkonto Dortmund 79600 - 461



Offenbar hart getroffen hat **Papst Johannes Paul II.** die Nachricht, daß er im September 1987 eine Predigt im Schalke-Stadion halten soll. Wenn Schalke dann wieder einmal in der 2. Liga spielt, werden nicht so viele Zuschauer erwartet, wie beim ersten Papst-Besuch im November 1980. **Jedenfalls aus Vatikankreisen war am 12. 2. 1986 zu vernehmen (so die Essener WAZ), daß der Papst die Einladung, 1987 den Marien-Wallfahrts-Ort Kevelaer zu besuchen, wohl annehmen wird.** Eine Grubenfahrt ist dabei ebenfalls nicht ausgeschlossen. Glück auf Johannes, nicht Rau, sondern Paul.

Schade, Der **Gipfelstürmer Reinhold Messner** (47) und sein Begleiter **Hans Kammerland** (28) haben ihren Aufstieg auf den 8500 Meter hohen Makalu (Nepal) 1000 Meter vor dem Ziel abgebrochen. Schwere Schneestürme verhinderten die erste Achttausender Besteigung im Winter. Es war der 13. Achttausender für Reinhold Messner, von 14. Achttausender, die es überhaupt gibt.



Daß es sich bei den Deutschen um penetrante **„Krautesser“** handeln soll, ist ein, im Ausland weitverbreitetes, deutsch-feindliches Urteil. Darauf machte am 8. Februar 1986 die Regierung von Niederbayern in Landshut aufmerksam. **Mit einem jährlichen Pro-Kopf-Verbrauch von 6,5 Kilo ist die Speisezwiebel hierzulande das meistverzehrte Gemüse.** Der Gesamtjahresverbrauch liegt bei 430000 Tonnen (ohne die Selbstversorgung aus Haus- und Kleingärten) und damit eindeutig an der Spitze vor dem Weißkraut, dem Kopfsalat, Gurken und Tomaten.

Während Hieronymus Bosch 1551 in seinem Kräuterbuch die beste Zwiebel noch als rund und rot beschrieb, bevorzugen die deutschen Verbraucher inzwischen vor allen braunschalige, im Geschmack mildwürzige Speisezwiebeln.



Gesehen beim alternativen Fasching im Taxöldemer Forst bei Wackersdorf, zu dem rund 5000 Menschen kamen.

Jean-Claude Duvalier, alias Baby Doc, ehemaliger Diktator von Haiti, hat nach Angaben der haitischen Oppositionsgruppierung „Union der Patriotischen Kräfte“ (IFOPA) **450 Millionen Dollar** in die Schweiz gebracht. Als Vergleichszahl nannte die IFOPA die Außenverschuldung Haitis, die sich auf rund 800 Millionen Dollar beläuft. Baby Doc besitzt außerdem ein Schloß bei Pontoise im Nordwesten von Paris, ein großes Appartement in der teueren Avenue Fock in Paris, sowie eine Luxuswohnung in Monte Carlo.



Arme Arbeiterklasse. Die Zeit der selbsternannten Vorhutparteien ist längst noch nicht vorbei. Sie vermehren sich weiter durch Spaltung. — Nachdem sich im Frühjahr 1985 zunächst „34 Marxisten-Leninisten“ zur „wahrhaften KPD in der KPD“ erklärt hatten, ist diese ehemalige Fraktion in unserer Partei, dreifach gespalten.

Die „Kieler Marxisten-Leninisten“ trennten sich bereits in den ersten Wochen vom „Koordinationskomitee“, das emsig an der Vorbereitung eines 6. Ordentlichen Parteitages arbeitete. Am traditionsreichen Silvestertag kam es dann auch zu dem langerwarteten **6. Stuttgarter Parteitag.** Doch zum Erstaunen der Öffentlichkeit wurde hier folgende Erklärung verabschiedet: *„Der 6. Parteitag schließt die parteifeindliche Gruppierung um Wolfgang Eggers und Waltraud Aust aus der KPD aus. Sie hat sich nachweisbar bereits vor dem Parteitag als Fraktion formiert. Erklärtes Ziel dieser Fraktion war es, eine selbstkritische Analyse der Fehler der Partei und die darauf aufbauende Reorganisierung der Partei zu verhindern. (...) Jede Kritik an den Fehlern des Genossen Ernst Aust lehnten sie als ‚parteifeindlich' ab.“*

Doch nur ganze 25 Tage sollten vergehen und die zutiefst getroffene Gruppe um Waltraud und Wolfgang traf sich ihrerseits zur „Siegesfeier“ auf dem **6. Ordentlichen Bremer Parteitag.** Zitat: *„Leider haben wir nicht verhindern können, daß sich aus den Fraktionskämpfen innerhalb der Partei jeweils eine rechte (Horst-Dieter Koch, ‚Roter Morgen') und eine linke (Diethard Möller, Peter Riha, Nico Bosatsis, ‚Weg der Partei') trotzkistisch-opportunistische Organisation herausbildeten, die sich beide unrechtmäßig ‚KPD' nennen. (...) Sicherlich haben wir durch die Hinaussäuberung der opportunistischen Elemente einen entscheidenden Sieg errungen, aber gleichzeitig sehr viel Kraft verloren.“*

Doch mit den 6. Parteitagen der diversen KPDs ist es immer noch nicht vorbei. Der 6. Stuttgarter Parteitag mußte aufgrund des „heftigen ideologischen Kampfes“ auf eine noch stattfindende Abschlußsitzung vertagt werden...

Der Papst in Schalke, imperialistische Grippe und Zwiebel-Deutsche

Sensationellere Nachrichten gibt es da schon aus der DDR zu berichten, wenn wie die **DDR-Nachrichtenagentur ADN** vermeldet, hat die DDR eine **„moderne sozialistische Koalitionsarmee“.** Was das ist? Diese Frage muß an Generalleutnant Horst Brünner gestellt werden, denn der traf diese Feststellung zum 30sten Bestehen (1. März 1986) der Nationalen Volksarmee. **Unter „Führung der SED“ legen DDR-Hühner inzwischen aber auch grüne Eier.** So geschehen im DDR-Bezirk Schwerin. Die beiden Hühner sind äußerlich nur schwarz, ansonsten ganz normal, doch hinten kommts immer hellgrün raus... Erste Vermutungen es könne sich um „Araucana“-Hühner handeln, die türkisfarbene Eier legen, wurden von ADN dementiert. Mittlerweile eingeschaltete Wissenschaftler vermuten eine Rassenkreuzung, die Hühner-Generationen zuvor stattgefunden hat und jetzt erst wirksam wird.



Dies ist nicht die Werbung für den neusten James-Bond-Streifen, sondern ein Plakat der Anti-Alkohol-Kampagne aus der UdSSR.

Schwarzwaldklinik, Schwarzwaldklinik über alles, über alles in der Welt — Nach dem sensationellen Fernsehstart (25 Millionen Glotzer jede Woche), beginnt das ZDF mit der umfassenden Vermarktung der Serie. Den Serienhund Jerry kann frau jetzt in Plüsch für die Kinder kaufen. Für Papa und Sohn gibts die Schwarzwaldklinik als Bausatz für die Eisenbahn und für die ganze Familie, einschließlich der Oma, das Schwarzwaldklinik-Gesellschaftsspiel.

Da Axel Springer bekanntlich vor kurzem verstorben ist, muß jetzt verstärkt für journalistischen Nachwuchs gesorgt werden. Zu diesem Zweck wird der Springer-Verlag in Kürze die **Journalisten-Schule Axel Springer** gründen. Da man gute Nacht... Schlimmer noch: Nachdem „Bild der Frau“ sich auf dem Markt so gut bewährt hat, soll jetzt die vierte Bild-Zeitung (zur Erinnerung: die normale Bild, Bild der Frau, Bild-Fernsehen) **„Auto-Bild“** mit einer Startauflage von 700000 Exemplaren erscheinen.

Castro gab Havanna auf

RIO DE JANEIRO, 26. Dezember (AFP). Kubas Staats- und Parteichef Fidel Castro raucht keine Zigarren mehr. Und nicht nur das. Der heute 59 Jahre alte bärtige Revolutionsführer, dessen Bild über Jahrzehnte untrennbar mit dem einer qualmenden Havanna verbunden war, trinkt auch keinen Kaffee mehr. Wie Castro Anfang der Woche dem brasilianischen Fernsehen mitteilte, will er mit diesem „Opfer“ die Gesundheitskampagne in seinem Lande unterstützen und zur Steigerung der kubanischen Kaffeeexporte beitragen.



Auf einer Nebenveranstaltung zum 3. Parteitag der KP Cubas seit 1959 stellte **Fidel Castro** klar: „Vor einigen Tagen erfuhr ich aus den Nachrichten, ich sei tot. Ich nehme fast an meiner Beerdigung teil.“ Fidel hatte aber lediglich eine leichte Erkältung und mit dem Rauchen aufgehört, „um ein Beispiel in der Kampagne gegen den Tabakkonsum zu geben.“ Castro: **„Ich hatte eine imperialistische Grippe — ein Yankee-Virus.“**



Über eines sind wir uns aber ganz sicher: Diese Nummer des „Roten Morgen“ werdet ihr nicht in den Papierkorb werfen, es lohnt sich nämlich nicht. **Die Altpapierpreise sind gegenüber dem Vorjahr um 70 Prozent gesunken.** Und nachdem immer mehr Menschen die Altpapier-Container aufsuchen (4,4 Millionen Tonnen 1985), sagt jetzt die Papierverarbeitende Industrie: zuviel für unseren Markt. Die Städte bleiben auf dem Altpapier sitzen und befürchten schon, daß sie noch 100 Mark pro Altpapier-Ballen draufzahlen müssen, damit sie ihr Papier los werden.